

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Die unsichtbare Armut in unserem Land	3
Kapitel 2: Was ist Armut und wie misst man sie?	
Kapitel 3: Wer sind die Armen? Erscheinungsformen von Armut in Südtirol	
Kapitel 4: Was führt zu Armut? Bedingungsfaktoren der Armut	
Exkurs: Ein Blick zu den Nachbarn - Armut im Bundesland Tirol und im Trentino	
Kapitel 5: Keine Armut ohne Reichtum – Armut und Einkommensverteilung	
Kapitel 6: Wer ist armutsgefährdet? Die wichtigsten „Risikogruppen“	
6.1 Risikofaktoren für relative Armut	
6.2 Armut und Alter.....	
6.3 Kinderreiche Familien und Alleinerziehende.....	
6.4 Armut und Arbeitsmigranten.....	
6.5 Randgruppen.....	
Kapitel 7: Wie „bekämpft“ die öffentliche Hand die Armut“?	
Kapitel 8: Wie geht man mit der Armut um?	
Kapitel 9: Der Einsatz der Caritas gegen die Armut	
Kapitel 10: Was tun gegen die Armut?	
Die wichtigsten Begriffe in der Armutsdiskussion kurz erklärt	
Literaturverzeichnis	



Kapitel 1

Die unsichtbare Armut in unserem Land

Armut, so ein Sprichwort, sei keine Schande. Dennoch gibt niemand gerne zu, arm zu sein. Armut kann Vieles bedeuten. Vom Zwang, tagtäglich mit dem Allernotwendigsten auskommen zu müssen, bis hin zur „relativen Armut“, nämlich zur täglichen Erfahrung, weit weniger zu verdienen und zu besitzen als der Durchschnitt der Gesellschaft, in der man lebt. Können auch solche Menschen oder Familien als arm gelten, die eine Waschmaschine zuhause haben oder gar ein Auto? Einzelpersonen oder Familien, die sogar jedes Jahr für einige Tage oder Wochen in Urlaub fahren können? Oder sind nur jene wirklich arm, die sich nichts als das nackte Überleben leisten können und von der Sozialhilfe der öffentlichen Hand abhängen?

Armut ist in unserer modernen Gesellschaft kaum öffentlich sichtbar. Manche Menschen sind von Kind auf ein bescheidenes Leben gewohnt; viele Menschen müssen jeden Euro zweimal umdrehen, um es mit der Mindestrente bis zum Monatsende zu schaffen; andere können sich den selbstverständlichen Lebensstandard einer Südtiroler Durchschnittsfamilie nicht mehr leisten und spüren den Mangel, ohne sich deshalb aber als „arm“ zu betrachten. Es dauert oft lange, bis sich Menschen in Armut bereifinden, aus ihrer Not kein Geheimnis mehr zu machen und sich um Hilfe zu bemühen. Wer in der Caritas tätig ist, wird täglich mit Außenseitern der Gesellschaft konfrontiert und kann über ganz greifbare Notlagen berichten, die allerdings kaum nach außen dringen: die „versteckte Armut“.

Armut ist relativ, da die Betroffenen in einem Wohlstandsland leben. Südtirol ist nach dem Pro-Kopf-Einkommen zur zweitreichsten Region Italiens und achtreichsten Region der EU aufgestiegen. Im Durchschnitt kam 2003 jeder Südtiroler Haushalt auf ein Jahreseinkommen von 29.884 Euro. Aber auch die Armutsgrenze ist auf 12.929 Euro für einen zweiköpfigen Haushalt angestiegen (7.757 für einen Ein-Personen-Haushalt): Laut aktuellsten ASTAT-Untersuchungen befinden sich 14,9% der Südtiroler Haushalte unter diesem Betrag und umfangmäßig steigt diese Gruppe an. Die ärmsten 10% der Haushalte müssen mit 534 Euro im Monat überleben. Je stärker die oberen Einkommensgruppen wachsen, desto mehr Familien und Alleinstehende scheinen als eine Art „Armutsockel“ zurückbleiben zu müssen.

Armut ist dabei nicht mehr absolute physische und soziale Verelendung. Armut in Südtirol bedeutet immer Unterversorgung in den wichtigsten Lebensbereichen und eingeschränkte Teilhabe am Wohlstand im Vergleich zum gängigen materiellen und sozialen Lebensstandard. Die Statistik muss auf klare, objektiv erfassbare Umstände aufbauen, doch die Lebenslagen und Lebensumstände der Menschen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze sind höchst verschieden. Viele tausend Menschen in unserem wohlhabenden Land wissen nicht mehr weiter, weil finanzielle Probleme überhand nehmen, weil die Schuldenlast zu drückend wird, weil die Rente oder die Alimente nicht mehr ausreichen, weil keine Unterstützung im sozialen Umfeld greifbar ist. Doch im Unterschied zur augenfälligen Armut der Obdachlosen, der Suchtabhängigen, der Menschen, die in Sozialeinrichtungen ihre Tage verbringen, ist diese Armut nicht sichtbar. Jetzt machen Mitarbeiterinnen von Hilfswerken und sozialen Verbänden eine neue Erfahrung: eine wachsende Zahl von Menschen, denen die Armut nicht ins Gesicht geschrieben steht, eine versteckte, oft nur private Armut. Versteckt unter den Wartenden in den Räumen der Sozialsprengel, den Beratungsstellen der Caritas, den Familien, die zwangsgeräumt werden oder jener ganz normalen Arbeitnehmer, deren Lohn gepfändet wird.

In einem Land mit primärer Kompetenz für die Sozialpolitik wie Südtirol gehört die Bekämpfung der Armut zu den wichtigsten Aufgaben. In einem Land, das jährlich über 10.000 Euro pro Kopf der Bevölkerung aus dem Landeshaushalt ausgeben kann, ist eigentlich allein schon die Existenz von Armut ein Armutszeugnis. Doch erstaunlicherweise nimmt die relative Armut und die Zahl der „anerkannt Armen“ sprich Sozialhilfebezieher gleichzeitig mit dem Wohlstand zu. Wie der Armut am besten beizukommen ist, wird naturgemäß kontrovers je nach politischer Einstellung und sozialer Interessenslage diskutiert. Es beginnt bei der Definition: wie lassen sich Benachteiligung, Unterversorgung, Armut abgrenzen? Es geht weiter bei den Ursachen: sind persönliche Defizite oder strukturelle Gründe maßgeblich oder gar die Sozialhilfe selbst, die die Abhängigkeit der Armen von der öffentlichen Hand verfestigt? Und endet bei der Politik gegen die Armut: welche Maßnahmen sind ethisch geboten, welche politisch am wirksamsten?

Bei den Betrachtungen zur Armut in Südtirol ist es wichtig, zentrale Daten und Fakten zur Armut präsent zu halten. Doch die Zahlen allein sind noch keine Erklärung des Phänomens, sie sind interpretationsbedürftig. Die Kenntnis der Größenordnung eines Problems ist eines, das kritische Verständnis einer sozialen Problematik ein zweites. Anliegen dieser Publikation ist eine Einführung in die Armutsproblematik und ein Überblick über die heute greifbaren Untersuchungsergebnisse zur Armut in Südtirol ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Diese ist noch zu wenig erforscht, doch mit den vorliegenden Daten kann man sich bereits ein grobes Bild zur Beschaffenheit, zu den Ursachen und Implikationen der Armut machen. Zu diesem Zweck sollen auch einige grundlegende theoretische Konzepte kurz erläutert werden, um anschließend auf politische und ethische Haltungen zur Armut und sozialpolitische Ansätze zur Bekämpfung und Verhinderung von Armut einzugehen. Angereichert wird der Text durch eine Reihe von Gesprächen mit Fachleuten aller Art, die aus ihrem Blickwinkel Aspekte der Armut kommentieren. Die Publikation soll die öffentliche Armutsberichterstattung ergänzen, zu einem kritischen und differenzierten Verständnis der Armutsfrage beitragen und die Bereitschaft fördern, sich aktiv in die Armutsdiskussion einzubringen.



Kapitel 2

Was ist Armut und wie misst man sie?

Armut ist ein vielbeschriebenes Phänomen: „Alte“ oder „neue“ Armut, statistisch erfasst oder unsichtbar, bekämpfte oder stillschweigend hingenommene Armut, es gibt immer neue Herangehensweisen an Armut. Armut ist eine so vielschichtige Problematik, dass kein Einzelansatz ihr je völlig gerecht werden kann. Bei aller Vielfalt sind auch zwei Konstanten herauszulesen: Erstens: Armut ist wissenschaftlich schwer zu fassen. Es müssen ganz alltägliche Lebensverhältnisse objektiviert und dafür ausreichend feine Instrumente entwickelt werden. Zweitens: bei der Armutsfrage ist die politische Komponente immer präsent. Politische Urteile scheinen im Verlauf der Analyse fast unvermeidlich und müssen deshalb ständig bewusst gehalten werden.

Je mehr Aspekte der konkreten Lebenslagen der Menschen man berücksichtigt, desto schwieriger wird es, die Grenze zwischen Armut und Nicht-Armut zu ziehen. Man behilft sich heute schon damit, nur mehr von „Armutsgefährdung“ oder „Bandbreite der Risikogruppen“ zu sprechen. Doch spätestens, wenn die Politik Maßnahmen für die Betroffenen setzen will, muss die Zielgruppe genau abgegrenzt werden. Dazu benötigt man einen Konsens, was unter Armut überhaupt zu verstehen ist, wie sie gemessen oder erfasst werden kann, welche Ursachen sie herbeiführen und wo man zur Bekämpfung oder Verhinderung von Armut ansetzen muss. Deshalb soll zunächst erörtert werden, wie man Armut definiert und misst.

In der Armutsforschung gibt es eine Vielzahl von Definitionen. Jede dieser Definitionen führt nicht nur zu verschiedenen Messmethoden und Armutsquoten und identifiziert verschiedene Armutsgruppen, sondern bedingt auch verschiedene Schlussfolgerungen für die Bekämpfung von konkreten Armutslagen. Für die Sozialpolitik ist die Abgrenzung der von Armut betroffenen Personen von entscheidender Bedeutung, weil sie die Zielgruppe öffentlicher Sozialleistungen sind. Aber auch für die Hilfstätigkeit privater Hilfswerke und Sozialverbände ist eine klare Definition von Armut und eine klare Vorstellung der betroffenen Personengruppen wichtig, um beschränkte Mittel möglichst zielgenau einzusetzen und die Hilfsbedürftigen zu erreichen. Eine klare Definition erlaubt den Ausschluss von Willkür und Rechtsunsicherheit für die Betroffenen.

Wer gilt als arm?

Als arm galten und gelten stets jene Menschen, die in Verhältnissen des absoluten Mangels leben, die sich nicht immer oder nur selten satt essen können, deren Unterkunft und Kleidung mehr als dürftig ist, die unter Kälte und Feuchtigkeit genauso leiden wie unter Einsamkeit und Krankheiten, ohne dass sie sich selbst helfen könnten. Nach allgemeinem Verständnis gilt heute als arm, wer sich nicht aus eigener Kraft hinreichend und angemessen mit Kleidung, Lebensmitteln, Wohnraum und anderen lebensnotwendigen Dingen versorgen kann. In den Entwicklungs- und Schwellenländern gilt eine UN-Definition der absoluten Armut. Sie betrifft Menschen, die täglich weniger als einen Dollar in lokaler Kaufkraft zur Verfügung haben. In den Industrieländern gilt die Definition der „relativen Armut“, die auch von der EU verwendet wird: „Als verarmt sind jene Einzelpersonen, Familien und Personengruppen anzusehen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“¹

Früher bedeutete Armut vor allem materielle Not. Später trat ein zweiter Aspekt in den Vordergrund: die entwürdigende Abhängigkeit und Ausgrenzung durch Armut. Armut hat nicht nur eine materielle, sondern ebenso eine soziale und psychologische Seite. Heute werden immer mehr Lebensbereiche dem Markt unterworfen und kommerziell organisiert. Wenn man nicht ausreichend verdient, kann man deshalb immer weniger am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Dann wird man unterschwellig „ausgegrenzt“, also nicht mehr als vollwertiger Teil der Gesellschaft anerkannt. Dies erleben auch immer mehr Kinder in den Industrieländern. Diese Ausgrenzung kann unter Umständen schwerer wiegen als materielle Not. Der Maßstab für Armut in unserer Gesellschaft ist danach nicht das „schlichte Überleben“. Entscheidend ist der soziale und kulturelle Lebensstandard des gesamten Lebensumfeldes einer Person oder einer Familie und die Möglichkeiten, am allgemeinen Wohlstand teilzuhaben.

Die Schwierigkeit im wissenschaftlichen Umgang mit der Armut besteht darin, alltägliche Lebensverhältnisse einer Person einzuschätzen und zu bewerten. In die Betrachtung von Armutssituationen darf die subjektive Seite der Armut nicht vergessen werden: wie etwas gesehen und definiert wird, hängt von der persönlichen Sicht des Betroffenen ab. Dieser kann sich auch gar nicht als arm empfinden, obwohl ihn die Öffentlichkeit und die Institutionen so einstufen.

In diesem Rahmen sind unterschiedliche Armutskonzepte möglich. Grundsätzlich kann unterschieden werden zwischen einem Konzept, das von den Ressourcen einer Person oder eines Haushalts ausgeht, und einem Konzept, das bei der Lebenslage der Betroffenen insgesamt ansetzt.

Der Ressourcenansatz

Beim Ressourcenansatz werden jene Personen als arm betrachtet, die über zu geringe finanzielle Mittel bzw. Einkommen verfügen, um sich die Güter und Dienstleistungen zu kaufen, die zu einem normalen Lebensstandard gehören. Die Schwierigkeit bei diesem Ansatz besteht darin, zu bestimmen, ab welcher Schwelle jemand als arm betrachtet werden kann.

Das Problem besteht also in der Festlegung der Armutsgrenze oder Armutsschwelle. Dafür sind nämlich eine Reihe von Werturteilen und Entscheidungen erforderlich. Eine Möglichkeit besteht darin, die vom Land für den Bezug von finanzieller Sozialhilfe festgelegte Einkommensschwelle (2005 bei 464 Euro) als Armutsgrenze zu verwenden. In der Regel wird die Einkommensarmut aber in Bezug auf die Einkommensverteilung bestimmt. Demnach wird dann von relativer Armut gesprochen, wenn ein bestimmter Prozentsatz (meist 50% oder 60%) des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens unterschritten wird. Anders gesagt: ein zweiköpfiger Haushalt gilt dann als arm, wenn sein Einkommen unterhalb des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens liegt. Dieses Maß muss aber auch die Familienzusammensetzung berücksichtigen, weil die Ausgaben für einen Haushalt nicht proportional zur Zahl der Mitglieder steigen. Das erste Mitglied des Haushalts hat den Koeffizienten 1, alle anderen einen Koeffizienten unter 1 und zwar abgestuft nach dem Alter, weil die Ausgaben mit dem Alter ansteigen, also Kinder weniger als Erwachsene konsumieren. Für die Standardisierung werden bei verschiedenen Methoden verschiedene Gewichtungen („Äquivalenzskalen“) in Ansatz gebracht.²

Das „soziale Mindesteinkommen“ gibt aus der Sicht der Südtiroler Landesregierung einen Überblick über die bekämpfte Armut. Man geht davon aus, dass die Bezieher dieser finanziellen Unterstützung nicht mehr arm sind. Diese Form der Sozialhilfe definiert also in gewissem Sinn die „amtliche Armutsgrenze“. Man kann auch anfügen, dass die Zahl der Bezieher dieser Leistung als ein Indikator der Armut insgesamt gilt.

Grundbetrag für die Maßnahmen der finanziellen Sozialhilfe und für die Zahlung der Tarife der Sozialdienste – 2005

Familienmitglieder	Grundbetrag	Monatlicher Bedarf in Euro	Jahresbedarf in Euro
1 Person (Bezugsgröße)	100	0,00	4.308,00
1 Person in Wohngemeinschaft	100 x 1,20	430,80	5.169,60
2 Personen	100 x 1,59	570,81	6.849,72
3 Personen	100 x 2,04	732,36	8.788,32
4 Personen	100 x 2,46	883,14	10.597,68
5 Personen	100 x 2,85	1.023,15	12.277,80
6 Personen	100 x 3,20	1.148,80	13.785,60
7 Personen	100 x 3,55	1.274,45	15.293,40
8 Personen	100 x 3,90	1.400,10	16.901,20
9 Personen	100 x 4,25	1.525,75	18.309,00
10 Personen	100 x 4,60	1.651,40	19.816,80

Zuschlag für Familienmitglied mit 100%iger Zivilinvalidität und vergl Kategorien: weitere 179,50 Euro.

Heizungspauschalbetrag für alleinstehende Personen im Jahr: 897,50 Euro

Heizungspauschalbeitrag für Familien: 1077 Euro

Quelle: Abteilung für Sozialwesen, Amt für Senioren und Sozialsprengel, Bozen

Wenn man von dieser „offiziellen Armutsgrenze“ ausgeht, kann man die verdeckte Armut jener nicht übersehen, die zwar einen Anspruch auf das soziale Mindesteinkommen hätten, diesen aber aus verschiedensten Gründen nicht geltend machen, sowie jene, die diese Grenze übersteigen, aber doch weit unter 50% des Durchschnittseinkommens („relative Armut“) beziehen.

In der Sozialhilfe wird klar unterschieden zwischen Armutskonzepten (relative, absolute usw.) und dem Lebensminimum im Sinne des finanziellen Grundbedarfs. Bereits 1973 hat man in Südtirol anhand eines Warenkorbs einen solchen Grundbedarf ermittelt, dessen Wert in regelmäßigen Abständen angepasst wird. Die Bemessungsgrundlage ist zwar inzwischen etwas überholt und müsste überarbeitet und differenziert werden, doch stellt sie so etwas wie die „monetäre absolute Armutsgrenze“ dar.

Wenn man vom Einkommen einer Person oder eines Haushalts spricht, muss berücksichtigt werden, ob diese Person alleine lebt und somit alle Lebenshaltungskosten für sich zu tragen hat, oder ob die Person mit Angehörigen zusammenlebt und sich die Kosten teilen kann. Zu diesem Zweck muss ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen (das sog. Äquivalenzeinkommen) berechnet werden. Es macht einen Unterschied, ob von einem Einkommen eine oder mehrere Personen leben müssen. Bei diesem Einkommen zählen die weiteren Haushaltsmitglieder mit einem geringeren Gewicht, weil bestimmte Ausgaben, wie z.B. langlebige Konsumgüter, Mieten, Darlehenskosten, auf mehrere Köpfe aufgeteilt werden können. Die modifizierte OECD-Skala z.B. gewichtet Personen über 15 Jahren mit 0,5 und Personen unter 15 Jahren im selben Haushalt mit 0,3.

Bei den Beziehern des sozialen Mindesteinkommens und des Mietenzuschusses – in Südtirol im Jahr 2004 8.562 Personen – stellt sich die Frage, ob dieses für eine umfassende Versorgung auch tatsächlich ausreicht. Die finanzielle Sozialhilfe ist nicht immer in der Lage, eine allgemein unzureichende Versorgung z.B. beim Wohnraum auszugleichen. Geht man nämlich vom Lebenslagenansatz aus, genügt nicht bloß die materielle Versorgung, sondern muss die Gesamtsituation persönlicher Entfaltung in den Blick genommen werden: Wohnen, Ernährung, Gesundheit, Bildung, Erholung, soziale Kontakte und andere Aspekte mehr. Zwischen Einkommensarmut und Unterversorgung besteht ein enger Zusammenhang. Das Risiko, in mehr als einer Hinsicht unterversorgt zu sein, ist umso höher, je näher eine Familie an die Grenze der Einkommensarmut gerät. Auch hier steht man vor dem Problem, Schwellenwerte für die Unterversorgung zu bestimmen.

Der Lebenslagenansatz

Ein zweiter Ansatz der Erfassung der Armut knüpft bei der „Lebenslage“ einer Person oder Familie an. Dabei wird nach der Versorgung von Personen und Haushalten in zentralen Lebensbereichen gefragt, weil das Einkommen allein noch nicht alles über die tatsächlichen Lebensbedingungen oder eine eventuelle Notlage aussagt. Armut kann nicht ausschließlich auf materielle Aspekte verkürzt werden. Die psychosoziale Situation kann sich z.B. sehr gravierend auf das persönliche Wohlbefinden auswirken. Die Einbettung in ein intaktes familiäres Umfeld, stabile soziale Beziehungen und Nachbarschaftshilfe können Einkommensarmut oft zu guten Teilen ausgleichen. Dabei muss die subjektive Sicht der Betroffenen auch zur Geltung

kommen. Für die Erfassung der Lebenslage werden eine Reihe von Indikatoren vorgeschlagen: neben dem finanziellen Einkommen der Zustand bezüglich Arbeitslosigkeit oder nicht erwünschter Teilzeit-Arbeit, unterwertige Beschäftigungsverhältnisse, vorhandener Wohnraum, Wohnungs- und Haushaltsausstattung, gesundheitliche Beeinträchtigung bei der alltäglichen Arbeit, allgemeiner oder berufsbildender Schulabschluss, Ausgaben für Gesundheit.

Dahinter steht die Frage, ob Menschen mit geringem Einkommen auch von zentralen gesellschaftlichen Bereichen ausgeschlossen sind. Dieser Ausschluss wird oft als „Ausgrenzung“ bezeichnet. Soziale Ausgrenzung vom gesellschaftlichen Leben kann etwa darin bestehen, dass man keine Familienangehörigen und Freunde hat, mit deren Unterstützung man rechnen kann. Soziale Ausgrenzung vom Bereich Gesundheit kann folgende Aspekte betreffen: „Wenn ich krank bin, bekomme ich nur schwer medizinische Hilfe, weil ich keine Krankenversicherung habe“. „Ich kann es mir nicht leisten, mich gesund und vitaminreich zu ernähren“. Ausgrenzung bezieht sich auf einen Umstand, dass einem bestimmte Lebensbereiche nicht zugänglich sind. Einkommensarmut bezieht sich dagegen auf ein „oben“ und ein „unten“.

Einkommensarmut und Unterversorgung in solchen Bereichen hängen eng zusammen. Bei gravierender Armut kumuliert sich Unterversorgung in verschiedensten Bereichen, von der Arbeit, über die Wohnung, Gesundheit, bis zu den sozialen Beziehungen. Kritisch anzumerken ist, dass in der öffentlichen Diskussion Armut und Ausgrenzung manchmal gleichbedeutend verwendet werden. Beide Konzepte müssen aber klar getrennt werden, denn Ausgrenzung hat eine andere Qualität als Armut. Zur Messung von Ausgrenzung stellt man häufig auf die Unterversorgung in mehreren Bereichen ab. Wenn Einkommensarmut und mehrfache Unterversorgung zusammentreffen und sich über längere Zeit verfestigen, spricht man von einer „konsistenten Armutslage“. Berücksichtigt werden meist die Lebensbereiche Arbeit, Einkommen, Lebensstandard, Bildung, Wohnung und Wohnungsumgebung, aber auch die Selbsteinschätzung, also Zufriedenheit mit der eigenen Lebenslage. Demnach gibt es Haushalte, die nur „einkommensarm“ sind und andere, die nur „versorgungsarm“ sind, andere aber wiederum beides gleichzeitig.



Das Gespräch

Was misst man, wenn man Armut misst?



Dr. Hermann Atz, Leiter des Sozialforschungsinstituts APOLLIS in Bozen und Lehrbeauftragter für Statistik an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Von welchem Konzept ist bei der Messung der Armut in Südtirol sinnvollerweise auszugehen?

Atz: In der Regel wird vom Einkommen als zentralem Maßstab ausgegangen. Zur tatsächlichen Lebenslage drückt diese Messmethode aber wenig aus, weil nur die relative Einkommensposition einer Person oder Familie gemessen wird. Die relative Armut hängt direkt mit der Einkommensverteilung zusammen. Man erfährt daraus, wie viele Personen welchen Abstand zum Durchschnittseinkommen haben. Lägen alle Einkommen genau im Durchschnitt, wäre die relative Armut gleich Null. Je größer die Ungleichheit, desto größer der Prozentsatz der relativ Armen. Über die Lebenslage ist damit noch nichts ausgesagt.

In einer Gesellschaft, die sich rasch modernisiert, bleibt anscheinend ein Sockel von relativ Armen übrig, die nicht mithalten können oder kann die Politik die Ungleichheit auch steuern?

Atz: Wenn wir uns mit den Nachbarländern vergleichen, gibt es sehr wohl Unterschiede in der Einkommensungleichheit. Es gibt Länder mit traditionell ausgewogener Verteilung, wie z.B. jene Skandinaviens; andere lassen größere Einkommensunterschiede zu wie die USA. Die Tendenz geht derzeit in Richtung größere Einkommensunterschiede. Aber relative Armut hat nichts mit Hunger zu tun, sondern geht von einem Konzept der Benachteiligung aus. Wenn jemand sich bestimmte Dinge nicht leisten kann, die in einer Gesellschaft üblich sind, ist das eine soziale Abwertung. Man weiß, dass sich Leute dann arm fühlen, wenn sie sich weniger leisten können als jene, mit welchen sie sich vergleichen. Ausgehend von diesem vergleichenden Ansatz ist diese Definition von Armut sinnvoll.

Wann ist es hingegen angebracht, Armut mit dem Lebenslagenkonzept zu messen?

Atz: Bei diesem Konzept gelten auch zentrale Kriterien der Lebensqualität vom Wohnen, über die Bildung und Gesundheit bis zur sozialen Einbindung. Aber falsch ist es nicht, wenn man das Einkommen ins Zentrum rückt, weil andere Ressourcen ja übers Einkommen zugänglich werden. Die relative Armutsmessung hat einen großen Nachteil: nämlich dass man einen einzigen Schwellenwert nimmt, um Armut zu definieren. Man muss sich nur anschauen, wie unterschiedlich oft die Lebensverhältnisse in Stadt und Land sind. Ein bestimmtes Einkommen reicht in der Stadt zum Leben nicht aus, könnte aber in einem kleinem Dorf reichen. Manche Leute haben dort relativ wenig zum Leben, empfinden sich aber subjektiv nicht als arm. Die Wohnung kostet weniger, man hat etwas Eigenversorgung, geringere Ansprüche, bekommt Naturalien vom Nachbarn und die Familien, mit denen man sich misst, haben auch nicht so viel. Diese Menschen fühlen sich nicht arm. Die Statistik ist eine Vergrößerung, die man nicht überstrapazieren darf.

Bedeutet das, dass man keine einheitliche Armutsmessung fürs ganz Südtirol machen kann?

Atz: Wenn es wirklich unterschiedliche Lebenshaltungskosten in der Stadt und auf dem Land gibt, müsste man die relative Armutsgrenze entsprechend differenzieren. Auf dem Land wird ja auch durchschnittlich weniger verdient. In der Stadt ist das Leben zwar teurer, aber es wird auch mehr verdient. In der Stadt würden also bei einer differenzierten Messung mehr Personen als „arm“ deklariert, auf dem Land weniger. Die Anteile an relativ Armen von Stadt und Land würden sich verschieben. Dann geht es auch um die Ausgaben, die jemand hat. In der ASTAT-Studie 1999 ist dies ansatzmäßig versucht worden, indem Wohnungskosten, Sonderkosten für die Kinder, für Pflegebedürftige ermittelt wurden. Es geht darum, ob die Einkommen reichen, die nötigen Ausgaben zu decken. Nur die Einkommenseite anzuschauen, kann das Bild verkürzen. Die Wohnungskosten liegen im Schnitt bei fast 20%. Bei den Alleinerziehenden erreichen sie über 30%, bei unter 5.000

Euro Einkommen sogar 44%. Je niedriger das Einkommen, desto höher die Wohnungsausgaben im Schnitt. Im Einzelfall gibt es sehr große Unterschiede.

Es gibt eine große Differenz zwischen den relativ Armen in Südtirol, nämlich 14,9% der Haushalte laut ASTAT 2003, und dem Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Gesamtbevölkerung, nämlich nur 1,6% im Jahr 2003.

Atz: Bei der Gewährung von Sozialhilfe werden eben auch die tatsächlichen Ausgabennotwendigkeiten berücksichtigt z.B. für die Wohnung sowie die Vermögensverhältnisse. Und das kommt im einfachen Kriterium „Relative Armut“ nicht zur Geltung. Theoretisch hätten auch mehr Personen auf Sozialhilfe Anspruch als die heutigen Begünstigten. Diese melden sich oft nicht, weil sie nicht als Sozialfall gelten wollen oder trauen sich nicht, oder sind nicht informiert, weil sie nicht informiert sein wollen.

In der vertiefenden Studie zur Einkommensverteilung 1998/99 sind zwei zentrale Risikogruppen für Armut ausgemacht worden: zum einen kinderreiche Familien, zum anderen Alleinlebende. Warum dieses höhere Risiko für diese beiden Gruppen?

Atz: Es hängt eher mit der Zusammensetzung der Gruppe der Alleinlebenden zusammen. Nur bis zu einem gewissen Grad ist das Alleinleben für sich genommen ein Armutsrisiko, weil die Führung eines Haushalts einfach dann teurer ist, wenn man die Ausgaben allein bestreiten muss. Die Grundkosten sind eben da, Skaleneffekte werden beim standardisierten Einkommen berücksichtigt, aber vermutlich zu wenig. Alleine Leben ist ein Armutsrisiko auf der Ausgabenseite. Nun besteht ein größerer Teil der armen Alleinlebenden in Südtirol aus älteren Frauen, die oft nicht rentenversichert waren. Die Hinterbliebenenrente ist auch niedriger als die normale Rente, und dadurch sind viele dieser Frauen anfällig für relative Armut, also für ein Einkommen das weniger als 60% des Durchschnittseinkommens beträgt. Vermutlich werden diese Renten in Zukunft durch Sozial- oder Mindestrenten ersetzt. Die Hinterbliebenenrente ist ein Auslaufmodell war als Ausgleich für das „Nur Hausfrau-Sein“ gedacht.

40% der kinderreichen Familien sind auch von relativer Armut betroffen. Wirkt sich hier der Mangel des zweiten Einkommensbeziehers aus oder die Kosten der Kinder?

Atz: Nein, nicht die Kosten, weil ja bei der relativen Armut nur die Einkommenseite betrachtet wird. Heute ist der Haushaltstyp „Zwei Verdienere ohne Kinder“ in gewissem Sinn der Idealfall, und ein solcher Haushalt kann sich einen guten Lebensstandard leisten. Wenn 2-3 Kinder da sind, gibt's doppelte Einbußen. Erstens können die Eltern nicht mehr voll arbeiten, weil ein Elternteil sich um die Kinder kümmert. Meistens wechselt die Frau dann auf Teilzeitarbeit. Anderthalb Einkommen müssen jetzt für fünf Köpfe reichen. 1999 ist das noch kaum durch Familienunterstützung kompensiert worden. Nur sehr gering verdienende Arbeitnehmerhaushalte haben Familiengeld bezogen. Die steuerliche Entlastung der Familien ist nach wie vor ein Witz. Wenn beide Eltern voll weiterarbeiten, müssen sie mehr Geld für die Kinderbetreuung ausgeben, i.d.R. entscheiden sich dafür nur Frauen, die höhere Einkommen haben. Für diese rechnet sich das. Aber auf jeden Fall müssen die beiden Elterneinkommen auch für eine externe Betreuung reichen. Kinder sind ein Armutsrisiko, weil mit weniger Einkünften mehr Köpfe zu ernähren sind. Nur wenn die Familienförderung in voller Höhe alle zusätzlichen Kosten kompensieren würde, wäre dem nicht so.

In der ersten Einkommensverteilungsstudie scheinen relativ geringe Vermögenserträge auf. Wäre die Armut geringer, wenn man das Vermögen präziser erfassen könnte?

Atz: Für ärmere Bevölkerungsgruppen würde sich nicht viel ändern. Die haben nicht viel Vermögen. Es gibt Einkommensmessungen, wo das Wohnen in der eigenen Wohnung als eine Art Einkommen betrachtet wird, als „unterstelltes Einkommen“, das mit Größe und Qualität der Wohnung zusammenhängt. In Südtirol gibt es einen hohen Anteil von Wohnungseigentum. Das Andere ist die Vermögensbildung. Man kann den Erwerb einer Wohnung als Ersparnis betrachten, nicht als Konsumausgabe. Die Darlehensrückzahlung und die Ausgaben für die Miete sind nicht gleichwertig. Letztere sind eine reine Ausgabe, erstere ist Vermögensbildung. Für die Armutsfrage ist dies insofern relevant, als viele relativ Arme auf dem Land in der eigenen Wohnung leben und keine Ausgaben dafür haben. Die relativ Armen in der Stadt bewohnen häufiger Mietwohnungen, oft aber auch günstige Sozialwohnungen. Die eigentlichen Vermögenserträge wie z.B. alle Miet- und Zinseinkünfte sind nicht so hoch und werden oft mit dem selbständigen Einkommen vermischt. Echte Renditen fallen eher nur in der begüterten Bevölkerungsschicht an, die mit solchen Untersuchungen schlecht erfasst werden. In ärmeren Schichten spielt dieses Einkommen eine geringere Rolle. Die relative Armut in der Südtiroler Bevölkerung würde sich bei ganz genauer Erfassung der Vermögen kaum ändern.

Nur 9% des Gesamteinkommens der relativ Armen stammen aus öffentlichen Sozialleistungen. Ist das nicht erstaunlich wenig?

Atz: Die Daten sind vermutlich nicht vollständig, sondern nur eine grobe Annäherung. Die Einkommen aus Sozialleistungen sind noch nicht genügend differenziert erfasst worden. Manche haben solche Leistungen vermutlich vergessen, verschwiegen oder sind sich ihrer Natur gar nicht bewusst. Beispiel Sozialrente: einige Bezieher stufen diese Rente vielleicht nicht als Sozialleistung ein, sondern als ihnen zustehende Rente. Auch das Familiengeld, das mit dem Gehalt ausgezahlt wird, betrachten viele als Gehaltsbestandteil, es ist aber eine Sozialleistung. Man müsste alle Einnahmen genau durchschauen und kategorisieren nach Arbeitseinkommen, Vermögensertrag und Sozialleistungen.

Nach diesem Überblick über die Risikofaktoren, wo liegen die konkreten Ursachen für die Armut? In bestimmten Lebenslagen ist die Wahrscheinlichkeit für Armut höher, das ist das Risiko. Damit es tatsächlich zu Armut kommt, müssen zusätzlich ein oder mehrere Wirkungsfaktoren eintreten. Welche?

Atz: Es gibt viele einzelne Gründe. Zunächst muss man aber unterscheiden, ob es eine kurzfristige, vorübergehende oder eine dauerhafte Situation ist. Z.B. ein Jungakademiker, der keine feste Stelle und ein noch geringes Einkommen hat, weiß, dass er später unter normalen Arbeitsmarktverhältnissen schnell eine gute Stelle bekommen wird. Junge Familien können einige schwierige Jahre durchmachen, später bieten sich wieder neue Erwerbsmöglichkeiten und sie bekommen auch Unterstützung von außen. Aus der Forschung ist bekannt, dass vorübergehende Armut häufiger ist als strukturelle, verfestigte Armut. Man muss genau unterscheiden. Die Ursachen sind verschieden: wer im Übergang zwischen Ausbildung und Berufstätigkeit steht und wenig verdient, steckt in einer anderen Art von Armut als jemand, der keine Berufsausbildung hat und mit 50 seine angelernte Arbeit verloren hat. Aus dieser strukturellen Armut kommt jemand weit schwieriger heraus. Man wird sie bei gering Qualifizierten in bestimmtem Alter finden und bei älteren Alleinstehenden aufgrund ihrer Erwerbsbiografie. Es gibt aber auch Personen, die ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze haben, aber ihre Ausgaben nicht kontrollieren und sich zunehmend verschulden. Vor allem bei diesen muss auch die Armutsbekämpfung ansetzen.

Was kann man auf politischer Ebene zur Bekämpfung struktureller Armut tun?

Atz: Ich würde bei den Ursachen für niedrige Einkommen ansetzen, u.a. bei der Ausbildung, am Arbeitsmarkt, bei den persönlichen Problemen. Damit sich langfristig bei Einkommen etwas ändert. Dann muss man versuchen, die Grundbedürfnisse dieser Personen möglichst gut zu decken: Wohnen, Gesundheit, Bildung und Ähnliches. An der primären Einkommensverteilung kann man nicht viel ändern. Die Ungleichheit wird sich in Südtirol eher verschärfen. Durch Umverteilung kann man das abfedern und wo Armut mit individuellen Defiziten zu tun hat, gezielte Hilfen zu ihrer Überwindung geben, z.B. bei der Ausbildung, bei Krankheit, in sozialen Notlagen. Grundsätzlich ist unsere Wirtschaft so eingerichtet, dass immer eine Kurve von Ungleichverteilung der Einkommen herauskommt, dass immer ein bestimmter Prozentsatz unter die relative Armutsgrenze fällt. Man kann hier durch Sozialleistungen gegensteuern: höhere Sozialrenten, mehr Kindergeld, mehr Sozialhilfe und Ähnliches. Einem Teil der relativen Armut kommt man mit besserer Familienunterstützung bei. Doch das ist von Sozialhilfe genau abzugrenzen, denn Familienpolitik ist nicht Sozialpolitik. Über die Wirtschaftsförderung kann man auch Primäreinkommen bis zu einem gewissen Grad beeinflussen.



Kapitel 3

Wer sind die Armen? Erscheinungsformen von Armut in Südtirol

Bleibt Armut eine vorübergehende Episode im Leben der meisten davon betroffenen Menschen, nicht verbunden mit Diskriminierung und Ausgrenzung, etwas was jeden treffen kann wie eine Grippe? Ist sie ein finanzieller Engpass, der theoretisch allen widerfahren kann, die „Pech haben“? Nein, es gibt sehr deutliche Muster, welche Gruppen regelmäßig immer wieder oder strukturell unterversorgt sind. Armut ist kein individuelles Schicksal. Mitten im Wohlstand und wirtschaftlicher Sicherheit sind immer mehr Menschen in typischen Lebenslagen von Armut betroffen. Es gibt immer einen Weg in die Armut, und somit strukturelle Ursachen für Armut. Diese haben mit bestimmten Bedingungen und mit der Lebensphase zu tun. Immer mehr Menschen beziehen für kürzere Zeit Sozialhilfe und erholen sich dann wirtschaftlich wieder. Doch insgesamt ist Armut kein bloßes Zwischenspiel, das schnell verschwindet. Für tausende ältere Menschen in Südtirol ist Armut zum Alltag geworden und bleibt es in den meisten Fällen bis zum Tod.

Finanzielle Schwierigkeiten

Die unmittelbarste Erscheinungsform von Armut ist mangelndes Einkommen und damit eingeschränkte Ausgabefähigkeit. Laut Sozialporträt Südtirol 2004³ befinden sich 3,5% der Südtiroler Haushalte in finanziellen Schwierigkeiten, die nicht selten dazu führen, dass am Lebensnotwendigsten gespart werden muss.

Haushalte mit finanziellen Schwierigkeiten – 2000-2003

„Hat es im letzten Jahr Zeitspannen gegeben, in denen Ihr Haushalt nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügte, um....(%-Werte, Antworten „oft“ oder „manchmal“)?“*

	2000	2001	2002	2003
Die notwendigen Lebensmittel zu kaufen	1,0	1,7	1,4	2,2
Die notwendigen Kleider zu kaufen	4,8	3,7	5,0	5,4
Die Ausgaben bei Krankheiten zu bestreiten	1,8	1,3	2,6	3,8
Die Miete der Wohnung zu bezahlen	2,0	1,4	1,4	3,2
Das Darlehen der Wohnung zu bezahlen	1,1	2,3	1,5	2,7
Die Rechnungen für Gas, Strom, Telefon usw. zu bezahlen	3,2	2,6	2,0	3,3
Die Ausgaben für die Schule zu bezahlen	1,2	1,6	1,0	1,9
Die Ausgaben für Transportmittel zu bezahlen (privater PKW, Motorrad, öff. Verkehrsmittel usw.)	1,4	1,9	1,3	3,6
Andere Schulden (außer Darlehen) für die Wohnung zu bezahlen	2,3	2,5	3,0	5,2

* Diese Werte können auch von Zufallsschwankungen beeinflusst worden sein. Wichtig an diesen Daten ist primär die Tatsache, dass die finanziellen Schwierigkeiten in der Tendenz zunehmen.

Quelle: ASTAT, Mehrzweckerhebung, Bozen 2005

So gaben für das Jahr 2003 rund 2,2% der Südtiroler an, teilweise nicht einmal genug Geld für den Einkauf der notwendigen Lebensmittel gehabt zu haben. Im Jahr 2000 hatten erst 1% angegeben, solche Schwierigkeiten haben. Für eine wachsende Zahl von Haushalten gibt es kürzere oder auch längere finanzielle Durststrecken, in denen auch an den Grundbedürfnissen wie Essen und Kleidung gespart werden muss. Bei der Kleidung gaben 2003 5,4% der Befragten an, für kürzere oder längere Zeitspannen nicht genug Mittel gehabt zu haben. Im Vergleich dazu waren es 2000 „nur“ 4,8%, 2001 gar nur 3,7%. Aber auch an der Gesundheit muss in einigen Südtiroler Familien bereits gespart werden. 3,8% der Befragten konnten sich 2003 notwendige Ausgaben im Krankheitsfall nicht leisten. 2000 waren dies noch 1,8%, 2001 nur 1,3%. Und auch laufende Ausgaben wie Miete, Darlehensraten, Gas, Strom und andere Nebenkosten müssen in mageren Zeiten zurückgefahren werden. 2003 kein Geld für die Wohnungsmiete hatten 3,2% der Befragten, kein Geld für Rechnungen für Strom, Gas oder Telefon gar 3,3%. 3,6% der Befragten mussten sich bei der Mobilität (private und öffentliche Verkehrsmittel) einschränken. Zur Größenordnung der finanziellen Probleme sagt diese Statistik noch wenig aus, doch ist ein leichter Aufwärtstrend von 2000 auf 2003 zu beobachten.

Unterversorgung

Wie in Kapitel 2 ausgeführt, zählt in der Erforschung und Messung von Armut nicht allein die Höhe des Einkommens, sondern auch die Frage, ob eine Person oder eine Familie am allgemeinen, in Südtirol verbreiteten Lebensstandard teilhaben kann. Armut wird bei diesem Konzept nicht nur als bloßer Mangel an Einkommen bzw. finanzieller Ausgabenkapazität gesehen, sondern als Lebenslage mit einer Reihe verschiedener Mängel und Defizite. Wenn auch das Einkommen für den materiellen Lebensstandard entscheidend ist, gibt es eine Reihe weiterer Faktoren, die ein Leben trotz Geld verarmen lassen. Dabei wird in der Armutforschung auf zwei Lebenslagen-basierte Maße abgestellt: zum einen die Unterversorgung in bestimmten Alltagsbedürfnissen, zum anderen die Deprivation, nämlich die Lebenslagenarmut im engeren Sinn.

Versorgungslagen (Beispiel)

Indikator	Unterversorgungsschwelle
Haushaltsnettoeinkommen	50% des Durchschnittseinkommens
Erwerbsstatus	Registrierte unfreiwillige Arbeitslosigkeit, unfreiwillige Teilzeitarbeit (oder „Mobilität“)
Allg. schulische und berufliche Bildung	Kein Pflichtschulabschluss, kein Berufsschulabschluss
Wohnraumversorgung (Belegungsdichte)	Weniger als ein Wohnraum pro Haushaltsmitglied. Kein Bad und/oder WC innerhalb der Wohneinheit
Wohnungsausstattung	Vorhandensein bestimmter langlebiger Geräte
Gesundheitszustand (von „schlecht“ bis „sehr gut“)	4 oder 5 (wenig zufrieden stellend bis schlecht)

Bei der Unterversorgung wird festgestellt, ob in einem Haushalt ein konkret messbarer Mangel in einem oder mehreren Lebensbereichen vorliegt. So wird bei der Bestimmung von Armut berücksichtigt, wie viel Wohnraum die Familienmitglieder zur Verfügung haben, welche langlebigen Konsumgüter vorhanden sind. Es wird die Einrichtung und Ausstattung der Wohnung, der Zugang zu Gesundheits- und Erholungsleistungen, der Bildungsgrad und die Nutzung kultureller Angebote berücksichtigt. Dabei ist es sehr schwierig, allgemein gültige Schwellenwerte festzulegen, wo eine Unterversorgung beginnt. Die Auswahl und Gewichtung von Gütern und Diensten, die für einen durchschnittlichen Lebensstandard nötig sind, bleiben eine normative Entscheidung der Forscher.

Beim „Deprivationsansatz“ entscheiden nicht externe Experten, wann jemand als arm zu gelten hat, sondern die Befragten selbst. Hier wird zuerst der in einem bestimmten Gebiet allgemein verbreitete Lebensstandard mit Befragungen bezüglich der als notwendig betrachteten Güter erhoben. Als arm werden dann nur jene Personen betrachtet, die nicht über Dinge verfügen, die allgemein zum durchschnittlichen Lebensstandard gezählt werden. Und zwar, nicht, weil sie freiwillig darauf verzichten, sondern weil sie sich diese Dinge aus finanziellen Gründen nicht leisten können.

Bei dieser Art von Erfassung von Armut treten zahlreiche Probleme auf: es handelt sich um eine auf einen Zeitpunkt konzentrierte Betrachtung, zum anderen gibt es verschiedene Lebensstile und einen unterschiedlichen Grundbedarf, der mit Wohnort, Alters- und Bildungsschicht und anderen Faktoren zusammenhängt. Junge Menschen können sich z.B. verschiedene Güter noch nicht leisten, wissen aber, dass sie eines Tages bei normaler Einkommensentwicklung so weit sein werden. Lässt man diesen Umstand außer Acht, werden überproportional viele junge Menschen als arm klassifiziert. Alte Menschen wiederum brauchen viele in unserer Gesellschaft verbreiteten Güter und Dienstleistungen nicht mehr: z. B. können und wollen sie die meisten Sportarten nicht mehr ausüben und unternehmen weniger Fernreisen. Und vielleicht haben ältere Menschen in höherem Maße die Fähigkeit bewahrt, mit weniger zufrieden zu sein. Wird ein allgemeiner Maßstab des Lebensstandards an sie angelegt, würden überproportional viele ältere Menschen als arm klassifiziert werden.

Wohnen und Armut

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und damit ein entscheidender Indikator für die Lebenslage einer Person. Abgesehen von der Obdachlosigkeit im Sinne des völligen Fehlens einer eigenen Wohnung kann Unterversorgung hier in mehrfacher Hinsicht auftreten. Zum einen kann man unter schlechten bis unzumutbaren Wohnverhältnissen leiden, was auf die Qualität der Wohnung wie auf Überfüllung zurückzuführen sein kann. Zum anderen können übermäßig hohe Wohnkosten bei geringem Einkommen ein Armutsrisiko erzeugen. Auch die Ausstattung der Wohnung kann unzureichend sein.

1999 wurde – wie folgende Tabelle zeigt – im Schnitt knapp ein Fünftel des Haushaltseinkommens für die Wohnung aufgewendet. In der Regel müssen Haushalte mit niedrigerem Einkommen einen weit höheren Anteil des Einkommens fürs Wohnen ausgeben, nämlich fast 44% in der untersten Einkommensklasse (also unter 5.000 Euro). Betrachtet man die Haushaltstypen so haben junge Paare, Alleinerziehende und allein lebende Personen eine überdurchschnittliche Wohnkostenbelastung (im Durchschnitt 19,3% des Einkommens). Rund 30% der Familien müssen mehr als 20% des Einkommens fürs Wohnen ausgeben (Daten für 1998/99).

Wohnkosten nach Einkommensklassen – 2003

Einkommensklassen in Euro	Miete*	Rückzahlung Darlehen*	Wohnkosten insgesamt
< 12.500	2.623	2.796	2.187
12.500 – 25.000	4.044	6.291	3.801
25.000 – 37.500	5.250	6.047	4.359
37.500 – 50.000	5.733	4.025	4.854
> 50.000	5.262	13.823	6.913

*Nur Haushalte mit entsprechenden Angaben.

Quelle: ASTAT/AFI, *Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 2003-04, Bozen 2005*

Personen, die in Miete leben, haben im Schnitt höhere Wohnungsausgaben als Eigentümer, da diese die Darlehen oft schon getilgt oder Sparleistungen erbracht haben oder aus anderen Gründen schuldenfrei sind. Auf lange Sicht haben Eigentümer einen Vorteil, da sie nicht nur Kosten sparen, sondern auch Vermögen gebildet haben. Grundsätzlich haben es kinderreiche

Familien und Ausländerfamilien viel schwerer, überhaupt eine bezahlbare Wohnung zu finden. Andererseits gibt es gerade in den Landgemeinden und bei der bäuerlichen Bevölkerung einen sehr hohen Anteil an Eigenheimen. Dies erklärt zum Teil, warum einkommensarme Haushalte auf dem Land (z.B. Mindestrentner) oft trotz theoretischem Anspruch kein Wohngeld oder soziales Mindesteinkommen beziehen. Die Tatsache, dass 20% aller Haushalte mit weniger als 5.000 Euro Jahreseinkommen in einem Bauernhaus (allerdings sind nur 10% der Bevölkerung Landwirte) wohnen, ist für die Verortung eines Teils der Armut in den bäuerlichen Familien ein wichtiges Indiz.

Insgesamt wird aus der ASTAT-Untersuchung deutlich, dass Haushalte mit höherem Einkommen mehr Miete zahlen und größere Wohnungen haben. Haushalte mit geringem Einkommen zahlen zwar deutlich weniger Miete, müssen aber einen größeren Teil des Einkommens ins Wohnen investieren. Je höher das Pro-Kopf-Einkommen, desto mehr Wohnfläche steht pro Kopf zur Verfügung. In den unteren Einkommensklassen befindet sich auch ein hoher Anteil von kleineren Haushalten mit höchstens zwei Mitgliedern.

Wie hängt die Wohnqualität mit dem Einkommen zusammen? Die Probleme Lärm, Umweltverschmutzung und Kriminalität in der Wohnumgebung betreffen Haushalte aller Einkommensklassen. Auch beim Platzmangel in der Wohnung und bei den Lichtverhältnissen scheint kein unmittelbarer Zusammenhang zum Einkommen zu bestehen. Andere Wohnprobleme hängen jedoch deutlich vom Einkommen ab: die Heizmöglichkeit, Wassereinsickerungen, baufällige Fenster und Türen und abgenutzte Fußböden.

Ein geringeres Einkommen hat außerdem eine relativ schlechtere technische Ausstattung der Wohnungen und damit eine Beeinträchtigung der Wohnqualität zur Folge. Vor allem ältere Menschen sind in relevanterem Ausmaß nicht in der Lage, größere Umbauten und Sanierungen in ihren Wohnungen vorzunehmen. Schlecht eingerichtete, feuchte, schlecht beheizbare Wohnungen mit veralteten Sanitäreinrichtungen sind die Folge.⁴

Wohnprobleme nach Einkommensklassen – 1999

Wohnungsprobleme	Standardisiertes Pro-Kopf-Einkommen in Euro					Insgesamt
	0-5.000	5000-10.000	10.000-15.000	15.000-20.000	>20.000	
Zu wenig Platz	12,0	16,5	19,7	14,4	22,7	17,0
Lärm	20,7	18,6	24,1	23,2	17,6	21,0
Zu wenig Tageslicht	8,4	9,5	11,9	11,3	7,8	10,2
Keine gute Heizmöglichkeit	21,4	16,6	11,2	6,2	9,9	13,5
Wassereinsickerung	17,1	10,3	10,4	7,8	3,1	10,3
Baufällige Fenster und Türen, abgenutzte Böden	24,8	21,5	12,5	9,5	3,5	16,6
Umweltverschmutzung, Staubbelastung	25,7	25,3	24,3	22,1	22,5	24,4
Kriminalität in der Umgebung	10,3	12,2	13,5	14,1	13,8	12,7
Kein Problem	31,1	39,1	37,4	39,6	42,7	38,0

Quelle: ASTAT, Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-1999, BZ 2000

Verschuldung und Armut

Immer mehr Verbreitung finden Konsumkredite nach dem Motto „Heute kaufen – morgen bezahlen“. Was bei Immobilien traditionell Wenigen möglich ist, nämlich ein Kauf ohne Kreditaufnahme, wird bald auch bei langlebigen Konsumgütern zur Ausnahme. Immer mehr bürgert es sich aber ein, den heutigen Konsum mit dem Einkommen von morgen zu finanzieren. Zwischen einer Kreditaufnahme und der Überschuldung liegt dann oft nur ein kleiner Schritt. Die Verschuldung wird dann zum Problem, wenn das Einkommen sinkt oder die restlichen Ausgaben unerwartet steigen und das ganze Haushaltsgleichgewicht aus den Fugen gerät. Schlecht durchdachte Tilgungspläne und die Überschätzung der eigenen

Zahlungsfähigkeit führen in die Überschuldung. Diese ist nicht mit dauerhafter Verarmung gleichzusetzen, bedeutet aber meist eine große psychische Belastung und den Einstieg in den sozialen Abstieg.

Der Großteil der KreditnehmerInnen in Südtirol nützt das breite Kreditangebot zwar vorsichtig, Informationsdefizite und folgenschwere Rechtsunwissenheit sind jedoch verbreitet. Dementsprechend einfach ist es für schwarze Schafe, wie z.B. unseriöse Kreditgeber, daraus Kapital zu schlagen. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen und der Schutz für die Schuldner ist in Italien unzureichend.

Die wesentlichen Gründe für zunehmende Privatkredite sind aus Sicht der Caritas folgende⁵:

1. die wesentlich verbesserten Einkommens- und Lebensbedingungen und der damit verbundenen höheren Kreditwürdigkeit breiter Bevölkerungsgruppen;
2. die veränderte Haltung zum Konsum, weg von Ansparen und Barzahlung, hin zum „Vorkonsumieren“;
3. die Vermarktung des Konsumentenkredits als lukrativen Geschäftszweig für die verschiedenen Kreditgeber samt einschlägiger Werbung.

Somit sind es in der Regel nicht eine bereits eingetretene Armutslage oder Einkommensarmut, die Verschuldung auslöst, um noch über die Runden zu kommen, sondern die veränderten Einstellungen zum Konsum und zur Kreditaufnahme. Nicht nur Wohnungskauf und Hausbau werden mit Darlehen finanziert, sondern immer mehr werden auch langlebige Konsumgüter auf Raten angeschafft: Möbel, Haushaltsgeräte, Autos, Sport- und Freizeitartikel. Für einen Durchschnittsverdiener bringen der Ratenkauf bzw. kreditfinanzierte Konsumausgaben keine Probleme mit sich und ist volkswirtschaftlich zur Stützung der Konjunktur (des Konsums) auch gewollt. Er wird durch verschiedene Formen der „Fremdfinanzierung“ durch Banken und Finanzdienstleister auch gefördert. Überschuldung ist ein Nebenprodukt dieser Entwicklung, wenn Tilgungskapazität und Schuldenhöhe auseinanderklaffen. Häufigste Faktoren sind:

- Schwierigkeiten im Umgang mit Geld, Überschätzung der eigenen Finanzkraft,
- niedriges Haushaltseinkommen,
- Einkommensschwankungen,
- bargeldloser Einkauf und Zahlungsverkehr,
- geschickte und aggressive Werbung,
- unvorhergesehene Ereignisse,
- Suchtverhalten, Straffälligkeit und psychische Probleme,
- komplizierte, undurchsichtige Rechtslage, Überlegenheit der Gläubiger.

Diese Faktoren lösen immer häufiger eine Verschuldungsspirale aus. Wenn Schulden nicht mehr bedient und vom Gläubiger mit gerichtlichen Mitteln eingefordert werden, kann ein Teil des Monatslohns oft jahrelang gepfändet werden. Dem Schuldner wird nur das Recht auf ein geringes Resteinkommen eingeräumt, um das Lebensminimum zu bestreiten. Der Weg in eine Armutslage ist vorgezeichnet. Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung zwingen die Betroffenen dazu, nicht mehr frei über Einnahmen und Ausgaben verfügen zu können und ihren Lebensstandard einzuschränken zu müssen. Zudem muss der Schuldner befürchten, dass Lohnpfändungen den Arbeitsplatz gefährden und der Gerichtsvollzieher auch Gegenstände des täglichen Gebrauchs pfändet.

Verschuldungsursachen (am meisten genannte Verschuldungsursachen 2004)

Grund	Anzahl	Grund	Anzahl
Unterhaltsverpflichtungen	5	Bürgschaft, Haftungen	41
Gesundheitsspesen	7	Sucht	42
Strafbare Handlungen	17	Niedrigeinkommen	56
Unfall, Todesfall	19	Krankheit	66
Wohnungseinrichtung	20	Haus- oder Wohnungskauf	71
Hohe Wohnungskosten	23	Ehemalige Selbstständigkeit	85
Sonstiges	25	Konsumverhalten	87
Autokauf	33	Scheidung, Trennung	88
Einkommensverminderung	41	Arbeitslosigkeit	96

Quelle: Caritas, Schuldnerberatung, 2005

Es verschulden sich vor allem Bezieher von Einkommen unter 1.000 Euro im Monat. Insgesamt hat die Caritas Schuldnerberatung 2004 928 Klienten beraten (+ 12% gegenüber 2003), die im Durchschnitt mit 42.948 Euro verschuldet waren. In 46% der Fälle ist der Hauptgläubiger eine Bank oder eine Finanzierungsgesellschaft (Caritas Schuldnerberatung, Jahresbericht 2004).

Die Folgen einer Schuldenkrise sind verschiedenartig: Wohnungsverlust, weil die Miete nicht mehr bezahlt werden kann; Arbeitsplatzverlust als Folge der Lohnpfändungen; Verlust der Fähigkeit und Bereitschaft, seinen Lebensunterhalt durch Berufstätigkeit zu bestreiten. Viele Ver- und Überschuldete haben das Empfinden, dieser negativen Situation auf Dauer hilflos ausgeliefert zu sein. Aus diesem Lebensgefühl folgen Perspektivlosigkeit, Aktivitätshemmung, Depression. Der Leistungswille der Betroffenen und die Fähigkeit zur Selbsthilfe wird stark geschwächt, es folgen erhöhter Konsum von Suchtmitteln sowie die Suche nach sonstigen Formen der Flucht vor der Realität, Entmutigung angesichts der Erkenntnis, dass auch bei lebenslanger Zahlung die Schuld nicht völlig getilgt werden kann, familiäre Spannungen verbunden mit der Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern, Zerschlagen von Ehen und Beziehungen, Straffälligkeit, Glücksspiel und Spielsucht, um die Schulden durch schnell verdientes Geld zu tilgen, zunehmend depressives Verhalten bis hin zur Suizidgefährdung. Systematisch ist die Überschuldung in Südtirol allerdings noch nicht untersucht worden. Die Inanspruchnahme der Schuldnerberatung der Caritas kann als Indikator dafür gewertet werden, dass das Phänomen laufend ansteigt.

Das Gespräch

Immer mehr Menschen geraten in die Schuldenfalle



Dr. Petra Priller, Leiterin der Caritas Schuldnerberatung in Bozen

Wann kommt jemand zur Schuldnerberatung? Wenn ihm die Sorgen schon bis zum Hals stehen?

Priller: Überschuldete Personen brauchen recht lange, bis sie in die Beratung kommen. Es besteht eine beträchtliche Hemmschwelle, diese besondere Situation mitzuteilen und eine Vertrauensbasis mit uns aufzubauen. Schulden einzugestehen wird oft als Versagen und Demütigung empfunden. Man kann jedoch Verschuldung und Überschuldung nicht mit Armut gleichsetzen. Die klassischen Fälle von

Verschuldung, z.B. bedingt durch eine Scheidung mit Alimenterpflichtungen und weiterbestehenden Wohnungskosten, können den Einstieg in eine Armutskarriere bedeuten. Sie können aber auch nur vorübergehend sein. Geschiedene Väter werden derzeit verstärkt zu Schuldnern.

Es gibt einige Gruppen, die von einem besonderen Armutsrisiko betroffen sind: Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Randgruppen und Ausländer, Rentner mit der Mindestrente. Sind diese Menschen auch Ihre wichtigsten Klienten?

Priller: Diese Gruppen haben aufgrund ihres geringeren Einkommens sicher Schwierigkeiten, beim allgemeinen Lebensstandard mitzuhalt. In der Gesellschaft gibt es einen massiven Druck, bei einem bestimmten Konsumstandard mitzumachen. Eine allein erziehende Mutter mit zwei Kindern, die zur Miete lebt und hohe Kosten für Schule und Freizeit der Kinder hat, tut sich schwer, den Kindern dasselbe zu bieten wie eine Normalverdiener-Familie. Dasselbe trifft für kinderreiche Ausländerfamilien zu. Unsere Klientinnen haben im Durchschnitt ein mittleres bis geringeres Einkommen.

In welchen Lebenslagen befinden sich die meisten Überschuldeten?

Priller: 2004 ist die Zahl unserer Klienten um 12% auf über 900 Personen angestiegen. Die Hauptursachen sind dabei dieselben geblieben: Trennung und Scheidung, der sorglose Umgang mit Geld, Arbeitslosigkeit, aber auch Selbstständige, die ihren Betrieb aufgrund von Schulden schließen mussten. Daneben gibt es Menschen, die unter Suchtkrankheiten leiden,

deren Angehörige gestorben sind, die Bürgschaften übernommen haben, die sich mit Darlehen übernommen haben. Meistens sind es mehrere Faktoren, die zu einer Verschuldung führen. 65% der Klienten beziehen ein regelmäßiges Gehalt. 14% haben eine Rente, 8% sind Sozialhilfeempfänger, weitere leben nur von Alimenten oder von Gelegenheitsarbeiten. Im Schnitt beziehen die Klienten ein Einkommen zwischen 500 und 1500 Euro.

Wie steht es mit dem Zusammenhang zwischen Verschuldung und Armut?

Priller: Wenn die Verschuldung länger anhält, können sich Betroffene auch wesentliche Dinge nicht mehr leisten. Wer ein regelmäßiges Gehalt bezieht, hat keine Einkommensarmut, sondern gerät in die Klemme zwischen den steigenden Lebenshaltungskosten und dem zu geringen Einkommen. Diese Menschen können dann Gesundheitsausgaben nicht mehr decken oder die Eltern können das Universitätsstudium der Kinder nicht mehr finanzieren, sie müssen auf Weiterbildung verzichten oder geraten schon durch eine Zahnarztrechnung in Schwierigkeiten.

Bedeutet Überschuldung auch gleichzeitig Armut?

Priller: Überschuldet zu sein bedeutet vor allem einen hohen psychischen Druck: schlaflose Nächte, schwindendes Selbstvertrauen. Männer neigen zu Alkohol, Familienstreit, Suizid. Die Schuldnerberatung versucht, das Abgleiten dieser Menschen in langfristige Armut zu verhindern. Andererseits sind Alleinerziehende und Rentner oft gar nicht kreditwürdig. Es hängt ja von den Sicherheiten ab, die jemand bieten kann. Überschuldung ist oft beides: Ursache, aber auch Folge von Armut.

Wie hängt die Verschuldung mit der Wohnsituation zusammen?

Priller: Der Wohnungskauf ist ein Grund für Verschuldung, steht aber erst an 5. Stelle. Überhöhte Mieten machen unseren Klienten schwer zu schaffen. Die Mietenpolitik des Landes ist fragwürdig. Die Darlehen zum Kauf von Wohnungen und die Wohngelder haben das Mietenniveau stark aufgebläht. Am meisten trifft es aber jene, die auf dem freien Markt eine Wohnung ohne öffentliche Hilfe kaufen, weil sie die Förderungskriterien nicht erfüllen. Trotz eines relativ guten Gehaltes können sie sich verschulden, weil die Restfinanzierung nicht gedeckt werden kann. Der Wohnungskauf ist nach wie vor einer der wesentlichen Gründe für Überschuldung. Es ist eine Mentalität entstanden, dass man als Mieter zweitrangig und eigentlich die Normalsituation das Wohnungseigentum ist. Auch die aggressive, manchmal irreführende Werbung seitens der Banken für Darlehen ist ein Problem.

Welche Wege führen aus der Verschuldung?

Priller: Grundsätzlich kommen für verschiedene Klientengruppen verschiedene Lösungen in Frage. Vor allem versuchen wir zunächst, mit den Betroffenen einen Überblick über ihre Einkommenssituation und ihre Perspektiven zu erarbeiten. Dann zeigen wir auf, wo Einsparungen möglich sind, wie man Raten reduzieren kann, welche Möglichkeiten es gegenüber den Banken gibt. Man versucht zusätzliche Einkommensmöglichkeiten ausfindig zu machen. Es gilt, einen ganzheitlichen Ansatz finden. Es geht auch darum, realistische Rückzahlungsbedingungen mit den Gläubigern auszuhandeln. Es gibt verschiedene Möglichkeiten bis hin zum Leben mit Schulden, dann aber begleitet und unterstützt. Man kann mit den Schuldnern eine langfristige Perspektive zur Rückzahlung der Schulden aufbauen. Auch bei einer Pfändung muss ein Lebensminimum verbleiben. Im Ausland gibt es die Form des Privatkonkurses: man kann über das Gericht einen Ausgleich treffen und dann einen Neustart machen. Das Hauptergebnis ist oft eine Schuldenregulierung, eine Umschuldung oder eine neue Ratenvereinbarung. Als letztes Mittel kann die Caritas auch eine finanzielle Unterstützung leisten, doch nur unter der Voraussetzung eines längerfristigen Projektes, zu dem der/die KlientIn auch das Seine/Ihre beisteuern muss.

Gesundheit und Armut

Zwischen dem Gesundheitszustand und der medizinischen Versorgung einerseits und der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht und Armut andererseits gibt es einen nachgewiesenen Zusammenhang. Unterschiedliche gesundheitliche Belastungen während des Arbeitslebens und Unterschiede in der gesundheitlichen Versorgung aufgrund unzureichender Mittel, weniger Zeit und Information für die eigene Gesundheitspflege führen zu unterschiedlicher Entwicklung der Gesundheit. In anderen Industrieländern ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Einkommensniveau, dem Bildungsgrad und der Lebensdauer nachgewiesen worden.



Einkommensarmut und Gesundheitszustand beeinflussen sich gegenseitig. Länger währende oder chronische Erkrankungen führen zu Einkommensausfällen oder in manchen Fällen zu eingeschränkter Erwerbsfähigkeit. Andererseits bringen die mit längerer Krankheit und Pflegebedürftigkeit verbundenen Kosten finanzielle Engpässe mit sich. Einkommensschwächere sind trotz des vergleichsweise guten öffentlichen Gesundheitssystems nicht in der Lage, alle Möglichkeiten medizinischer Versorgung zu nutzen. Auch die durch materielle Armut bedingte schlechte Wohn- und Verpflegungsqualität führt zu größerer gesundheitlicher Anfälligkeit.⁶ Die Zusammenhänge zwischen den Lebensbedingungen und dem Gesundheitszustand der Südtiroler Bevölkerung sind noch kaum untersucht. Chronische Erkrankungen hängen von belastenden Arbeitsbedingungen ab. Ihrerseits fördern Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit, sozialer Abstieg die Entstehung von psychischer Erkrankung und die Suizidgefahr. Bei der Suizidrate liegt Südtirol über dem gesamtitalienischen Durchschnitt.

Die vor einigen Jahren im Südtiroler Gesundheitswesen eingeführte Kostenbeteiligung der Patienten sollte als Hauptziel zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit den Dienstleistungen des Gesundheitswesens und zu Einsparungen bei immer aufwändigeren stationären Behandlungsformen führen. Einkommensschwächere wie z.B. die Mindestrentner sind von der sogenannten „Ticketpflicht“ auch befreit. Doch ist vor allem unter Rentnern eine Verunsicherung entstanden, den Gesundheitsdienst im gewohnten Ausmaß in Anspruch zu nehmen.

Geringere Teilhabe an Bildung und Kultur

Von „Bildungsarmut“ kann gesprochen werden, wenn gravierende Bildungsdefizite vorliegen wie etwa das Fehlen des Pflichtschul- oder eines Berufsschulabschlusses. Zwischen dem Bildungsgrad und dem Risiko, später arbeitslos zu werden, gibt es einen direkten Zusammenhang. Im Allgemeinen senkt ein geringer Bildungsabschluss die Erwerbschancen und erhöht das Armutsrisiko.

Wie die Daten der Volkszählung 2001 zeigen, liegt Südtirol bei den höheren und mittleren Bildungsabschlüssen (Hoch- und Oberschule) gegenüber anderen Regionen Italiens und den angrenzenden Nachbarländern noch im Rückstand, während der Anteil der Berufsschulabsolventen aufgrund des gut entwickelten Berufsschulsystems stärker ausgeprägt ist. Dank der seit Jahrzehnten guten Arbeitsmarktentwicklung in Südtirol hat ein geringer oder fehlender Bildungsabschluss keine gravierenden Folgen für die Beschäftigung mit sich gebracht. Unter den Langzeitarbeitslosen ist allerdings ein höherer Anteil an Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und ohne Berufsausbildung zu verzeichnen.⁷ Ein Armutsrisiko trifft vor allem Personen, die die Schule oder Ausbildung bzw. Lehre abbrechen und eine gering qualifizierte Stelle antreten, um ein sofortiges Einkommen

zu erzielen. Dies beeinträchtigt aber die langfristige Berufslaufbahn, die Qualifikations- und Umschulungsfähigkeit von Jugendlichen, die auf dem Arbeitsmarkt immer häufiger erforderlich ist. Nicht untersucht worden ist bisher ein möglicher Zusammenhang zwischen der Armut, den geringen Renten und dem Bildungsgrad. Andererseits führt materielle Armut zu geringeren Möglichkeiten, Bildungsangebote und kulturelle Angebote wahrzunehmen. Wenn Haushalte ihre Ausgaben auf das Lebensnotwendige einschränken müssen, wobei vor allem die Fixkosten fürs Wohnen am stärksten zu Buche schlagen, bleibt für kulturelle Tätigkeiten, Weiterbildung und Information nicht viel an Mitteln übrig. Da kulturelle Teilhabe mit zeitlichem und materiellem Aufwand verbunden ist, bedeutet Einkommensarmut somit auch eine kulturelle Einschränkung.

Verfestigte Armutslagen und „verdeckte Armut“

Ein wichtiger Aspekt in der Betrachtung der Armut ist auch die Zeit und damit die Frage der Dauerhaftigkeit von Armutslagen. Verschiedenste Gruppen von Menschen können Armutserfahrungen machen. Während ein guter Teil nur vorübergehend von Armut betroffen ist und nach einiger Zeit aus eigener Anstrengung oder mit Hilfe von außen diese Notlage überwindet, verharren andere Gruppen auf Dauer in Armut. Man spricht dann von verfestigter Armut. Bei der in Südtirol seit Jahrzehnten anhaltenden guten Arbeitsmarktlage trifft die Verfestigung der Armut relativ wenige Menschen, wie aus den Zahlen zum Bezug der öffentlichen Sozialhilfe (soziales Mindesteinkommen) ersichtlich wird. Der Sozialhilfebezug wird vor allem dann chronisch, wenn sich Negativfaktoren häufen. So entsteht ein „harter Kern“ von Armutsbetroffenen.

Auch das Phänomen der verdeckten Armut ist in Südtirol nicht unbekannt. Der Caritas und anderen Sozialverbänden begegnen immer wieder allein stehende ältere Personen, die aufgrund ihres geringen Einkommens zwar Anspruch auf finanzielle Unterstützung hätten und z. T. auch in unzumutbaren Verhältnissen leben, aber aus Scham, Unwissenheit oder Unwillen, ihre Kinder zu belasten, keine Unterstützung bei den Sozialdiensten beantragen. Der Zusammenhang zwischen Rentnerhaushalten und Armutsgefährdung ist eindeutig.⁸ Unter den vom ASTAT als relativ arm eingestuften Haushalten finden sich doppelt so häufig solche, die ihr Einkommen überwiegend aus einer Rente beziehen (Anteil an den relativ armen Haushalten: 55%), als unter den wohlhabenden Haushalten, von denen nur 28% Rentnerhaushalte sind.

Ein weiteres Potenzial verdeckter Armut lässt sich bei den Arbeitsmigranten und ihren Familien feststellen. Aufgrund der Begrenzung des Sozialhilfebezugs auf maximal zwei Monate im Jahr bezieht nur ein kleinerer Teil der bedürftigen „nicht-einheimischen Personen“ tatsächlich das soziale Mindesteinkommen. Verdeckte Armutslagen treten schließlich auch dann auf, wenn dem wirtschaftlich abhängigen Partner – in den meisten Fällen den Frauen – keine ausreichenden Mittel für seine persönliche Nutzung zur Verfügung gestellt werden. So kann die Erwerbslosigkeit der Frauen, die für die Haus- und Erziehungsarbeit zuhause bleiben, Armut zur Folge haben, obwohl die Familie selbst aufgrund ihrer Einkommenslage nicht unter die Armutsgrenze fällt.

**Kapitel 4****Was führt zu Armut? Bedingungsfaktoren der Armut**

Armut ist kein individuelles Schicksal. Mitten im Südtiroler Wohlstand und Wirtschaftswachstum sind immer mehr Menschen von relativer und absoluter Armut betroffen. Niemand ist „von Natur aus arm“, es gibt immer einen Weg in die Armut, in den sozialen Abstieg. Armutsverläufe oder „Abstiegskarrieren“ können ebenso deutlich nach unten zeigen, wie Berufskarrieren es nach oben tun. Für viele Betroffene ist Armut nur eine Durchgangsphase, für manche allerdings ein Dauerzustand. Mehrere tausend Südtiroler sind dauerhaft auf das „soziale Mindesteinkommen“, die Sozialhilfe des Landes angewiesen. Daneben existiert eine Dunkelziffer von Armutsbetroffenen, die sich aus verschiedenen Gründen gar nicht bei den Sozialsprengeln melden. Mit den konkreten Lebensbedingungen und Lebenslagen von Armutsbetroffenen sind nicht nur die Sozialsprengel, sondern auch die Sozialverbände und Hilfsvereinigungen täglich konfrontiert. Sie nehmen die Merkmale von Armut und Unterversorgung wahr, und befassen sich im Gespräch mit den Betroffenen auch mit den Ursachen und Bedingungsfaktoren dieser Situation.

So zeigt sich, dass das soziale Netz auch in Südtirol noch Löcher hat. Es ist fixiert auf die Normalerwerbsbiografien mit Produktivität, Leistungsfähigkeit und Effizienz als Leitbild. Es ist Ausdruck einer Arbeitsgesellschaft, die so immer weniger existieren wird. Immer mehr Menschen folgen nicht mehr den gewohnten normalen Arbeitsbiographien. Es sind alte Menschen, junge Ausbildungsabbrecher, kranke Menschen, Obdachlose, Familien mit mehreren Kindern, Verschuldete. Diese Menschen bilden keine „Randgruppen“, wie gemeinhin Suchtkranke, Obdachlose, Menschen ohne Wohnsitz, bezeichnet werden, sondern befinden sich fast in familiärer Normalität. Eine nachhaltige Bekämpfung der Armut setzt voraus, dass man sich der tiefer liegenden strukturellen Gründe von Armut im Kontext der Südtiroler sozialen Realität bewusst wird. Einige davon sollen hier kurz kommentiert werden.

Arbeitslosigkeit oder unzureichende wirtschaftliche Grundsicherung

Eine der zentralen Ursachen für Einkommensarmut in den meisten Regionen Europas ist die Arbeitslosigkeit in allen ihren Varianten. So sind z.B. über 60% der Sozialhilfeempfänger in Deutschland aufgrund von Arbeitslosigkeit in diese Notlage gekommen. Allerdings ist die Arbeitslosenquote in Südtirol mit 2,6% (Jahresdurchschnitt 2004) im europäischen Vergleich sehr gering. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist in den letzten Jahren ebenfalls ziemlich stabil. Die Arbeitsmarktlage kann insgesamt als nachhaltig gut bezeichnet werden. Verschiedene Untersuchungen zur Arbeitslosigkeit in Südtirol weisen darauf hin, dass Arbeitslosigkeit hier weniger mit einem Fehlen von Arbeitsplätzen zu tun hat, als vielmehr mit strukturellen Ursachen (Fehlen geeigneter und wohnortnaher Arbeitsplätze, Berufswechsel, vorübergehende Such-Arbeitslosigkeit) und mit lebenslagenrelevanten Defiziten (schlechte psychische und gesundheitliche Verfassung, partielle Invalidität, Abhängigkeitserkrankungen, geringe berufliche Bildung, zerrüttete Familienverhältnisse). In einer Studie zum Sozialhilfebezug in Bozen wurde zwar ermittelt, dass zwei Drittel der Bezieher als Grund „allgemeine Arbeitslosigkeit“ angaben, doch bezog sich dies offensichtlich auf Erwerbslosigkeit im weitesten Sinne und verdeckte eine wesentlich vielfältigere Ursachenpalette.⁹

Arbeit ist für die meisten Menschen Grundlage ihrer materiellen Existenz, aber auch Ort und Zeit der Selbstverwirklichung und des sozialen Lebens. Arbeitslosigkeit bedeutet zumeist Einkommensminderung, aber auch den Wegfall sinnstiftender Tätigkeit in Gemeinschaft mit anderen bzw. Teil eines sinnerfüllten Lebens. Arbeit bringt Einkommen und wirtschaftliche Absicherung, aber auch Entfaltung von persönlichen Fähigkeiten und Kreativität. Eine sinnvolle und positiv erlebte Arbeit trägt direkt zur Lebenszufriedenheit bei. Diese doppelte Bedeutung der Arbeit für die Lebensqualität ist auch in der Befassung mit der Armut zu berücksichtigen.

Immer mehr Menschen können aus ihrer Arbeit sich und ihrer Familie keine ausreichende Lebensqualität mehr bieten („working poor“, also arm trotz Beschäftigung), zum anderen kann im Zuge der Konzentration von Vermögen auch eine Minderheit von Menschen auf Erwerbsarbeit verzichten. Daneben wird ein hoher Teil der insgesamt geleisteten Arbeit nicht entlohnt: die Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege von Angehörigen. Diese mehrheitlich von Frauen geleistete Arbeit wird gesellschaftlich nicht genügend anerkannt und dies wirkt sich vor allem im Alter infolge der unzureichenden Altersvorsorge aus. Armut unter kinderreichen Familien und Alleinerziehenden hat auch damit zu tun, dass dieser Arbeit zu wenig materielle Wertschätzung entgegengebracht wird.

Mit Arbeit ist immer auch die Frage des Sozialprestiges verbunden. Oft bleibt die Arbeit heute ein bloßer „Job“. Viele Menschen können ihre Fähigkeiten und Neigungen während ihrer Berufstätigkeit nicht entwickeln. Sie sind auf wenig kreative und wenig stimulierende Arbeiten angewiesen. Dies kann auch zu sozialer Isolation führen, zu Verarmung im Beziehungsbereich, ohne Kontaktmöglichkeiten. Selbstverwirklichung in der Arbeit trägt zum Selbstwertgefühl bei. Bei unbefriedigender Arbeit verlegen Menschen das „eigentliche Leben“ immer mehr in die Freizeit, aufs Wochenende, und investieren immer weniger Energie und Motivation in die täglichen Aufgaben am Arbeitsplatz. Man zählt die Monate bis zur Rente. Dies bringt einen Mangel an Identifikation mit der Arbeit und mehr Arbeitsplatz- und Berufswechsel.

Soziale und kulturelle Entwurzelung

Jeder Mensch ist in der Regel in ein soziales Netz eingebunden, von der Familie über Freunde, Kollegen, Vereine, der Dorfgemeinschaft, bis hin zum eigenen Unternehmen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und sozialen Großgruppen. Alle verfügen über Weltbilder und Wertvorstellungen, die von kulturellen Traditionen und dem sozialen Umfeld mitgeprägt sind. Entwurzelte Menschen haben dagegen die Sicherheit, die solche Wertvorstellungen für den Alltag leisten können, verloren.

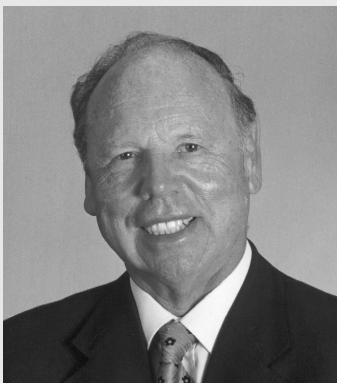
Lebensqualität umfasst verschiedene Lebensdimensionen: die gesicherte wirtschaftliche Grundlage, die Einbindung in ein intaktes soziales Netz, die Übereinstimmung zwischen Hoffnungen und Erwartungen und der konkret erlebten Wirklichkeit; die Verwurzelung in der soziokulturellen Tradition; tragfähige Wertvorstellungen, Weltbilder und Selbstbilder, Zugang zu Bildung, eine erfüllende Berufstätigkeit und die Einbettung in eine intakte Umwelt. Die Modernisierung der Südtiroler Gesellschaft brachte einerseits neue Freiheiten, neue Möglichkeiten und neue Chancen, andererseits auch einen Verlust an Stabilität z.B. in Beruf und Familie, sowie an klaren sozialen Strukturen. Viele neue Berufe und eine neue soziale Mobilität sind entstanden, die Unsicherheit und Zukunftsangst hat zugenommen. Eine neue Vielfalt an Lebensformen hat sich aufgetan, die zu einer Segmentierung der Gesellschaft in viele Gruppen und „Subkulturen“ geführt hat. Die großen sozialen Gruppen zerfallen in kleinere, konkurrierende soziale Gruppen, die ihre Interessen als die wichtigsten betrachten. Dies führt zu einem Verlust an

Solidarität zwischen sozialen Gruppen und zwischen den Generationen. Diese Gruppen bilden eigene Wertvorstellungen und Ausdrucksformen aus, gleich ob Jugendbanden, Rockergruppen, oder andere randständige Gruppen ohne politischen Einfluss und Artikulationsmöglichkeit.

Vielen, vor allem älteren Menschen gelingt es nicht leicht, herkömmliche Anschauungen an die neue Zeit anzupassen. Sie ziehen sich zurück, leben in ihrer Welt der imaginierten „guten alten Zeit“. All dies trägt zur soziokulturellen Entwurzelung bei: wenn es nicht gelingt, gemeinsam auf neue Probleme zeitgemäße Antworten zu finden und neue Traditionen aufzubauen, fühlen sich diese Menschen entwurzelt. Dies trägt zur ideellen und später materiellen Verarmung bei. Eine duale Gesellschaft bildet sich heraus: der eine Teil ist aktiv in den Wirtschaftsprozess eingegliedert, der andere lebt von Sozialeinkünften. Dies zeigt sich auch im Tages-, Wochen- und Jahresablauf. Sowohl zeitlich wie räumlich fallen die Lebenswelten der Berufstätigen und der Menschen außerhalb des Erwerbslebens immer mehr auseinander.

Das Gespräch

Armut aus der Sicht der Unternehmen



Benedikt Gramm, Präsident der Handelskammer Bozen:

„Südtirols Unternehmen verspüren eine große soziale Verantwortung, während ausländische Großkonzerne vielfach keinen Bezug zu Land und Leute haben und eiskalt und nur berechnend handeln. Mein persönliches Motto im Betrieb: „Liebe Mitarbeiter, wenn ihr mit mir dafür sorgt, dass es dem Betrieb gut geht, kann ich dafür sorgen, dass es Euch gut geht“.“

Soziale Notlagen, gravierende Einkommensarmut und die Unfähigkeit, Grundbedürfnisse ausreichend zu decken und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, gibt es auch in Südtirol. Welche Relevanz hat die Armutsproblematik für den Unternehmervverband?

Gramm: Die Vermeidung von Armut ist auch den Unternehmern ein wichtiges Anliegen, dies zum einen aus persönlicher Sicht, aber auch schon aus wirtschaftlichen Überlegungen: Je geringer die Armut bzw. je höher der wirtschaftliche Wohlstand ist, umso größer ist die Produktnachfrage einerseits und umso geringer sind die sozialen Spannungen andererseits. Die Unternehmer spüren die Rolle der sozialen Verantwortung besonders ihren Mitarbeitern gegenüber. Lassen Sie mich dies so erklären: In jeder Marktwirtschaft streben die Unternehmen richtigerweise nach Gewinn. Dieser ermöglicht es, dem Betrieb seine Marktposition zu stärken und auszubauen. Wenn keine Gewinne erzielt werden, wird jedes Unternehmen eingehen und die Mitarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz. Zunehmend wird erkannt, wie wichtig es ist, gute und motivierte Mitarbeiter zu haben. Sie stellen einen der wichtigsten Wettbewerbsfaktoren dar. Deshalb wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von der Wirtschaft gefördert und empfohlen.

Welche sind die maßgeblichen Ursachen für die Entstehung von Armut in einer relativ prosperierenden und stabilen Region wie der unseren?

Gramm: Es kommt darauf an, was Sie unter Armut verstehen: Wenn Sie das vom Landesinstitut für Statistik verwendete Konzept der relativen Armut verwenden, wonach jener als arm gilt, welcher weniger als 50% des Südtiroler Durchschnittseinkommens verdient, dann gibt es rein statistisch immer Arme, selbst wenn das mittlere Einkommensniveau doppelt so hoch wäre wie heute. Oder ist eine Familie, welche von der Sozialfürsorge unterstützt wird und dadurch das Einkommen bis zum Lebensminimum aufgefüllt bekommt, wirklich als arm einzustufen? Armut ist ein subjektiver Begriff: Würde sich ein Rentnerhepaar, welches von einer bescheidenen Rente und vom Ersparten zufrieden lebt, als arm bezeichnen? Ich glaube,

dass bei unserer insgesamt guten wirtschaftlichen Situation jeder Willige die Chance hat, ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften. Natürlich ergeben sich Probleme vor allem bei unvorhergesehenen Ereignissen wie z.B. Todesfall, Krankheit, Scheidung, Alkohol- und Spielsucht. Aber auch für Unternehmer entstehen Probleme bei der Auflassung der Tätigkeit. Sie stehen laut Schuldnerberatung an vorderster Stelle bei den Verschuldungsursachen und der daraus resultierenden Armut. Schließlich gibt es allzu viele Menschen, welche ganz einfach mit dem Geld nicht umgehen können.

In welcher Weise und in welchem Ausmaß ist die Entstehung von Armut auf die Entwicklung der Einkommen im Allgemeinen und auf jene der Reallöhne und Renten im Besonderen in Südtirol zurückzuführen?

Gramm: Laut aktuellster Analyse des ISTAT (Nationales Institut für Statistik) für 2003 beträgt nach dessen Definition der Anteil der armen Familien in Südtirol 11,1 Prozent. Italienweit sind es 10,6 Prozent. Südtirol liegt also etwa im nationalen Durchschnitt. Ich möchte betonen, dass es falsch wäre, das Thema Armut auf die Arbeitnehmer zu beschränken. Richtig ist, dass die bis vor wenigen Jahren geltende höhere Inflation in Südtirol stärker auf die Reallöhne drückte. Mittlerweile ist aber die Inflationsrate Südtirols seit drei Jahren niedriger als der italienische Durchschnitt. Ein Problem aber, das aus einer Analyse des AFI (Dokumentation 25/2004) hervorgeht, ist der vergleichsweise geringe Produktivitätszuwachs in Südtirol von nur 3,3% (1995-2001) gegenüber 6,1% für Italien insgesamt. Je höher die Produktivität, umso größer ist die Möglichkeit der Betriebe, eine Leistungszulage zu erwägen.

Wer ist für die Armut im Sinne von Einkommensarmut, wie sie heute in Südtirol beobachtbar ist, primär verantwortlich? Die Betroffenen selbst, die allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Politik?

Gramm: Gemäß Berechnungen vom „Il sole 24 ore“ oder „Italia oggi“ gehört Südtirol immer noch zu den Provinzen mit dem höchsten wirtschaftlichen Wohlstand. Auch in den Einschätzung des ISTAT liegt Südtirol in der wirtschaftlichen Entwicklung weit über dem nationalen Durchschnitt. Die Rahmenbedingungen stimmen also, weshalb die Armut doch meist auf persönliche Umstände, sei dies aufgrund persönlicher Entscheidungen oder eingetretener Schicksalsschläge, zurückzuführen ist.

Welche Tendenzen sind in der Einkommens- und Vermögensverteilung in Südtirol aus Ihrer Sicht in Südtirol zu beobachten und gibt es einen Zusammenhang mit der Armut? Hat Südtirol heute mit seiner stetig wachsenden Wirtschaft und gut ausgestatteten öffentlichen Haushalten ein Verteilungsproblem?

Gramm: Von einer wachsenden Wirtschaft profitieren alle, Unternehmer und Mitarbeiter, und alle tragen zu einer positiven Entwicklung der Südtiroler Wirtschaft gemeinsam bei. Eine niedrige Armut ist deshalb auch ein gemeinsamer Erfolg.

Reichen die sozialpolitischen Maßnahmen des Landes aus, um die Armut in Südtirol zu bekämpfen und die von Armut betroffenen Familien und Einzelpersonen nachhaltig zu unterstützen? Wird die Armutsfrage von der Politik ausreichend ernst genommen?

Gramm: Ich bin überzeugt, dass es kaum einen Bereich gibt, wo so vieles unternommen wird, um soziale Härtefälle zu vermeiden bzw. zu beseitigen. Südtirol ist auch hier vorbildlich.

Welche Verantwortung haben die Sozialpartner im Allgemeinen und die Unternehmen und die Wirtschaftsverbände (auch Kammern) im Besonderen in der Bekämpfung von Armut und in der Armutsprävention? Wo wäre der Hebel anzusetzen bzw. besser anzusetzen?

Gramm: Die Sozialpartner haben die gemeinsame Aufgabe, den wirtschaftlichen Wohlstand langfristig zu sichern. Dies ist der beste Weg, um die Armut so gering wie möglich zu halten. Dazu gehört ein besseres gegenseitiges Verständnis, Dialog aber auch die Leistungsbereitschaft, um dieses Ziel zu erreichen.

Welche Aufgabe und ethische Verantwortung hat der Einzelne gegenüber der Armut im eigenen Land? Welche ethischen Pflichten sehen Sie für den Christen aufgrund der katholischen Soziallehre im Einsatz gegen Armut?

Gramm: Jeder hat die Pflicht, schon aus christlichem oder sozialem Verständnis heraus, nicht wegzuschauen, wo es, vor allem im eigenen Umfeld, Armut gibt und mitzuhelfen, sie zu lindern. Eine solche Einstellung schafft Vertrauen im Wissen, dass besonders eine durch Schicksalsschläge eingetretene Armut zu keiner Diskriminierung führt.

Mangelnde Bildung

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Armut und Bildung. Es ist erwiesen, dass geringe Bildung, z.B. der bloße Abschluss der Pflichtschule, zu einem höheren Armutsrisiko führt. Das Bildungssystem bietet zwar theoretisch allen dieselben Chancen. Doch Kinder aus bildungsfernen sozialen Schichten, nämlich mit Eltern mit geringen Bildungsabschlüssen, haben im Durchschnitt geringere Chancen, qualifizierte Abschlüsse zu schaffen. Unsere Gesellschaft stellt den Anspruch, dass alle Kinder eine grundlegende Allgemeinbildung erhalten, die ihnen zum einen geistige Entwicklung ermöglicht, zum anderen dazu befähigt, einen qualifizierten Beruf zu erlernen und im Berufsleben den vielfältigen und sich ständig wandelnden Anforderungen gerecht zu werden. Der noch 2001 erhobene relativ hohe Anteil von 27% der Bevölkerung ohne Abschluss bzw. nur mit Grundschule betrifft nahezu ausschließlich die ältere Generation, die vor der Einführung der Pflichtmittelschule das Bildungssystem verlassen hat und z. T. noch vor dem 2. Weltkrieg Opfer einer repressiven Bildungspolitik geworden war.

Wohnbevölkerung im Alter von 14 Jahren und mehr nach Bildungsgrad und Geschlecht – 1971-2001

	Ohne Abschluss/ Grundschule	Mittelschule	Oberschule	Doktorat
Männer				
1971	68,2	21,5	7,9	2,4
1981	49,5	36,1	10,9	3,6
1991	32,3	45,2	18,3	4,3
2001	23,9	45,7	24,6	5,8
Frauen				
1971	70,2	21,7	5,5	0,6
1981	53,9	35,5	9,2	1,3
1991	39,2	38,4	20,1	2,2
2001	29,9	37,4	28,4	4,3
Insgesamt				
1971	70,2	21,6	6,7	1,5
1981	51,8	35,8	10,0	2,4
1991	35,8	41,7	19,2	3,2
2001	27,0	41,4	26,6	5,0

Quelle: ASTAT, Sozialporträt Südtirol 2004, Bozen 2005

Das Südtiroler Bildungssystem hat traditionell der beruflichen Bildung viel Bedeutung zugemessen, so dass die Zahl der Jugendlichen, die völlig ohne Ausbildung eine Stelle antreten, gering gehalten werden konnte. Die Schulabbruchsquote bewegt sich seit 1995 in einer Größenordnung unter 1% der Gesamtschülerzahl¹⁹. Die im Vergleich mit anderen Regionen positive Entwicklung des Arbeitsmarktes sorgte dafür, dass die Einheimischen mit und ohne höhere Qualifizierung ausreichend Arbeitsplätze fanden. Heute werden Arbeitsplätze, die eine geringe Qualifikation erfordern, immer mehr von Ausländern übernommen.

Aus den Daten bezüglich der Sozialhilfebezieher der Nachbarregionen, wie z.B. dem Bundesland Tirol, lässt sich deutlich ersehen, dass geringe oder fehlende Ausbildung nicht nur ein Risiko auf dem Arbeitsmarkt darstellt, sondern allgemein eher zu Armutskarrieren führt. Geringe Bildung bedeutet auch eine geringere Teilnahme am kulturellen Leben, geringere soziale Anerkennung, geringere Kapazität, berufliche und familiäre Krisen zu meistern. Die Fähigkeit, Armut sowie familiäre und wirtschaftliche Krisen zu überwinden, hängt auch vom Bildungsgrad, der menschlichen Reife und Lebenserfahrung und der beruflichen Qualifikation ab.

Das Gespräch

Es gibt keine Sozialpartnerschaft mehr



Sepp Stricker, langjähriger führender Mitarbeiter des Südtiroler Gewerkschaftsbundes CISL und jetzt Geistlicher Assistent des KVV

Gibt es Armut in Südtirol?

Stricker: Armut wird in Südtirol stark verdrängt mit der Floskel „Bei uns geht es ja allen gut“. Doch ist sie weiter verbreitet als allgemein angenommen wird. Armut spielt sich heute fast gänzlich in den eigenen vier Wänden ab. Alle Untersuchungen weisen darauf hin, dass die materielle Armut zunimmt, dass die Schere zwischen unteren und oberen Einkommen und in der Vermögensverteilung auseinander klafft.

Kann man ein halbwegs ausreichendes Einkommen haben und doch arm sein?

Stricker: Ja, man darf den Armutsbegriff nicht auf die materielle Dimension verengen. Natürlich ist Armut materiell bedingt, aber gerade bei uns kann man damit Armut nicht völlig erfassen. Ich bemerke immer wieder eine verbreitete Sinnkrise, die weit ins Wohlstandsbürgertum hineinreicht. Es gibt eine Armut in spiritueller und religiöser Hinsicht. Man betreibt Religion nur mehr als Brauchtum, aber das innere religiöse Leben ist zerbrochen und kein Ersatz vorhanden. Es fehlen neue Wertanker und Identifikationsmöglichkeiten. Religion bedeutet ja „Rückbindung“ und Verwurzelung in einem Wertesystem, das Halt geben kann. Ein Mangel daran ist auch Armut.

Ist Armut ein unvermeidliches Nebenprodukt unseres Wirtschaftssystems oder hat die Politik versagt?

Stricker: Die Politik hat sicher auch viel Positives für die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen für Vollbeschäftigung und Wohlstand geschaffen. Bei uns hat 40 Jahre lang die Volkstumspolitik Priorität gehabt und man hat die Landflucht vor allem aus volkstumspolitischen Erwägungen heraus gebremst. Die Berggebiete sind bei uns weit weniger entvölkert als anderswo, weil sie den Rückhalt fürs Deutschtum gebildet haben. Heute erweist sich das auch wirtschaftspolitisch als Vorteil. Die Bergbauern sind geblieben und haben vielleicht gleich unten im Tal Arbeitsplätze gefunden. Die Industrialisierung hat man erst spät gefördert und vor allem auf die Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben in den Tälern draußen gesetzt, um zu verhindern, dass die Jungen abwandern. Südtirol ist relativ schnell von einer Agrargesellschaft in eine Dienstleistungsgesellschaft hineingewachsen. Im Grunde hat das Land nie eine tief greifende Industrialisierung erlebt, doch hat das Fehlen von Industriebetriebsstätten auch zu einem Rückstand bei den hochqualifizierten Dienstleistungen geführt.

Heute gibt es auch Teile der Arbeiterschaft, die von Armutsrisiko betroffen sind. Warum?

Stricker: Das hat mehrere Gründe. Einmal fehlt das, was häufig beschworen wird, nämlich die Sozialpartnerschaft. In den 80er und 90er Jahren ist es nicht gelungen, einen Umverteilungsmechanismus institutionell einzuführen, der eine bessere Verteilung des Reichtums gewährleisten hätte können. Es ist nicht gelungen und war auch nicht gewollt. Es hat in Südtirol keine relevanten Zusatzverträge und Gewerkschaftsabkommen gegeben, die versucht hätten, die Verteilung zu korrigieren, die sich aus den nationalen Kollektivverträgen ergeben hat. Die theoretische Autonomie bei den Kollektivverhandlungen ist nicht genutzt worden und so klaffen die Einkommen immer mehr auseinander.

Ist dies auch mitbedingt durch die Schwäche der Gewerkschaften?

Stricker: Ja. Zusatzverträge wären immer möglich gewesen, weil Nationale Kollektivverträge nur Mindesttarife festlegen, doch dafür hätten die Gewerkschaften mehr Verhandlungsmacht haben müssen. Die Sozialpartnerschaft wurde nicht praktisch, sondern als Bekenntnis verstanden, nach dem Motto „Seien wir nett zueinander, es geht uns doch allen gut“. Die Arbeiterschaft ist in Südtirol stark ideologisch vereinnahmt worden. Man hat alle weitergehenden Forderungen mit Klassenkampf gleichgesetzt. So hat eine Umverteilung des geschaffenen Reichtums nur minimal stattgefunden. Die

Gewerkschaften haben überdies zu keiner gemeinsamen Strategie gefunden. Heute driften die Einkommen auseinander und Familien mit einem einzigen Einkommen kommen damit nicht mehr ans Monatsende. In den 70er und 80er Jahren war das noch besser.

Die Lebenshaltungskosten steigen, die Reallöhne vieler Arbeitnehmer haben nicht mitgezogen: haben die Niedriglohnbereiche das Nachsehen?

Stricker: Ja, vor allem bei allen Kosten, die mit dem Wohnen zu tun haben, hat die Entwicklung der Löhne und Gehälter nicht mitgehalten. Einerseits wird das Wohnungseigentum durch öffentliche Beiträge und Darlehen gefördert. Wer andererseits in Miete wohnt, ist den Marktbedingungen voll ausgesetzt. Das Missverhältnis zwischen der Preisdynamik auf dem freien Markt und den öffentlichen Sozialleistungen wird immer größer. Man läuft der Marktentwicklung ständig hinterher.

Ist Armut auch selbst verursacht, weil ein bestimmter Lebensstil die Leistungskraft vieler Menschen übersteigt?

Stricker: Es gibt absolute und relative Armut. Nicht jeder Mensch kann in unserer Gesellschaft so genug Einkommen erzielen, um bescheiden leben zu können. Doch eines ist das nackte Überleben, etwas anderes die Frage, ob ich in meinem sozialen Umfeld mit dem gängigen Lebensstandard mithalten kann. Man vergleicht die eigene Situation ja immer mit jener von anderen, die einem nahe stehen. Man misst sich an den gängigen Konsumstandards, also daran, was der Nachbar, die Kollegen und die Freunde haben. Die ältere Generation hat eine Phase des Mangels durchgemacht und gewaltig sparen müssen. Die heutigen Jugendlichen haben diese Erfahrungen nicht mehr. Heutige Jugendliche sind schnell frustriert, wenn Konsumwünsche nicht gleich erfüllt werden. Ein geringerer Verdienst wird als Abstieg und Trauma erlebt. Das ist damit verbunden, dass wir einen hohen, aber schlecht verteilten Wohlstand erreicht haben.

Immer mehr Wohlstand, aber mehr relative Armut. Betreibt die öffentliche Hand keine Umverteilungspolitik mehr?

Stricker: Viele Sozialleistungen werden an die Steuererklärung geknüpft. Doch diese Erklärung ist kaum in der Lage, die wahre Bedürftigkeit einer Person wiederzugeben, denken wir nur an die Landwirte. Arbeitnehmer und Rentner haben eine gläserne Brieftasche, aber die tatsächlichen Einkommen der Selbstständigen werden kaum erfasst. Da werden zu viele Interessen berührt. In Südtirol kann man die Verantwortung für die Steuergesetzgebung aber immer Rom zuschieben. Das Problem bleibt: wie kann man die Bedürftigkeit objektiv messen? Selbstständige sind in Südtirol im Durchschnitt ärmer als ihre Angestellten. Der Landeshaushalt ist eine riesige Umverteilungsmaschinerie, aber man weiß nicht, was unter dem Strich wem zugute kommt.

Gibt es für Katholiken eine ethische Pflicht, gegen Armut aktiv zu werden?

Stricker: Die Kirche und das Kirchenvolk hat einen prophetischen Auftrag, einen sakramentalen Auftrag und einen Verkündigungsauftrag, innerhalb dessen eine prophetische Dimension. Das bedeutet: die Kirche ist verpflichtet, eine ethische Instanz zu sein. Die Kirche muss hinweisen auf Ungerechtigkeiten und Not. Die Ethik ist eine Mahn- und Reflexionsinstanz. Mahnen beinhaltet: ich muss mich einbringen, wie man es anders machen kann, und zwar als einzelner wie als Kirche. Ihre Aufgabe wäre es, immer wieder darauf hinzuweisen, dass der Wirtschaft die ethische Dimension verloren gegangen ist. Man müsste eine Kurskorrektur herbeiführen. Die Kirche müsste auch stärker Vorstellungen einer Kontrastgesellschaft entwickeln, nämlich Inseln eines anderen Umgangs miteinander schaffen.

Niedrige Löhne und Renten

Die Entwicklung der Reallöhne spielt für die Kaufkraft von Arbeitnehmerhaushalten die entscheidende Rolle. Laut ASTAT¹¹ haben die Reallöhne in den vergangenen 15 Jahren kaum zugenommen. 1993 ist die gleitende Lohnskala – die automatische Anpassung der Löhne an die Inflation – in Italien abgeschafft worden. Von 1993 bis 1996 stiegen die Preise stärker als die durchschnittlichen Löhne, von 1997-2000 stiegen dann die Reallöhne wieder etwas mehr. Doch 2001 lagen die Reallöhne auf einem etwas geringeren Wert als 1990.

Niedriglohnbereiche sind in bestimmten Branchen und Wirtschaftssektoren breiter vertreten, vor allem im Gast- und Baugewerbe. Im Durchschnitt verdient man in diesen Sektoren um die Hälfte weniger als in gut bezahlten Industriebranchen.

Das Gastgewerbe und das Baugewerbe haben einen relativ hohen Anteil an saisonalen und gering qualifizierten Arbeitsplätzen und kleine Betriebsstrukturen. Darüber hinaus gibt es im Gastgewerbe sehr viele Teilzeitarbeitsverhältnisse und eine hohe Fluktuation (kurze durchschnittliche Dauer der Arbeitsverhältnisse und häufigen Arbeitswechsel). In den Niedriglohnssektoren arbeiten anteilmäßig weit mehr Frauen als Männer: 63,7% aller Arbeitnehmerinnen in Südtirol sind im Handel und im Gastgewerbe beschäftigt, also in jenen Branchen mit der durchschnittlich geringsten Bruttoentlohnung.

Zur fehlenden wirtschaftlichen Grundsicherung gehört auch das in Südtirol geringe Niveau der Altersrenten. Die durchschnittliche Altersrente belief sich 2003 auf 487,04 Euro, die Dienstaltersrente auf 943,31 Euro (vgl. Tabelle S.52). Die Südtiroler Rentnerinnen bezogen vom INPS-NISF im Jahr 2003 durchschnittlich 430,40 Euro Altersrente und 648,46 Euro als Dienstaltersrente. Insgesamt wurden 115.614 Renten mit einem monatlichen Durchschnittsbetrag von eben 574,38 Euro ausgezahlt: ein Betrag wenig über dem amtlichen Lebensminimum von 464 Euro (2005), wobei allerdings ein Teil der Rentner mehrere Renten bezieht. Dieses geringe Rentenniveau ist eine Folge struktureller Mängel der Rentenversicherung einerseits und andererseits der gravierenden Unterversicherung eines beträchtlichen Teils der Südtiroler Bevölkerung und vor allem der Frauen in der Vergangenheit.

Hohe Wohnungs- und Lebenshaltungskosten

Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt (sowohl zur Miete als auch zum Kauf) hat in Südtirol maßgeblich zu einer hohen Belastung der einkommensschwächeren Haushalte geführt. Zwei Faktoren haben einen starken und andauernden Preisauftrieb mit einem der höchsten Preisniveaus für Immobilien in ganz Italien mit sich gebracht:

- die hohe Nachfrage nach Wohnraum, gespeist vom Bedarf unterschiedlicher sozialen Gruppen (Einheimische mit wachsenden Wohnansprüchen, die stetige Zunahme der Einpersonen-Haushalte, Arbeitsmigranten, Ferien- und Zweitwohnungen), bei gleichzeitig relativ begrenztem Angebot z.B. wegen Baulandknappheit;
- die breite öffentliche Förderung des Wohnungseigentums bei gleichzeitig relativ geringerem Ausbau des Angebots an Sozialwohnungen zur Miete. Dadurch ist der Mietwohnungsmarkt auf weniger als 25% des gesamten Wohnungsbestandes geschrumpft.

Die Konsequenz dieser Rahmenbedingungen ist vor allem in den städtischen Ballungsräumen (Bozen und Meran) zu beobachten, wo die Mieten teilweise explodiert sind. Die hohen Mieten und Mietnebenkosten sind darüber hinaus auch eine Konsequenz der Liberalisierung des Mietrechts. Dies spiegelt sich auch in der stetigen Zunahme der Empfänger von Mietzuschüssen der Sozialdienste wider (2.883 im Jahr 2003), sowie in der Zahl der Bezieher des vom Wohnbauinstitut ausgezahlten Wohngeldes. Die verbreitete Einhebung von „Schwarzmieten“ führt dazu, dass die Betroffenen bei diesem Institut niedrigere Beiträge für die Miete erhalten, weil nicht die realen Wohnkosten in die Berechnung der Ausgaben einbezogen werden können. Die hohen Mieten wiederum verleiten Haushalte dazu, eine Wohnung zu kaufen oder zu bauen. Dies bringt trotz der beträchtlichen Mittel, die das Land jährlich für den geförderten Wohnbau aufbringt, viele Familien in eine starke Verschuldung zur Finanzierung des Restbetrags und treibt damit manche in eine Schuldenfalle. Ein deutlicher Nebeneffekt der Landesbeiträge für Kauf, Sanierung und Bau von Wohnungen im Eigentum ist außerdem die weitere Aufblähung des Preisniveaus auf dem Immobilienmarktes.

Das Fehlen von Besitz und Vermögen

In allen Industrieländern ist die Verteilung des Vermögens weit ungleicher als die Einkommensverteilung und dies verstärkt automatisch die Ungleichheit der Einkommen. Zwar hat das ASTAT in seiner Untersuchung zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen die Verteilung des Geldvermögens (Finanzanlagen) zu erfassen versucht, doch über die tatsächliche Vermögensverteilung liegen kaum Daten und Analysen vor (vgl. Kapitel 5 „Keine Armut ohne Reichtum – Armut und Einkommensverteilung“).

Der bloße Durchschnitt der in Südtirol laufenden Darlehen – hier befindet sich Südtirol italienweit im Spitzenfeld – ist für sich alleine betrachtet noch nicht aussagekräftig. Denn zahlreiche Darlehen werden laufend mit Zielrichtung des Ankaufs, des Baus oder der Sanierung einer Eigentumswohnung aufgenommen und somit steht der zeitweiligen Verschuldung eine längerfristige

Vermögensbildung gegenüber. Im Allgemeinen haben Schulden jedoch den gegenteiligen Effekt des einkommenswirksamen Vermögens. Das Fehlen von Vermögenswerten fördert die Einkommensunsicherheit. Wer zeitweise durch Krankheit, Unfall, Familienkrisen, Tod von Angehörigen, Arbeitslosigkeit, Umschulungsnotwendigkeit und Ähnliches in eine Einkommenskrise gerät, kann bei fehlender Absicherung durch Besitz und Vermögen den Einstieg in eine Armutskarriere erfahren. Vermögende greifen auf ihre Reserven zurück, Besitzlose sind auf öffentliche Hilfen angewiesen oder verschulden sich. Zudem können Familien, die kein oder nur sehr wenig Vermögen zu bilden imstande sind, auch weniger an ihre Nachkommen vererben. Die einseitige Verteilung verfestigt sich.

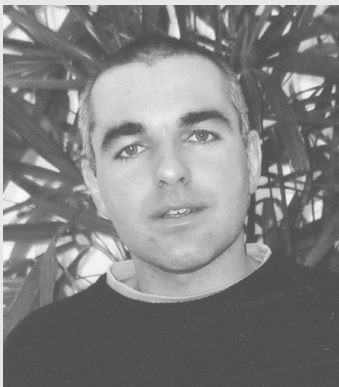
Zwar lebt in Südtirol ein hoher Anteil der Bevölkerung im Eigenheim (Haus oder Wohnung), die öffentliche Wohnbaupolitik hat mit massivem Einsatz finanzieller Mittel für die Vermögensbildung in Form von Wohnungsbesitz für den Eigenbedarf bei Einkommensschwächeren gesorgt. Doch auch die Verteilung des produktiven Vermögens hatte dies nur einen marginalen Einfluss. Über eine Umverteilung im Vermögensbereich und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und Unternehmenskapital wird schon lange nicht mehr diskutiert.

Exkurs

Ein Blick zu den Nachbarn: Armut im Bundesland Tirol und im Trentino

Das Gespräch

Armut im Bundesland Tirol



Mag. Bernd Wachter, Leiter der Abteilung „Kommunikation & Bildung“ der Caritas der Diözese Innsbruck

Die Tiroler Landesregierung hat einen „Armutsbericht“ für Tirol herausgebracht, der sich nur auf die individuellen Einkommen stützt. Welche Erkenntnisse zur Armut lassen sich daraus gewinnen?

Wachter: Die Analyse der Einkommenssituation ist natürlich eine wesentliche Grundlage zur Diskussion des Themas „Armut“. Als Armutsgefährdungsschwelle wird derzeit ein Medianeinkommen von 785 Euro (12 Mal im Jahr) genannt. Die Messmethode für diesen Betrag basiert übrigens nicht auf Schätzungen sondern entspricht einem EU-weiten Standard. Wir wissen aus der Alltagsarbeit der Caritas,

dass bei einem Einkommen in dieser Höhe nicht sehr viel passieren darf. Eine notwendige Investition oder der Ausfall der Waschmaschine stellen einen Menschen mit diesem Einkommen vor existentielle Bedrohungen. Trotzdem gilt es die Sache differenziert zu betrachten. Muss eine Person mit dieser Summe den gesamten Lebensunterhalt bestreiten, dann wird es kaum reichen. Wenn es weitere Einkommen in derselben Familie gibt oder die Person noch bei den Eltern wohnt, sieht es anders aus. Trotzdem bleibt die Situation von Menschen mit Niedrigsteinkommen langfristig ein Problem. Die Situation von Halbtagsjobs oder flexiblen Arbeitsverhältnissen schafft für viele Menschen – vor allem für junge Menschen und BerufseinsteigerInnen – große Probleme. Der Sprung in Richtung Ganzanstellung wird zunehmend schwieriger. Hier gilt es anzusetzen. Zusammenfassend: Arme finden zunehmend weniger ihren Platz im Leben. Sie können kaum Verpflichtungen – etwa die Gründung eine Familie – eingehen.

Wie verbreitet ist die Armut in Tirol?

Wachter: Insgesamt ist die Zahl der Armen in Tirol im Steigen begriffen. Das wird zum einen belegt durch die Zahl der Klienten, die sich an uns wenden, zum anderen durch alle aktuellen Studien. Zu nennen wäre hier die Tiroler

Armutsstudie, der aktuelle Sozialbericht des Ministeriums oder etwa der Anstieg der Sozialhilfeempfänger in den vergangenen Jahren. Innsbruck hatte 2003 einen Anstieg der Sozialhilfeempfänger von 7 Prozent. Die Gründe dafür hat der zuständige Sozialreferent klar beim Namen genannt: Teures Wohnen und weniger Jobs. Was die Caritas betrifft: Unsere KlientInnenzahlen entwickeln sich seit Jahren nach oben. Gleichzeitig sind auch die Lebenssituationen unserer KlientInnen komplexer und schwieriger zu fassen als vor 10 Jahren. So geht es oft um Schuldenregulierung, Aus- und Fortbildung, Kinderbetreuung, Wohnprobleme und Suchtmittelabhängigkeit in einem einzigen Fall. Wir haben also Tausende von konkreten Fällen und verschiedenen Lebenslagen vor uns. Wir versuchen, konkrete Unterstützung zu bieten, aber auch mit den verantwortlichen öffentlichen Stellen zu diskutieren: in Notlagen zu helfen schließt nicht aus, dass wir die Ursachen diskutieren und langfristige Lösungsvorschläge herausarbeiten müssen.

Wie lässt sich die Armut in Innsbruck quantifizieren?

Wachter: Wir haben – um ein konkretes Beispiel zu nennen – in der Caritas-Zentrale ein Beratungszentrum mit 5000 bis 6000 Klientenkontakten im Jahr. Zwischen 2000 und 2.500 Menschen gehen hier jährlich ein und aus. Auch hier entwickeln sich – mit Blickrichtung auf die Gesamtentwicklungen in den vergangenen Jahren – die Zahlen kontinuierlich nach oben. Eine Quantifizierung für die gesamte Stadt Innsbruck lässt sich aus unserer Sicht natürlich nicht nennen. Wir reflektieren die KlientInnenentwicklungen der Caritas. Es gibt ja auch viele andere Sozialeinrichtungen und nicht zuletzt vermeiden auch viele Menschen den Kontakt zu Beratungsstellen solange wie nur möglich. In diesem Bereich spielt sich das Thema der sogenannten „Versteckten Armut“ ab. Fazit: Armut steigt in Österreich, Armut steigt in Tirol und Armut ist auch in der Landeshauptstadt Innsbruck im Steigen. Was in Innsbruck die Situation verschärft, sind die extrem hohen Mietpreise und Lebenshaltungskosten. Touristen können sich Innsbruck für wenige Tage leisten. Die Bewohner finden mit ihrem Einkommen zunehmend weniger ein Auskommen. Diese Situation ist langfristig unhaltbar. Der Mittelstand sollte sich das Leben in der Stadt Innsbruck leisten können.

Welche sind die Hauptklientengruppen der Caritas in Innsbruck bzw. in Tirol?

Wachter: Da unterscheiden wir uns nicht von der österreichweiten Situation: Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern, Migrantenfamilien, Arbeitslose, Obdachlose und Suchtkranke sind nur einige Gruppe, die sich an die Caritas wenden. Ein vielleicht für Tirol spezifisches Problem sehe ich im Bereich der SaisonsarbeiterInnen. Dieser Arbeitsbereich fordert extreme Flexibilität, wenig Beheimatung und einen ständigen Ortswechsel. Daraus resultieren manchmal Suchtverhalten und Abstiegskarrieren. Wir wissen um die schönen und guten Seiten des Tourismus. Das ist eben eine der weniger Schönen. Und diese gibt es natürlich vor allem in einem Tourismusland.

Wer trägt die Verantwortung dafür?

Wachter: Es ist wenig zielführend und nicht Stil der Caritas mit Schuldzuweisungen zu arbeiten. Die Tiroler Wirtschafts- und Sozialpolitik nimmt das Problem zwar wahr. Was fehlt ist eine systematische und interdisziplinäre Bearbeitung. Armut ist ja nicht nur eine Frage der Sozialhilfe oder irgendwelcher Richtsätze. Das sind Notabsicherungssysteme. Die braucht es und die sind wichtig. Wir brauchen neue Ansätze bei der Lösung von Zukunftsfragen, wie z.B. jener der Pflegebedürftigkeit in einer Gesellschaft, die immer älter wird. Es gibt seit Jahren ein Wirtschaftsleitbild Tirol, das ist wichtig und gut. Die Caritas Tirol – explizit unser Direktor Georg Schärmer - fordert aber schon seit Jahren ein Sozialleitbild. Die Themen werden nach Auffassung der Caritasdirektion noch kaum vernetzt. Es gibt die Sozialpolitik, die Arbeitsmarktpolitik, das Bildungssystem, die Wirtschaftsförderung und vieles mehr. Was fehlt ist eine interdisziplinäre Zusammenschau zur Bearbeitung der wirklich brennenden Zukunftsfragen. Pflege, Überalterung, Auseinanderbrechen des Generationenvertrages und vieles mehr. Das Thema Armutsbekämpfung wird derzeit fragmentiert. Hier ist kein abteilungsorientiertes Verwalten zielführend, sondern nur ein ganzheitlich vernetzter Ansatz. Deshalb die Forderung nach einem Sozialleitbild. Von diesem müssen dann Maßnahmenpläne abgeleitet und konsequent umgesetzt werden.

Wird Armut in Tirol überhaupt als ein wichtiges Thema betrachtet?

Wachter: Armut wird gerne hinter verschlossenen Türen diskutiert. Wo wir können, versuchen wir dieses Thema öffentlich zu machen. Wir sind Sozialpraktiker und fühlen uns verpflichtet, Bericht über unsere Erfahrungen zu erstatten. Dafür werden wir von der Politik auch immer wieder kritisiert. Die öffentliche „Armutsdiskussion“ ist in einem scheinbar so reichen Land kein angenehmes Thema. Trotzdem: Als Kirche und Caritas sind wir hier unserem Auftrag verpflichtet. Wir helfen und bringen die strukturellen Bedingungen der Verarmungsrisiken zur Sprache.

Das Land Tirol ist für die Sozialhilfe zuständig. Reicht das derzeitige Ausmaß an Sozialhilfe?

Wachter: Das kann ich nur sehr schwer beurteilen. Die Richtsätze haben ja einen Sinn und sind hoffentlich nicht aus der Luft gegriffen. Die tatsächlichen Zukunftsfragen werden allerdings nicht mit Diskussionen über Sozialhilfesätze entschieden. Da geht es um substanziellere Dinge. Bei der Sozialhilfe wird es aus der Sicht der Betroffenen und der sozialen Organisationen immer heißen: die Sozialhilfesätze sind zu niedrig. Bei den Sozialorganisationen hat das auch etwas mit der Anwaltschaftlichkeit für die betroffenen Menschen zu tun. Hier habe ich Verständnis. Allerdings und nochmals: Die strukturellen und entscheidenden Fragen liegen in der Lösung der großen Themen.

Welche sind die wichtigsten Ursachen der Armut in Tirol?

Wachter: Auf der Ebene der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen ist vieles in Bewegung geraten. Wir erleben sich auflösende Systeme in allen Bereichen. Arbeitsplätze werden großräumig verschoben, Arbeitslosigkeit nimmt zu. Es geht also um den Arbeitsmarkt, um unsere Ausbildungssysteme, um bezahlbaren Wohnraum und um die Lebenshaltungskosten allgemein, die für größere Familien kaum mehr zu bestreiten sind. Im sozialen Wohnbau wird zwar Vieles gemacht, doch für viele bleibt der Erwerb einer Wohnung unerreichbar und das hohe Mietenniveau führt Einkommensschwache in die Armut. Prekäre Arbeit und zu teurer Wohnraum führen in Verschuldungssituationen und das ist wiederum ein Einstieg in die Verarmung. Wir erleben das Phänomen Armut in einer neuen Dimension. Die Interdependenzen sind gewaltig und insofern können auch lokale, nationale und internationale Ursachen niemals getrennt gesehen werden. Gerade deshalb: Wir brauchen ganzheitliche Lösungsmodelle. Ich denke da durchwegs an die zukünftige Finanzierung von Sozialsystemen. Ohne Besteuerung aller Formen von Einkommen wird das nicht funktionieren. Sie sehen: Die Ursachen der Armut können nicht nur in Tirol gesucht werden. Das würde viel zu kurz greifen. Unsere Luftverschmutzung hat ja auch nicht nur mit dem Tiroler Eigenbau zu tun.

Viele Christen schieben die gelebte Solidarität mit Bedürftigen auf die Profis. Bemerken Sie eine wachsende Indifferenz der Gesellschaft gegenüber der Armut?

Wachter: Nein, die öffentliche Aufmerksamkeit ist im Steigen. Das zeigt sich im Spendenvolumen, im Interesse der Medien an unseren Themen und natürlich im persönlichen Interesse vieler Menschen. Solidarität und aktive Hilfe finden gerade gegenwärtig neue Formen. Das freiwillige Engagement entwickelt sich auch im sozialen Bereich. Bei allen großen Hilfsaktionen der vergangenen Jahre war der Faktor Mensch die entscheidende Stütze der Caritas. Wenn die Politik noch lange über Hilfsprogramme diskutiert hat, dann haben die Menschen längst gespendet oder konkret mit angepackt. Das erleben wir in der Inlandshilfe und bei den großen internationalen Katastrophen – wie zuletzt beim Tsunami.

Nehmen auch mehr Menschen diese Angebote der Caritas, selbst mitzuhelfen, wahr?

Wachter: Ja, absolut, wir verzeichnen steigende Zahlen von Freiwilligen. Die ehrenamtliche Mitarbeit wächst, aber es braucht auch Vermittlung und Begleitung in professioneller Form. In Deutschland existieren schon seit über 10 Jahren sogenannte „Freiwilligenzentren“. Wir haben in Tirol ein solches Zentrum vor wenigen Jahren gegründet und sind derzeit mit guten Partnern auch in diesem Bereich auf Expansionskurs. In Tirol gibt es noch viele intakte Systeme des Freiwilligenengagements. Jeder zweite Tiroler ist irgendwo ehrenamtlich tätig. Die Caritas bewegt sich insofern in Tirol in einem positiven Netzwerk des freiwilligen Engagements.

Welche grundlegenden Konzepte schweben der Caritas vor, um Armut grundsätzlich besser vorzubeugen und soziale Notlagen aufzufangen?

Wachter: Einiges wurde bereits genannt: Ich möchte hier vor allem nochmals auf einen ganzheitlichen Lösungsansatz verweisen. Diese Frage kann in aller Kürze nur mit Schlagworten und Einschränkungen beantwortet werden. Vorweg: Mehr als 460.000 Menschen sind derzeit in Österreich akut arm. Vor wenigen Jahren waren es noch 300.000. Nicht nur das Einkommen dieser Menschen liegt weit unter dem Schwellenwert, sie können auch abgetragene Kleidungsstücke oder defekte Haushaltsgeräte nicht ersetzen. Die Zahl der Armutsgefährdeten ist von 2000 bis 2003 auf 13,2 % angestiegen. Das sind 1.044.000 Menschen in Österreich. Auf dem Hintergrund dieser Zahlen erscheint die in den vergangenen Jahren etwas abgeflachte Diskussion rund um das Thema „Grundeinkommen“ oder „Grundsicherung“ wieder neuen Wind zu bekommen. Ein Grundsicherungsmodell würde auch die Diskussion über Sozialhilferichtsätze und viele weitere Detaildiskussionen – etwa die Administration von Sozialhilfe - erübrigen. Mit der Idee in Richtung Grundsicherung bewegt sich die Caritas auf dem Boden der katholischen Soziallehre und in guter Gemeinschaft mit u. a. der Katholischen Sozialakademie Österreich. Ich spreche bewusst von Grundsicherung um die Ideologisierung in dieser Frage ein wenig zu umgehen. Dass sich ein

Grundsicherungsmodell rein rechnerisch und volkswirtschaftlich ausgeht, das wissen wir schon lange. Dass der politische Wille in diese Richtung – zumindest vorläufig noch immer fehlt - ist auch klar. Alle Programme zur Armutsbekämpfung – falls solche überhaupt gestartet wurden – sind immer wieder auf halber Strecke oder weit davor versandet. Eine interdisziplinäre Herangehensweise würde ein Grundsicherungsmodell automatisch mit sich bringen. Hier liegt ein grundsätzliches Konzept vieler kirchlicher und gesellschaftlicher Vordenker in der Schublade. Es sollte möglichst rasch herausgenommen werden.

Die Situation im Bundesland Tirol – Ein Überblick

Auch im Bundesland Tirol ist die Armut, grob gesagt, zu 2/3 weiblich, alt bzw. Rentner betreffend und trifft auch überdurchschnittlich Familien mit mehreren Kindern. Die Sozialhilfebezieher Tirols sind dagegen deutlich anders verteilt. Daraus wird geschlossen, dass ein erheblicher Anteil der Armutsbetroffenen keinen Anspruch auf Sozialhilfe erhebt. Ältere Menschen beziehen in Tirol kaum Sozialhilfe.¹²

Während der Sozialbericht des Bundessozialministeriums 2002 davon ausgeht, dass 3,9% der Bevölkerung akut arm und 11% armutsbedroht sind, werden nur 0,47% der Tiroler Wohnbevölkerung mit Sozialhilfe unterstützt (in Südtirol 2004 1,8%). Sozialhilfe beziehende Frauen verfügen im Durchschnitt über ein Einkommen von 466 Euro, Männer über 498. Als Armutsschwelle wird in Tirol der Betrag von 791 Euro angesetzt.

In Österreich ist die Zahl der Armutgefährdeten von 2000 auf 2002 von 12 auf 12,3% gestiegen (1.044.000 Betroffene)¹³. Bei 5,9% (460.000 Personen) zeichnete sich eine verfestigte Armutslage ab (akute Armut). Als Armutgefährdungsschwelle nimmt man in Österreich 785 Euro an. Das höchste Armutgefährdungsrisiko haben Haushalte von Alleinerziehenden (31%), Familien mit drei und mehr Kindern (21%), Arbeitsmigranten (27%) und Langzeitarbeitslose (36%).

Die reichsten 10% der Gesamtbevölkerung Österreichs besitzen mehr als zwei Drittel des Gesamtvermögens (944 Mrd. Euro). Generell nahmen die Netto-Einkommen der Arbeitnehmer/innen der unteren Einkommensgruppen in den letzten Jahren kontinuierlich ab. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft zusehends auseinander. Bei Haushalten mit niedrigem Lebensstandard machen Sozialleistungen aller Art 57% des Einkommens aus. Ein mittlerer Lebensstandard ist heute nur mehr durch zwei Einkommen erreichbar.

Die Situation im Trentino

Seit 1998 funktioniert in Trient das CedAS (Centro di ascolto e di solidarietà) der Caritas, das Menschen in verschiedensten Notlagen, von der Obdachlosigkeit bis zur extremen Armut in professioneller Weise zur Seite stehen will. Diese mit einigen Hauptamtlichen und vielen Freiwilligen besetzte Stelle arbeitet eng mit öffentlichen Einrichtungen zusammen, um im Raum Trient einige „Grunddienstleistungen“ für Armutsbetroffene und Hilfesuchende zu bieten:

- Information und Hilfe bei der Arbeitsuche (vor allem für Ausländer),
- Vergabe von Hilfsgütern für den dringendsten Bedarf (Kleider, Lebensmittel),
- Sekretariatsdienste vor allem im Umgang mit Ämtern und Arbeitgebern,
- finanzielle Unterstützung sowohl in Form von Beiträgen als auch Darlehen.

2004 haben 3.318 Personen eine dieser Hilfsleistungen beim CedAS in Anspruch genommen, mit steigender Tendenz. 35% benötigten Unterstützung bei der Arbeitsuche, 27% Kleider, 7% finanzielle Hilfe, 15% eine Vermittlung für Haushaltshilfen und 9% bürokratische Hilfe. Die finanzielle Hilfe musste 2004 aufgestockt werden, zumal insbesondere ausländische Familien immer öfter in Notsituationen geraten.

Die Nutzer des CedAS sind zu 90% arbeitslos und stammen zu einem Viertel aus dem Inland und zu drei Viertel aus dem Ausland. Vor allem Frauen aus Osteuropa nahmen 2004 diesen Dienst verstärkt in Anspruch, vor allem um als Haushaltshilfen vermittelt zu werden. Viele Personen melden sich nie wieder beim CedAS, was als Zeichen dafür gewertet wird, dass sie den Schritt ins normale Arbeitsleben geschafft haben. Die Nachfrage nach Arbeit im Haushalt und Pflegebereich hat in

jüngster Zeit stark zugenommen, woraus deutlich wird, dass sich Ausländer mit größter Dringlichkeit um Arbeit bemühen und vor allem immer mehr Frauen aus Osteuropa in diesem Bereich Arbeit in der Region suchen. Allerdings schaffen viele es aufgrund verschiedener Mängel von der Ausbildung bis zur Sprachbeherrschung nicht, eine dauerhafte Stelle zu erhalten. Manche Arbeitsverhältnisse sind von geringer Dauer oder werden zu gering entlohnt, andere kehren der Provinz frustriert den Rücken. Bei der Einwanderung hat sich der Schwerpunkt in den letzten Jahren verschoben. Die wachsende Nachfrage nach Haushaltshilfen und Pflegekräften hat für einen Schub von neuen Zuwanderern aus Osteuropa gesorgt. Das CedAS verzeichnete 2004 zwar keinen wesentlichen Anstieg der Armut, doch werden immer mehr Sachgüter wie Kleidung angefordert. Nicht wenige Familien scheinen trotz öffentlicher und privater Hilfe dauerhaft in Not zu leben.

Das Gespräch

Armut im Trentino

Im Gespräch mit Roberto Calzà, Vizedirektor der Caritas der Diözese Trient

Wie viele Personen sind im Trentino von extremer Armut betroffen?

Calzà: Wenn wir unter extremer Armut eine Lage verstehen, in welcher sich ein Mensch selbst nicht mehr über Wasser halten kann, sind relativ wenig Menschen betroffen, nämlich höchstens 1.000. Wenn wir unter Armut eher „relative Einkommensarmut“ verstehen, also Menschen, die mit Rente oder Lohn nur unter größter Einschränkung bis zum Monatsende durchkommen, dann könnten auch an die 10.000 Familien davon betroffen sein. Wenn wir beim Einkommenskriterium ansetzen, kann man von einer solchen Größenordnung ausgehen, doch von extremer existenzbedrohender Armut sind weit weniger betroffen.

Immer mehr Personen wenden sich bei der Arbeitsuche an die Caritas: lässt die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Trentino mehr Menschen in Armut geraten?

Calzà: Nein, die Arbeitslosigkeit liegt ziemlich stabil auf vergleichsweise geringem Niveau, das etwa jenem Südtirols entspricht. Doch immer mehr Ausländer kommen mit dem Vorhaben ins Land, sich auf längere Zeit auf eine fixe Stelle vermitteln zu lassen. Die Arbeitsmigranten haben begriffen, dass man in Italien schnell zu einem regulären Arbeitsplatz kommen muss, wenn man das Recht auf Aufenthalt nicht verlieren will. Wir spüren auch stark den Mangel an einheimischen Haushaltshilfen und Pflegekräften, für die wir als Caritas eine Art Vermittlungsstelle geworden sind. Hier gibt es ein steigendes Interesse seitens Ausländer vor allem aus Osteuropa.

Drei Viertel der Hilfesuchenden des CedAS stammen aus dem Ausland. Nimmt die Armut vor allem unter Ausländern zu?

Calzà: Tatsächlich ist in den letzten Jahren unsere Unterstützung von Ausländern stark gewachsen, und zwar für zwei verschiedene Gruppen: Zum einen die frisch Angekommenen, die ohne einen Groschen, ohne Informationen, Sprachkenntnisse und Orientierung dastehen und Ersthilfe brauchen. Zum anderen Ausländer, die schon länger hier leben und sogar die Familie nachkommen lassen konnten, doch die Kosten des Unterhalts einer Familie unterschätzt haben. Manche Ausländerfamilien haben ein ziemlich geringes Monatseinkommen, aber hohe Ausgaben für die Wohnung und mehrere Kinder. Hier sehe ich ein wachsendes Problem für die nächste Zeit.

Welche Gruppen haben im Trentino das höchste Risiko, in Armut zu geraten?

Calzà: Im Wesentlichen sind es ältere Menschen mit Mindestrente, Familien mit mehreren Kindern und nur einem Einkommen und Teilfamilien mit Kindern. Not leidende Rentner wenden sich nicht so sehr ans CedAS, als vielmehr an

die Pfarrcaritas-Gruppen. Daneben geraten immer mehr Alleinerziehende in Schwierigkeiten, vor allem wenn sie keine ausreichende Unterstützung von den ehemaligen Partnern oder von anderer Stelle erhalten. Hier sind vor allem Mütter betroffen. Schließlich in zunehmendem Maße auch Ausländerfamilien.

Zur Vertiefung: Aut. Provinz Trient (Servizio Statistica), Povertà e deprivazione nel Trentino, März 2005



Schicksal oder System?

Ist wer in Armut gerät letztlich selbst schuld oder liegt es in der Organisation und Dynamik unserer Gesellschaft begründet, dass Armut ständig neu entsteht? In der Frage der Armut überschneiden sich immer wieder individuelle Faktoren aus der Lebensgeschichte des einzelnen Betroffenen mit strukturellen Ursachen. Die vielschichtigen Gründe für Armut und immer mehr „relativ Arme“ mitten im wachsenden Wohlstand lassen sich nicht auf wenigen Seiten erschöpfend ausloten. Jeder „Fall“, wie er in der täglichen Praxis der Caritas auftaucht, ist ein Fall für sich, und doch lassen sich viele Gemeinsamkeiten in der Lebenslage der Betroffenen und in den Bedingungsfaktoren dieser Situation erkennen. Offensichtlich ist, dass nicht Zehntausende von Menschen von traumatischen Schicksalsschlägen oder selbst verschuldetem Unvermögen betroffen sein können, sondern in bestimmter Hinsicht in einer Gesellschaft nicht mithalten können, für Leistungsfähigkeit, Produktivität und vorgegebenen Konsumstandards zentrale Orientierungswerte sind. Wenn eine Ehe ohne einvernehmliche Lösung geschieden wird, mögen die Ursachen immer individueller Natur sein. Wenn der alleinerziehende Elternteil dann in Armut gerät, weil die Wohnung nicht mehr finanzierbar, eine geeignete Erwerbsarbeit nicht mehr zugänglich und Kinderbetreuungseinrichtungen fehlen, liegt es an der „Struktur“. Eine andere Frage, auf die weiter unten eingegangen werden soll, ist jene, ob das soziale Netz, das Menschen in Notlagen auffangen soll, noch hält oder zu viele Löcher bekommen hat. Dieses Netz besteht zum einen aus spontaner oder organisierter Mitmenschlichkeit, um die sich auch die Caritas ständig bemüht, zum anderen aber aus sozialen Einrichtungen, Vorkehrungen und Beiträgen, für die die Politik verantwortlich ist.



Kapitel 5

Armut und Einkommensverteilung: keine Armut ohne Reichtum

Die Einkommensverteilung hat unmittelbar mit dem Armutsthema zu tun. In einem wohlhabenden Land wie Südtirol mit einem Durchschnittseinkommen der Haushalte von heute über 30.000 Euro im Jahr müsste theoretisch niemand Armut leiden. Das Konzept der relativen Armut stellt ganz auf die Einkommensverteilung ab: Armut bemisst sich im Abstand zum Durchschnittseinkommen und damit zum Reichtum, denn bei einer gleichmäßigen Verteilung des Einkommens würde es kaum Armut geben. Amtliche Untersuchungen zeigen, dass in vielen Lebensbereichen die Einkommensschwäche eines Teils der Familien und die Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat. Bei geringen Zuwachsraten des Gesamteinkommens bleibt für die relativ Armen umso weniger übrig, je mehr sich die schon Reichen aneignen. Relative Armut steigt, je ungleicher das Einkommen und Vermögen über die Haushalte verteilt ist. Ob auch die konkrete Lebenslage der relativ Armen sich verschlechtert, steht auf einem anderen Blatt.

In Fünfjahresabständen führt das ASTAT in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsförderungsinstitut eine Studie zur wirtschaftlichen Lage der Südtiroler Haushalte durch. In diesem Rahmen werden nicht nur die Haushalts- und Pro-Kopfeinkommen erfragt, sondern auch die Besitz- und Vermögensverhältnisse sowie neuerdings auch der Verschuldungsgrad und die bezogenen öffentlichen Beiträge. Die Einkommensverteilung und die relative Armut bilden den Abschluss dieser Studie. Bei dieser Erhebung wurden im April/Mai 2004 1.492 Haushalte befragt. 1.197 antworteten, womit Angaben für das Jahr 2003 von 3.243 Personen gesammelt werden konnten. Es geht dem ASTAT darum, „ein differenziertes Bild der sozialen Lage in Südtirol zu zeichnen, um geeignete politische Instrumente zur Vermeidung und Beseitigung von Ungleichheiten sowie Armut entwickeln zu können“.¹⁴ Bei diesen Daten handelt es sich um Hochrechnungen, d.h. die angegebenen Zahlen sind bei dieser Größenordnung immer mit einer gewissen Toleranz von $\pm 5\%$ zu lesen.

Die Einkommensverteilung

Ein Südtiroler Haushalt verfügte im Jahr 2003 über ein Jahresbudget von durchschnittlich 29.884 Euro netto, also 2.490 Euro pro Monat. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 2003 12.929 Euro. Während ein Großteil der Haushalte mit einem weit niedrigeren Einkommen zurecht kommen muss, gibt es auf der anderen Seite auch Haushalte mit einem bedeutend höheren Einkommen. Als „relativ arm“ gilt ein zweiköpfiger Haushalt dann, wenn sein Einkommen unterhalb des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens liegt (bei einer Einzelperson liegt diese Grenze bei 7.757 Euro)¹⁵.

Nach dieser Definition lebten 2003 14,9% in relativer Armut, also immerhin mehr als 27.000 Südtiroler Haushalte: im Vergleich zu 1999 ein Zuwachs von 0,5%-Punkten. Gemäß dieser Verteilung müssen die „ärmsten“ 10% der Haushalte mit einem direkten Einkommen (ohne öffentliche Beiträge) von höchstens 9.100 Euro (durchschnittlich 6.413 Euro) im Jahr auskommen, was rund 758 Euro im Monat entspricht. Die untersten 50% der Haushalte beziehen 24,5% des Gesamteinkommens, also nicht ganz ein Viertel. Das reichste Zehntel verfügt hingegen über 27,6% der Einkommen und über ein Jahresbudget von durchschnittlich 82.963 Euro (monatlich 6.914 Euro).

Die Einkommensverteilung in Südtirol nach Dezilen – 1998 und 2003

Schwelle Haushaltsklassen	Obere Dezilschwelle	Mittelwert der Haushaltsklasse	% Anteil am direkten Einkommen (2003)	% Anteil am direkten Einkommen (1998)	Kumulierter %-Anteil am direkten Einkommen 2003
10%	9.100	6.413	2,2	1,9	2,2
20%	13.581	11.660	3,9	3,7	6,1
30%	16.700	15.105	5	5,4	11,1
40%	20.000	18.506	6,2	6,2	17,3
50%	23.700	21.887	7,2	7,8	24,5
60%	29.260	26.526	8,9	9,6	33,4
70%	33.710	31.133	10,4	10,8	43,7
80%	41.339	37.241	12,5	13,1	56,2
90%	55.537	48.217	16,2	16,1	72,4
100%		82.963	27,6	25,4	100
Direktes Einkommen		29.884	100	100	

Quelle: ASTAT, Pressemitteilung, Bozen April 2005

Wie hat sich die Verteilung seit 1999 entwickelt? Die untersten 10% der Haushalte bezogen 1999 1,9% des Gesamteinkommens, 2003 2,2%. Die obersten 10% bezogen 1999 25,4% des Gesamteinkommens, 2003 27,6%. Die ärmere Hälfte der Haushalte bezog 1999 und 2003 weniger als ein Viertel der Einkommen; das oberste Zehntel legte um 2,2% zu. Der reichere Teil der Gesellschaft entwickelte sich in diesen vier Jahren also schneller, während die ärmeren Schichten sich kaum verbessern konnten. Insgesamt bedeutet die Auseinanderentwicklung zwischen den obersten und untersten Einkommensgruppen und die Zunahme auf fast 15% relativer Armut für 2003 noch nicht eine Zunahme der absoluten Unterversorgung. Dafür würde man tiefer gehende Untersuchungen der Lebenslage von relativ armen Haushalten benötigen, die heute noch nicht vorliegen. Vielmehr ist dieses Ergebnis ein Indiz dafür, dass bei den bestehenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und keiner weiteren verteilungs-politischen Korrektur (z.B. über Sozialtransfers oder die Steuerpolitik) die Einkommensverteilung „naturwüchsig“ ungleichmäßiger wird und die relative Armut zunimmt.

Armutsrisiko und Haushaltstypen

Das Pro-Kopf-Einkommen, das oben zugrundegelegt worden ist, zeigt nicht die reale Versorgungslage einer Person auf, da in einer Familie oder einer Partnerschaft viele Lebenshaltungskosten geteilt werden können. Zusammenlebende benötigen schlicht gesagt nicht so viel wie ein Alleinlebender. Deshalb zieht man als zuverlässigeres Maß das standardisierte Pro-Kopf-Einkommen, heran das auch die Ersparnisse durch das gemeinsame Wohnen und Leben berücksichtigt. Zur Ermittlung der Einkommensverteilung bezieht man sich auf die Haushalte, nicht auf Einzelpersonen. Drei wichtige Faktoren spielen bei der Betrachtung des Zusammenhangs zwischen relativer Armut und Einkommensverteilung eine Rolle: die Zahl der Familienmitglieder, die Zahl der Einkommensbezieher pro Familie und die Erwerbsstellung.

Nach Anzahl der Haushaltsmitglieder aufgeschlüsselt sind die Einpersonenhaushalte mit einem Prozentsatz von 19,6% am häufigsten von relativer Armut betroffen, gefolgt von den Vier-Personen-Haushalten mit 17,1%. Erwartungsgemäß sind vor allem Haushalte mit nur einem Einkommensbezieher öfter relativ arm (24,1%). Im Gesamten betrachtet trifft das Armutsrisiko in Südtirol vor allem folgende vier Gruppen von Personen:¹⁶

- jene Personen, die keinen Zugang zu Erwerbstätigkeit und Erwerbseinkommen haben (Rentner, Hausfrauen und Vollzeit-Mütter, Arbeitslose)
- allein lebende Senioren und Paare, die nur von einer Rente (Mindestrente) abhängen
- Mehrpersonenhaushalte mit einem einzigen Einkommen,
- Teilfamilien mit noch minderjährigen Kindern vor allem bei Alleinerziehenden (die nicht Vollzeit-Arbeitsverhältnisse eingehen können)

Ein wichtiger Einflussfaktor ist außerdem das Fehlen von Grund- und Wohnungsbesitz und damit fehlendes Einkommen aus Immobilien und Kapital und der Wohnort.

Es gibt drei typische Formen von Haushalt: Familienhaushalte mit Kindern, erwachsene erwerbstätige Paare ohne Kinder und Seniorenhaushalte ohne Kinder, oft bestehend aus allein lebenden Senioren. Familienhaushalte mit mehreren Kindern und Haushalte von Nicht-Erwerbstätigen sind am stärksten von relativer Armut betroffen. 55,9% der relativ armen Haushalte sind „Haushalte ohne Erwerbstätige“. Darunter fallen vor allem die Rentner und Teilfamilien, die vor allem aufgrund der Familienarbeit kein Erwerbseinkommen erzielen. Die relative Armut in Südtirol ist somit mehrheitlich eine „Altersarmut“: Die relativ armen Haushalte sind zu einem hohen Anteil Einpersonenhaushalte ohne Erwerbstätigkeit. 30,3% solcher Haushalte liegen unter der Armutsschwelle. 2003 zahlte das INPS-NISF in Südtirol 115.614 Renten aus. Bei einer Durchschnittsrente (Alters-, Dienstalters- und Hinterbliebenenrenten) von 574,38 Euro (2003) und einer durchschnittlichen Hinterbliebenenrenten von 380,09 Euro kann dies nicht überraschen. Doch muss berücksichtigt werden, dass innerhalb der Gruppe der Rentner recht unterschiedliche Situationen bestehen. Nur ein Drittel der Senioren bezieht sein Einkommen hauptsächlich aus der Rente bzw. Pension.

Ausmaß der relativen Armut in %-Anteilen nach Haushaltstyp – 2003

	Haushalte in relativer Armut			Gesamtanzahl der Haushalte
	Anzahl Haushalte*	%-Verteilung der armen Haushalte	Ausmaß in %	
Anzahl der Haushaltsmitglieder				
1	11.251	41,6	19,6	57.530
2	5.248	19,4	12,5	42.065
3	2.635	9,7	8,2	32.047
4	5.507	20,4	17,1	32.268
5 und mehr	2.415	8,9	13,2	18.257
Anzahl der Einkommensbezieher				
1	19.487	72,0	24,1	80.991
2	6.205	22,9	9,3	66.934
3 und mehr	1.364	5,0	4,0	34.242
Berufliche Stellung				
Nur Arbeitnehmer	8.647	32,0	9,8	88.392
Nur Selbstständige	2.887	10,7	12,0	24.054
Selbstständige und Arbeitnehmer.	407	1,5	3,0	13.776
Ohne Erwerbstätige	15.115	55,9	27,0	55.941
Insgesamt	27.056	100,0	14,9	182.167

*Hochrechnung ausgehend von einer Stichprobe von 1.197 Personen.

Quelle: ASTAT, Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 2003-04, Bozen 2005

Was in Südtirol auffällt, ist die hohe Streuung bei der Einkommensverteilung bei den Selbstständigen, während Arbeitnehmerfamilien ein eher homogenes Bild im Einkommensbezug bieten. Dies bedeutet, dass es unter den Selbstständigen die verschiedensten Situationen gibt. Zum einen hohe Einkommen bei bestimmten Berufen wie Freiberuflern, Unternehmern, Großbauern; zum anderen geringe Einkommen bei kleinen Ladenbesitzern, Bergbauern mit wenig Grund und

Boden, unterbeschäftigten Selbstständigen. Überraschenderweise liegt die Quote der relativ Armen an den Selbstständigen insgesamt über jener der abhängig Arbeitenden. Krasser fällt das Bild bei den Haushalten ohne Erwerbstätigkeit aus. Arbeitslosigkeit fällt zwar zahlenmäßig in Südtirol nicht so ins Gewicht, ist jedoch trotz verschiedener Ausgleichsmechanismen immer noch ein erhebliches Armutsrisiko.

Haushalte in relativer Armut unterscheiden sich vom Durchschnitt nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Zusammensetzung des Einkommens. Im Durchschnitt bestreiten sie nicht einmal die Hälfte des Einkommens aus der eigenen Erwerbstätigkeit, ein Drittel aus Renten und sonstigen Einkommen. Immerhin 6% des Einkommens stammt aus Abfertigungen, sehr wenig aus Besitz und Investitionserträgen. Besitz- und Investitionserträge spielen mit einem Anteil von 9% in Haushalten ohne Erwerbseinkommen, also vor allem den Rentnerhaushalten, die größte Rolle. Bei reinen Selbstständigen-Haushalten liegt ihr Anteil im Durchschnitt nur bei 5%, aber immer noch höher als in reinen Arbeitnehmer- und gemischten Haushalten.

Die öffentlichen Beiträge wie z.B. das soziale Mindesteinkommen und das Wohngeld tragen erstaunlich wenig zum Gesamteinkommen der als arm eingestuften Haushalte bei, nämlich nur 9%. Aber nur einer von vier armen Haushalten kann sich auf solche Einkommensergänzungen durch die öffentliche Hand stützen. Dies deutet darauf hin, dass die öffentliche Hand – vor allem die Landesverwaltung – einen recht bescheidenen Beitrag zur Umverteilung von Einkommen zugunsten schwächerer Gruppen leistet. Dies sagt noch nichts darüber aus, ob die Maßnahmen des Landes gegen die Einkommensarmut zielgenau sind.

Vermögensverteilung und Armut

Um ein verlässliches Bild von der wirtschaftlichen Lage und vom Lebensstandard einer Person zu erhalten, genügt nicht nur die Kenntnis des laufenden Einkommens, sondern auch alle Vermögenswerte, die ein direktes oder indirektes Einkommen abwerfen. Es sind vor allem Finanzanlagen (festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Investmentzertifikate) und Immobilienbesitz (Wohnungen, Gebäude, Grundstücke) zu berücksichtigen. In Fünfjahresabständen führt das ASTAT mit dem AFI eine Studie zur wirtschaftlichen Lage der Südtiroler Haushalte durch¹⁷. In diesem Rahmen wird nicht nur das Haushalts- und Pro-Kopf-Einkommen erfragt, sondern ansatzweise auch die Besitz- und Vermögensverhältnisse sowie neuerdings auch die finanziellen Belastungen (Verschuldung) und die bezogenen öffentlichen Beiträge. Laut dieser Studie machen Besitz- und Investitionserträge nur 1,9% des Einkommens insgesamt aus: eine mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung völlig unvereinbare Zahl, die auf die mangelnde Bereitschaft der Befragten zurückzuführen ist, auch bei einer anonymen Befragung die eigenen finanziellen Verhältnisse offenzulegen.

In Südtirol besitzen 14,3% der Haushalte (rund 26.000) Grundstücke mit einer Durchschnittsgröße von 12,4 Hektar. Die Hälfte der Grundstücksbesitzer hat allerdings weniger als 4 Hektar Grund. Ein Großteil der Grundstücke liegt im Eigentum von Bauernfamilien. Auch Haushalte mit Haupteinkommen aus „sonstiger selbstständiger Tätigkeit“ haben mehr Grundbesitz wie allgemein auch Haushalte in ländlichen Gemeinden eher Grund besitzen als jene in den Städten. Einen klaren Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Grundbesitz konnte das ASTAT nicht feststellen. Man geht davon aus, dass der Grundbesitz weniger der Vermögensanlage als viel eher dem Lebensunterhalt der bäuerlichen Bevölkerung dient.

Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Wohnungs- bzw. Immobilienvermögen tritt aus den Daten der ASTAT-Einkommensuntersuchung weit klarer hervor. 2003 waren 68% der Haushalte Eigentümer der von ihnen bewohnten Wohnung. Bei den deutschsprachigen Familien liegt dieser Anteil sogar bei 71%. Demgegenüber liegt der Anteil der Mieter und Untermieter bei 26%. Der Anteil der Wohnungseigentümer steigt mit der Zahl der Haushaltsmitglieder. Wohnungsbesitz kann als unmittelbares Zeichen eines gewissen Wohlstandes und einer Absicherung der Lebensverhältnisse gewertet werden. Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen der Einkommenshöhe und dem Immobilienbesitz. Je höher das standardisierte Pro-Kopf-Einkommen eines Haushalts, desto öfter verfügt er über Immobilien. Je höher das Einkommen, desto höher der Anteil der Wohnungseigentümer. Während Haushalte mit einem Einkommen unter 12.500 Euro zu 57,6% über Wohnungseigentum verfügen, sind es bei den Familien mit über 50.000 Euro Einkommen 84,1%. Etwa ein Drittel der Einkommensklasse unter 25.000 Euro wohnt in Miete. Haushalte mit geringem Einkommen zahlen deutlich weniger Miete, müssen aber einen größeren Teil des Einkommens ins Wohnen investieren.

Wer ein geringes Einkommen hat, kann auch weniger Vermögen bilden und tut sich schwer, Wohnungseigentum anzulegen. Tatsächlich sieht es in Südtirol so aus, dass ein relativ armer Haushalt im Durchschnitt nur halb so viel Wohnraum besitzt, wie

ein nicht armer Haushalt. Allerdings zeigen die Statistiken auf, dass die relativ armen Haushalte kaum geringeren Wohnraum zur Verfügung haben. Viele ältere und allein lebende Personen haben zwar ein geringes Einkommen aus Renten, aber relativ große Wohnungen, die sie früher bzw. bis zum Ableben des Partners gemeinsam mit Familie und/oder dem Partner bewohnten. Von entscheidender Bedeutung ist allerdings die Qualität der Wohnung. Während 55,8% der deutschsprachigen Haushalte in Bauernhöfen oder Ein- oder Zweifamilienhäusern wohnen, leben 92,3% der Haushalte mit italienischsprachigen Mitgliedern in Mehrfamilienhäusern, was auf die starke Konzentration der Italiener auf die Städte zurückzuführen ist. Demgegenüber gibt es nur einen schwachen Zusammenhang zwischen dem direkten Einkommen und dem bewohnten Wohnungstyp. Mit wachsendem Einkommen eines Haushalts nimmt die Zahl der verfügbaren Zimmer und der bewohnten Fläche zu. Allerdings befinden sich unter den Haushalten mit niedrigem Einkommen viele Alleinlebende mit relativ geräumigen Wohnungen. Relative Armut drückt sich weniger im Wohnraum als in der Qualität des Wohnraums, des Wohnens, der Ausstattung aus. Arme Haushalte schneiden bezüglich Lichtverhältnisse, Raumsituation, Wohnungszustand und Wohnungseinrichtung durchwegs schlechter ab. Außerdem sind sie in geringerem Maß mit technischen Geräten wie Geschirrspülmaschinen, Mobiltelefonen und Computern ausgestattet. Allerdings muss dies nicht ein Zeichen von Armut sein, sondern nur dafür, dass viele ältere Personen einfach weder Bedarf noch ein Interesse an solchen Geräten haben.

Miete und Wohnfläche nach Einkommensklassen – 1998/99

	Stadt		Land		Insgesamt
	arm	nicht arm	arm	nicht arm	Mittelwert
Anzahl Familienmitglieder	2,13	2,46	2,62	3	2,7
Besitz Gesamtfläche (m2)	45,9	100,31	166,88	171,81	136,57
Besitz Wohnfläche (m2)	45,9	89,01	139,65	111,53	101,71
Wohnfläche (netto)	73	83	87	99	90
Wohnfläche pro Person	45	43	46	43	43
Zimmerzahl	3	3	3	4	3
Zimmer pro Person	1,6	1,5	1,6	1,6	1,6
Gesamtfläche Grundbesitz(ha)	0,01	1,14	4,32	2,33	1,91

Quelle: H. Atz, *Risikofaktoren für relative Armut und die Situation von Arbeitnehmerhaushalten, 2002*

Bezüglich der Wohnkosten gab im Jahre 2003 ein Haushalt durchschnittlich 4.218 Euro fürs Wohnen aus, was allerdings sehr ungleich verteilt ist. Ein Viertel aller Haushalte in einer Mietwohnung zahlte über 6.000 Euro jährlich; ein Viertel aller Haushalte, die eine Darlehensschuld zu tilgen hat, zahlte mehr als 9.000 Euro jährlich.

Der Zusammenhang zwischen Wohnkosten und Einkommen ist somit ziemlich deutlich: je höher das Einkommen, desto höher die Miet- und Darlehensausgaben, aber – wie oben angemerkt – desto höher auch der verfügbare Wohnraum. Die Wohnkosten schwanken zudem stark nach Haushaltstyp. Einpersonenhaushalte geben mit jährlich 3.172 Euro am wenigsten für die Wohnung aus (diese sind aber in der Regel kleiner). Die höchsten Beträge (5.416 Euro jährlich) belasten das Budget der Paare mit Kindern über 15 Jahre. Paare mit kleinen Kindern und Alleinerziehende bezahlen im Schnitt 4.779 bzw. 4.220 Euro jährlich für die Wohnung.

Während das Wohnungseigentum auch über die amtlichen Register nachverfolgbar ist, ist die Erfassung des finanziellen Vermögens der Südtiroler Haushalte dem ASTAT bisher noch nicht gelungen. Man konzentrierte sich infolge des starken Mangels wahrheitsgetreuer Angaben auf die Auskünfte zur Ersparnisbildung. Je höher das Pro-Kopf-Einkommen desto höher ist erwartungsgemäß auch die Ersparnisbildung. Überhaupt keine offiziellen Angaben noch Ergebnisse aus Befragungen sind über die Anteile der Haushalte am Gesellschaftsvermögen der gewerblichen Unternehmern vorhanden. Somit fehlen Erkenntnisse zur Verteilung des Produktivvermögens (mit Ausnahme des Bereichs Landwirtschaft), das erfahrungsgemäß noch weit ungleicher verteilt ist als das Wohnungseigentum und das laufende Einkommen. Auch die Einkommenssteuerstatistik, die natürlich vom Faktor der Steuerhinterziehung bereinigt werden müsste, ist in Südtirol nicht zugänglich und auswertbar, so dass auch von dieser Seite keine Informationen zur Vermögensverteilung vorliegen. Folge: niemand weiß heute, wie hoch das Finanzvermögen der Südtiroler ist und wie es verteilt ist.



Kapitel 6

Wer ist armutsgefährdet? Die wichtigsten „Risikogruppen“

Definitives nochmals vorweg: „Armut“ ist eine deutliche materielle Benachteiligung und Unterversorgung von Personen oder Haushalten im Vergleich mit dem Lebensstandard und allgemeinen Wohlstandsniveau der Bezugsgesellschaft, in unserem Falle dem durchschnittlichen Lebensstandard der Südtiroler Bevölkerung, auch wenn Personen, die als arm eingestuft werden, nicht Hunger und Mangel an Kleidern oder anderen primären Versorgungsgütern leiden. „Relative Armut“ bedeutet, wie in Kapitel 2 erläutert, der Bezug eines laufenden Einkommens pro Kopf (standardisiert), das weniger als die Hälfte des in der Bezugsgesellschaft verzeichneten Durchschnittseinkommens ausmacht. Mit statistischen Methoden¹⁸ lassen sich einige zentrale Risikofaktoren für relative Armut erkennen, und zwar vor allem folgende: das „Alleinleben“, die Haushaltsgröße, minderjährige Kinder im Haushalt, das Alter, die Herkunft, die Ausstattung mit Besitz und Vermögen und die Randständigkeit aus besonderen sozialen Gründen.

Risikofaktoren für relative Armut

Arbeitslosigkeit, eine der Hauptursachen für Armut in Europa und im Allgemeinen, ist in Südtirol kaum relevant. Im Gegenteil: in den letzten 15 Jahren hat die Südtiroler Wirtschaft Arbeitsplätze für gut 13.000 neue Zuwanderer (Arbeitsmigranten) geschaffen. Allerdings gibt es auch in Südtirol eine beschränkte Zahl von Langzeitarbeitslosen, die aufgrund persönlicher Defizite, fortgeschrittenen Alters, besonderer Lebenslagen, gesundheitlicher und sozialer Faktoren nur mehr begrenzt auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar sind. Ein Teil der Bezieher des sozialen Mindesteinkommens speist sich aus dieser Gruppe.

Ein in Südtirol zahlenmäßig weit wichtiger Risikofaktor für relative Armut ist die unzureichende Altersrentenleistung. Altersarmut ist in Südtirol weiter verbreitet als gemeinhin angenommen. Ein beträchtlicher Anteil der über 65jährigen kann von der Altersrente allein nicht leben. Davon sind vor allem Frauen betroffen, die nur die Mindestrente oder eine Hinterbliebenenrente beziehen. Bei der Altersarmut wirken zwei Risikofaktoren zusammen, nämlich das geringe Rentenniveau und das vergleichsweise häufigere Alleinleben. Generell haben allein lebende Personen den wirtschaftlichen Nachteil, alle Ausgaben für die Haushaltsführung allein bestreiten zu müssen. Insgesamt leben 22% der Alleinlebenden, aber nur 11% der Mehr-Personenhaushalte in relativer Armut. Fast die Hälfte der Alleinlebenden in Armut sind älter als 65 Jahre. Von Armutsrisiko betroffen sind dabei vor allem die älteren, pensionierten Alleinlebenden, deren Partner verstorben ist und die keine eigenständige Versicherungsposition aufbauen konnten. Drei Viertel der Alleinlebenden in relativer Armut sind Frauen, vor allem ältere Frauen.

Allerdings sei betont, dass die Einkommenssituation allein über die konkrete, tatsächliche Lebenslage einer älteren, allein lebenden Frau – oder in geringerem Maße eines Mannes – noch nicht ausreichend Aufschluss gibt. Obwohl die Mehrgenerationenfamilie im selben Haushalt immer seltener wird, ist es in Hof- und Dorfgemeinschaften durchaus denkbar, dass ältere Menschen zwar einen eigenen Haushalt führen, gleichzeitig in eine größere Familie bzw. Nachbarschaft eingebettet sind und in verschiedener Weise mitunterstützt werden.

So paradox es klingen mag: mehrere Kinder zu haben ist zu einem eigenständigen „Armutrisiko“ geworden. Trotz der auch in Südtirol sinkenden Fruchtbarkeit bedeutet Kinderreichtum wirtschaftlich häufig eine Belastung. Vor allem trifft dies Teilfamilien oder Elternteile, die nach einer Familienkrise die Kinder alleine großziehen. Nicht bloß der Umstand des Alleinlebens, auch die Zahl der Haushaltsmitglieder spielt beim Risiko, in relative Armut zu geraten, eine besondere Rolle. Wenn eine Familie einmal mehr als 4 Mitglieder – also z.B. neben den Eltern mehr als zwei Kinder – hat, ist sie statistisch gesehen armutsgefährdet.¹⁹ Dabei kommt es immer auch auf die Zahl der Erwerbstätigen in der jeweiligen Familie an. Ein einziges Kind scheint den – rein materiellen - Wohlstand noch nicht zu beeinträchtigen. Aber schon 18% der Zwei-Kind-Familien und fast 40% der Familien mit drei oder mehr schulpflichtigen Kindern sind armutsgefährdet.



Einerseits sind für diese Situation die Kosten der Kinder verantwortlich, andererseits ganz wesentlich die Tatsache, dass sich bei drei und mehr Kindern mindestens ein Elternteil zum größten Teil der Betreuung und Erziehung der Kinder widmen muss und nur mehr beschränkt erwerbstätig sein kann. Der Verlust des zusätzlichen Einkommens führt zumindest für die Phase der Kindererziehung zu relativer Armut, wenn weitere erschwerende Faktoren dazukommen (geringes Einkommen und Vermögen, hohe Lebenshaltungskosten). Haushalte mit erwachsenen Kindern, die ein eigenes Einkommen verfügen, befinden sich dagegen fast nie in relativer Armut. Das Armutsrisiko hängt somit ganz wesentlich vom Anteil der Einkommensbezieher an den Familienmitgliedern ab: wenn nicht mindestens jedes zweite Mitglied im Haushalt verdient oder dazuverdient, dann ist der Haushalt überdurchschnittlich oft von relativer Armut betroffen. Umgekehrt sind Haushalte mit erwachsenen erwerbstätigen Kindern ganz selten von relativer Armut betroffen.

Schließlich ist die Herkunft ein Risikofaktor für Armutsgefährdung, nämlich für die ausländischen Arbeitsmigranten, wobei primär die Migranten aus ärmeren Nicht-EU-Ländern, die mit Familie in Südtirol leben, davon betroffen sind. Sie kommen mit der Hoffnung, sich mit ihrer Arbeit im fremden Land eine Existenz aufzubauen, aber eine mehrköpfige Familie in einem Land mit hohen Lebenshaltungs- und Wohnungskosten durchzubringen, bringt lange Jahre der Entbehrung mit sich. Allerdings gilt es auch bei der Einkommenslage der in Südtirol lebenden Arbeitsmigranten zu differenzieren: ihr Durchschnittseinkommen pro Kopf weicht von jener der Inländer kaum ab und relative Armut tritt vor allem in Kombination mit anderen benachteiligenden Faktoren auf.

Eine eigenständige Risikogruppe bilden traditionelle „Randgruppen“, Menschen, die in einer an Produktivität und Konsum orientierten Wirtschaft und Gesellschaft stranden, die dem Druck der Leistungsgesellschaft nicht mehr standhalten können, Schicksalsschlägen aller Art im sozialen und familiären Bereich ausgeliefert waren und immer mehr in eine „Armutskarriere“ hineingeschlittert sind.

Geografisch gesehen gibt es in peripher gelegenen Gebieten wie im Vinschgau und im Pustertal deutlich mehr armutsbetroffenen Haushalte als in den Städten und vor allem im Großraum Bozen. Die italienischsprachige Bevölkerung Südtirols scheint eine nur halb so hohe Armutsquote aufzuweisen als die deutsch- und ladinischsprachige Volksgruppe. Diese Faktoren bedürfen zwecks einer Analyse einer genaueren Datengrundlage, die derzeit noch nicht vorliegt. Zusammenfassend gesagt sind von der Armut – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – hauptsächlich drei soziale Gruppen betroffen:

1. Personen, die keinen oder nur einen beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben (Rentner, Hausfrauen und Unterbeschäftigte);
2. allein lebende Senioren oder ältere Paare, vor allem dann, wenn sie von einer Rente abhängen;
3. Mehrpersonenhaushalte mit einem einzigen Einkommen und Teilfamilien, vor allem wenn die Kinder in diesen Familien noch minderjährig sind.

Dazu kommen die „klassischen“ Randgruppen und in zunehmendem Maße Ausländerfamilien. Nun diese Risikogruppen im Einzelnen.

Armut und Alter

Herr G. lebt mit seiner pflegebedürftigen Frau und seiner erwachsenen Tochter in einer Sozialwohnung. Das Einkommen der berufstätigen Tochter und die Pension von Herrn G. erlaubten der Familie immer ein würdiges Auskommen. Im vergangenen Herbst wurde aber die Tochter krank – Diagnose Krebs. Innerhalb kürzester Zeit musste sie ihre Arbeit aufgeben und sich unzähligen Therapien unterziehen. Herr G. brauchte all seine Ersparnisse auf, um seiner einzigen Tochter eine gute Behandlung zu ermöglichen. Inzwischen ist ein Jahr vergangen und die Tochter hat weitere Therapien dringend nötig. An eine Rückkehr in das Berufsleben ist in naher Zukunft nicht zu denken.

Die Sorgen um das Wohl der Tochter und die immer größeren finanziellen Probleme begleiten Herrn und Frau G. ständig. Die Rente reicht nicht mehr aus, um die täglichen Ausgaben zu bestreiten. Im letzten Monat konnten sie nur mehr einen Teil der Miete bezahlen. Bei den Strom- und Gasrechnungen sprangen zum Teil Bekannte mit finanzieller Hilfe ein. Aber wie soll es in Zukunft weitergehen?

Bis ans Monatsende zu kommen wird für die Familie immer schwieriger. All diese Belastungen haben außerdem dazu geführt, dass auch Herr G. gesundheitlich sehr angeschlagen ist. Er hat Herzbeschwerden und seine Frau leidet nach wie vor unter starken psychischen Problemen. Eine finanzielle Unterstützung würde dieser Familie sehr helfen, um diese schwierige Zeit zu überbrücken....

Caritas-MitarbeiterInnen begegnen immer wieder allein stehenden älteren Personen oder Paaren, die zwar aufgrund ihres geringen Einkommens Anspruch auf finanzielle Unterstützung (z.B. auf das soziale Mindesteinkommen) hätten, aber aus Unwissenheit, Scham oder Unwillen, ihre Kinder zu belasten, diese Beiträge nicht annehmen. Diese Menschen in fortgeschrittenem Alter leben nicht selten in prekären Verhältnissen, in Substandardwohnungen mit unzureichender Ausstattung und Einrichtung, in sanierungsbedürftigen Häusern, ohne die Mittel, in ihre Wohnqualität zu investieren.²⁰

Wie aus den Untersuchungen des ASTAT zur Einkommens- und Vermögenssituation der Haushalte in Südtirol 1999 und 2003 hervorgeht, haben Alleinlebende ein besonderes Risiko, in relative Armut zu geraten: 45% der als „relativ arm“ eingestuften Alleinlebenden sind 65 Jahre alt oder älter. Dieses Armutsrisiko betrifft vor allem jene Rentner, deren Einkommen nur aus einer Rente besteht. Erwerbstätige wie z.B. ältere Selbstständige verdienen fast immer soviel, um einigermaßen davon leben zu können. Ältere Personen, die nicht mehr arbeiten können oder wollen, haben dagegen häufiger mit materiellen Problemen zu kämpfen. Rentnerhaushalte gehören zu den für die Südtiroler Situation am stärksten durch Armut gefährdeten Gruppen.

Wie groß ist diese Gruppe? Immerhin ein Drittel aller Haushalte bezieht seine Einkünfte zur Hauptsache aus Renteneinkünften. In 55,9% der als „relativ arm“ eingestuften Haushalte gibt es keine Erwerbstätigen. In den meisten Fällen dieser rund 15.000 Haushalte ist deren Haupteinkommensquelle eine Altersrente. Der Zusammenhang zwischen der Abhängigkeit von einer Rente und der Armutsgefährdung ist eindeutig. Vor allem allein lebende Personen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, sind in hohem Ausmaß armutsgefährdet. Aus demographischen Gründen sind es mehrheitlich Frauen. Laut ASTAT waren 1998-99 rund 9.500 der alleine lebenden Nichterwerbspersonen und rund

4.700 der in einem Familienhaushalt lebenden Nichterwerbspersonen relativ arm. Bei 25% der über 65jährigen betrug das persönliche Gesamteinkommen im Jahr weniger als 9 Millionen Lire (4.500 Euro). Somit bezog ein wesentlicher Teil der älteren Menschen ein Einkommen unter dem damaligen Niveau des Lebensminimums (heute: soziales Mindesteinkommen).



Dank der zunehmenden Erfüllung der Rentenversicherungspflichten durch die Arbeitgeber und des steigenden Lohn- und Gehaltsniveaus nimmt auch der Durchschnittsbetrag der vom INPS-NISF ausgezahlten Alters- und Dienstaltersrenten weiter zu. Diese Entwicklung wird allerdings dann ihr Ende finden, wenn die erste Rentnergeneration auf Grundlage des neuen Beitrags-Rentensystems Renten in Anspruch nehmen wird, die wesentlich unter dem zuletzt bezogenen Lohnniveau liegen werden.

Alters- und Dienstaltersrenten in Südtirol 1998-2003 (Durchschnittsbeträge in Euro)

	Dienstaltersrente			Altersrente		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
1998	829,25	512,96	777,97	521,99	374,41	427,65
1999	856,72	533,4	803,36	542,95	381,09	438,38
2000	886,02	555,49	830,78	552,02	388,02	444,65
2001	924,7	586,2	866,86	569,77	398,93	456,26
2002	975,79	619,95	913,32	596,4	419,54	476,98
2003	1009,75	648,46	943,31	611,63	430,4	487,04

Quelle: INPS Bozen/AFI, 2005

Insgesamt liegt der Durchschnittsbetrag der Renten in Südtirol unter dem gesamtstaatlichen Durchschnitt. Die durchschnittliche Altersrente übersteigt nur knapp die vom Land amtlich festgelegte Sozialhilfeschwelle.

In Südtirol gezahlte INPS-Renten und Durchschnittsbeträge 1998-2003

	Zahl der Renten (alle Rentenformen)	Durchschnittsbetrag (Euro)
1998	113.205	468,19
1999	113.633	484,06
2000	113.780	499,77
2001	113.977	520,41
2002	114.069	552,61
2003	115.614	574,38

Quelle: INPS Bozen/AFI, 2005.

Hier muss berücksichtigt werden, dass ein Teil der Rentner/innen mehrere Renten (z.B. eine Alters- und eine Hinterbliebenenrente bezieht und somit insgesamt finanziell besser dasteht.

Auch der Sozialhilfebezug weist auf die besondere Armutsgefährdung der Rentner hin. Die Sozialhilfeempfänger sind zum Großteil allein stehende Personen (57%), vor allem Frauen, die als Witwen auf eine niedrige Hinterbliebenenrente als Haupteinkommensquelle angewiesen sind. Viele Frauen der älteren Generation waren jahrzehntelang ausschließlich im Haushalt und in der Kindererziehung tätig und konnten nur gelegentlich oder unregelmäßig einer Erwerbsarbeit nachgehen. So konnten sie keinen Anspruch auf eine volle Altersrente erwerben. Auch die Rentenversicherungsverläufe von berufstätigen Frauen sind in Südtirol oft sehr lückenhaft, bedingt durch die häufigen Berufswechsel mit dementsprechenden Einstiegsgehältern, Wiedereinstieg, Kinderpause, Teilzeitarbeit, eingeschränkt durch Betreuungspflichten, die vor allem Frauen tragen.

Die Zusammensetzung der älteren Bevölkerung Südtirols

Im Jahr 2004 waren über 76.000 Personen 65 Jahre alt oder älter. Man unterscheidet heute zwischen dem dritten Alter (65 bis 75 Jahre) und dem vierten Alter (über 75 Jahre). Über 75jährige befinden sich in steigendem Maß in prekäreren gesundheitlichen Zustand oder in Pflegebedürftigkeit. Auch die Zahl und der Anteil der über 85jährigen nimmt stetig zu.

Die Zahl der älteren Menschen nimmt aus zwei Hauptgründen zu: erstens, weil die durchschnittliche Lebensdauer steigt; zweitens weil jetzt geburtenstärkere Nachkriegsjahrgänge langsam das Rentenalter erreichen. Der Anteil der alten Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt, weil die Geburtenrate sinkt. 2003 lebten in Südtirol in 31% aller Haushalte mindestens eine Person mit 65 oder mehr Jahren, also in fast 56.000 Haushalten. Aber nur ein Viertel dieser Haushalte bestehen aus Angehörigen mehrerer Generationen. Gut 40.000 dieser Haushalte bestehen aus älteren Menschen, allein lebend oder als Paar. Dies zeigt, dass man in unserer Gesellschaft immer mehr von der Mehrgenerationenfamilie abgekommen ist und sich nur mehr in Kernfamilien organisiert bis zum Zeitpunkt, wo die eigenen Kinder wieder eine Kernfamilie gründen.

Aufgrund der höheren Lebenserwartung und des früher niedrigeren Heiratsalters der Frauen entstehen im Alter deutlich verschiedene Familiensituationen. Mehr als drei Viertel der Männer mit 65 oder mehr Jahren leben in einer Partnerschaft, eventuell auch mit Kindern. Auch 55% der Frauen leben bis zum 75. Lebensjahr als Paar eventuell auch noch mit Kindern zusammen. Aber ab 75 leben bereits die Hälfte der Frauen alleine, weil sie verwitwet sind oder aus anderen Gründen. Der Anteil der Frauen steigt aufgrund der längeren Lebensdauer mit zunehmendem Alter immer mehr an. Bei den über 85jährigen sind es schon 70%.

Quelle: ASTAT-Info 27, *Altsein in Südtirol*, Bozen 2003

Die Alterung der Südtiroler Bevölkerung 2000-2015

	Gesamtbevölkerung	65+ absolute Zahl	65+ in %	75+ absolute Zahl	75+ in %	85+ absolute Zahl	85+ in %
2000	464.530	71.932	15,5	31.947	6,9	8.853	1,9
2005	476.794	81.520	17,1	38.495	8,1	8.824	1,9
2010	483.465	90.263	18,7	43.042	8,9	12.129	2,5
2015	485.945	96.776	19,9	47.383	9,8	14.183	2,9

Quelle: Abteilung Sozialwesen, *Sozialbericht 2002*, Bozen 2003

Bei Pflegebedürftigkeit fallen öfters Menschen unter die Armutsgrenze, die nie als armutsgefährdet gegolten haben. Der Grund dafür liegt in den hohen Kosten der Pflege und medizinischen Versorgung. Für viele Rentner in Südtirol ist die materielle Versorgung noch ein Problem. Dies zeigt auch die in den letzten Jahren stark angestiegene Inanspruchnahme des Pflege- und Begleitgeldes des Landes. Aufgrund geringer Renten leben sie in sehr eingeschränkten Verhältnissen und sind von Zuwendungen ihrer Kinder abhängig. Oft wagen es eigentlich anspruchsberechtigte Rentner nicht, Ergänzungsleistungen wie z.B. das soziale Mindesteinkommen zu beantragen. Viele Rentner hatten zeitlebens nicht die Mittel oder sahen sich aufgrund der Pflichtversicherung nicht veranlasst, eine Zusatzaltersrente aufzubauen oder Ersparnisse anzulegen.

Das Gespräch

Die älteren Menschen: armutsgefährdet?



Thea Renzler, Bezirkssekretärin der Rentnergewerkschaft des SGB/CISL im Pustertal und Präsidentin des Vereins VOLONTARIAT

Welche Erfahrungen machen Sie mit der Armut im Alter?

Renzler: Eigentlich dürfte es ja Armut in einem wohlhabenden Land wie Südtirol gar nicht mehr geben. Aber in den Versammlungen vor Ort bekommen wir viel von ganz existenziellen Problemen mit und können viel beobachten. Was mich erschreckt, ist die wachsende Unsicherheit und Angst unter älteren Menschen. Dabei geht es um existenzielle Ängste. Diese Rentnergeneration hat um Arbeitnehmerrechte gekämpft. Jetzt sehen sie sich damit konfrontiert, dass die Kaufkraft ihrer Renten ständig abnimmt. Es gibt jetzt alte Menschen, die sich trotz dringender Erkrankungen nicht mehr trauen, in die Erste Hilfe-Station der Krankenhäuser zu

kommen. Die Menschen sind psychisch verunsichert worden. Dann die steigenden Lebenshaltungskosten. Abends sieht man in den Supermärkten viele alte Menschen, weil Obst und Gemüse dann verbilligt abgegeben wird. Doch die meisten Alten schämen sich, über ihre Armut zu reden und zeigen sie in keinem Fall.

Nutzen die Rentner die ihnen zustehenden Sozialleistungen?

Renzler: Nur zum Teil, aber wir beraten sie dabei. Bei den Sozialleistungen muss man den alten Menschen auch vermitteln, dass es nicht um Betteln geht, sondern um Rechte, um Rechtsansprüche auf Unterstützung. Man muss sie dabei unterstützen, ihre Rechte dann in den Ämtern konkret wahrzunehmen. Viele gehen nicht in die Sozialsprengel, weil sie es nicht mit ihrer Selbstachtung vereinbaren können. Wir sehen schon, wie hart sich viele Ältere tun.

Wird die Pflegeversicherung die Lage der Südtiroler Rentner verbessern?

Renzler: Für die heutigen Rentner ändert die Pflegeversicherung zunächst nichts, es geht ja um die zukünftige Finanzierung der Pflege. Hier muss ein sozial gerechter Finanzierungsmodus gefunden werden. Vorgeschlagen wurde, den Beitragssatz an die Einkommenssteuer zu knüpfen. Aber wer zahlt die Steuern bis zum letzten Euro? Die Arbeitnehmer. Ist es dann sozial gerecht, wenn Selbstständige bloß einen Beitrag leisten, der weit unter dem zustehenden Betrag liegt? Das Gesamteinkommen und das Vermögen wären die eigentlichen Bezugsgrößen. Die Pflegeversicherung muss auch Ansprüche auf Leistungen begründen. Beim derzeitigen Standard muss der Betroffene für die Pflege immer auch mitzahlen.

Altersarmut ist im Steigen und davon sind anscheinend vor allem Frauen betroffen. Warum?

Renzler: Es ist klar, dass Frauen eine durchschnittlich geringere Rente beziehen als Männer. Es hängt davon ab, ob jemand alleine lebt oder zwei Renten im Haushalt vorhanden sind. Die Grundausgaben sind immer dieselben, dann können die wichtigsten Kosten ja geteilt werden. Aber 450.- Euro reichen nicht, um über die Runden zu kommen. Wenn jemand seine Wohnung selbst besitzt, mag es noch angehen, nicht aber, wenn jemand auch Miete und hohe Nebenkosten zu zahlen hat. Für alte Menschen fallen öfter Gesundheitsausgaben, Kuren, Pflegekosten ins Gewicht. 2004 war die programmierte Inflation auf 1,9% festgelegt, das soziale Mindesteinkommen ist aber nur um 1,8% erhöht worden. Somit ist nicht einmal die ISTAT-Inflation ausgeglichen worden. Es müsste ein altersgerechter Warenkorb festgelegt werden, denn viele Konsumgüter von jüngeren Familien sind für die Älteren gar nicht relevant.

Ist die Fähigkeit zum einfacheren Leben verloren gegangen?

Renzler: Viele Familien leben heute über ihre Verhältnisse, weil man mit dem allgemeinen Standard mithalten will. Wenn sie's nicht tun, werden sie ausgegrenzt, das sind die brutalen Tatsachen. Umdenken ist schwer, wenn man von Kind auf immer alles bekommen hat, dann kann man nicht mehr zurück. Wenn ich immer in Watte gepackt bin, werde ich nie Verant

wortungsbewusstsein entwickeln. Das Hauptproblem sind aber die hohen Lebenshaltungskosten: die Einkaufstouren nach Innsbruck und ins Trentino machen die Familien nicht etwas deshalb, weil es ein schönes Abenteuer wäre, sondern, weil sie durch die hohen Preise in Südtiroler Handel dazu gezwungen werden. Die Leute orientieren sich nur an den günstigen Angeboten. Wenn jemand unter Kostendruck steht, muss er genau auswählen.

Wie sollte die Politik die Armut besser bekämpfen?

Renzler: Die Rentnergewerkschaften fordern, dass die Kaufkraft von Löhnen und Renten erhalten bleibt. Man könnte zum Beispiel ein halbes Jahr für alle als freiwilligen sozialen Dienst einführen, als eine soziale Bürgerpflicht. Wenn jemand sich dann mit dem Herzen in sozialen Notlagen in unserem Land einsetzt, wird er eine Erfahrung für sein Leben machen. Junge Menschen sind dazu sehr wohl bereit, Freiwilligendienst zu leisten, wir haben diese Erfahrungen mit Maturanten in Bruneck gemacht, die Menschen mit Behinderung dann viel unbeschwerter begegnet sind und ganz zwanglos mit alten Menschen im Altersheim umgehen lernten.

Was tut eine Rentnergewerkschaft?

Renzler: Die Rentnergewerkschaften können nicht nur die wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Rentner vertreten, sondern auch mehr Zusammengehörigkeitsgefühl unter Rentnern und Rentnerinnen fördern. Sie sind mehr als Altenclubs. Sie kümmern sich umeinander und organisieren selbstständig ihre Zeit. In den Städten sind soziale Kontakte schwieriger herzustellen. Das kann man an der Oberfläche gar nicht nachvollziehen. Wenn jemand in Austausch mit Freunden steht, geht es ihm auch gesundheitlich besser. Wir leisten jährlich an die 12.000 unvergütete Volontariatsstunden, keine spezifischen Pflegeleistungen, aber jede Art allgemeiner Betreuung. Auch Nicht-Gewerkschafter können beim Verein mitmachen. Wenn unsere Mitglieder etwas geben können, sind sie viel zufriedener. Die Leute identifizieren sich mit dem Verein und wir tun alles, um immer mehr Leute mit einzubeziehen.

Allgemein gilt für betagte Mitbürger, dass Armut in verschiedenen Aspekten auftreten kann, nicht nur in der Form von Einkommensarmut, sondern auch als Mangel an sinnvoller Beschäftigung, an Interessen, an Mobilität, an sozialen Kontakten, an Gesundheit. Belastend ist das Gefühl für viele ältere Menschen, nicht mehr gebraucht zu werden. Die Teilnahme der älteren Menschen am gesellschaftlichen Leben, die Vergrößerung der sozialen und wirtschaftlichen Kluft zwischen den Generationen, aber auch zwischen den verschiedenen sozialen Schichten der älteren Mitmenschen. Studien weisen darauf hin, dass unter den Senioren selbst sich eine wachsende Wohlstandsschere aufbaut, und zwar zwischen den „Mindestrentnern“ auf der einen Seite und den mittleren und oberen Einkommensschichten auf der anderen Seite, die durch Ersparnisse oder Erbschaften Vermögen bilden konnten.

Die gesellschaftlichen Vorstellungen vom Alter sind immer noch von der Defizittheorie des Alterns geprägt: danach ist Altern gleichbedeutend mit unaufhaltsamem Verfall und Verlust geistiger und körperlicher Fähigkeiten. Dies führt dann zu einem allmählichen Rückzug aus der Öffentlichkeit, der Lösung von sozialen Kontakten und zum Abbau persönlicher Aktivität. Doch hat physische und psychische Gesundheit sehr viel mit dem soziokulturellen Umfeld und den herrschenden Wertvorstellungen zu tun. Eine Gesellschaft, die Jugendlichkeit und modernen Lebensstil in den Brennpunkt rückt, muss das Alter entwerten. Das Bild der Alten in unserer Gesellschaft ist nicht jenes des „glücklichen Weisen“, sondern des gebrechlichen Alterheimsbewohners. Doch liegt gerade in den Älteren ein außerordentlich vielfältiges Fähigkeits- und Erfahrungspotenzial, Unmengen an geistigen, intellektuellen und kreativen Kapazitäten, die aber noch zu wenig gefördert und genutzt werden.



Armut bei Alleinerziehenden und kinderreichen Familien

Vor nicht langer Zeit sah die Welt von Yvonne noch rosig aus. Sie hatte Familie, Kinder und ein kleines Geschäft, das sie mit großem Einsatz aufgebaut hatte. Es war ihr klar, dass die ersten Jahre als Unternehmerin nicht gerade leicht sein würden, doch mit wenig Ertrag hatte sie nicht gerechnet. Das Geschäft ging immer schlechter und irgendwann kam die traurige Gewissheit, dass sie es wohl doch schließen müsste. Übrig blieben nur Schulden.

Als dann auch noch ihre Ehe innerhalb kürzester Zeit in die Brüche ging, brach sie fast zusammen. Sie hatte drei kleine Kinder zu versorgen, einen hohen Schuldenberg und einen Ex-Mann, der – ebenfalls verschuldet – keinen Unterhalt zahlen konnte.

Ihre Eltern unterstützten sie: Yvonne kann mit ihren drei Kindern vorläufig bei ihnen wohnen. Doch für die sechs Personen bietet die kleine Wohnung auf Dauer nicht genügend Platz. In dieser Situation erfährt Yvonne auch noch, dass sie erneut schwanger ist. Die nächsten Mahnungen flattern ins Haus, der Unterhalt wird auch nicht bezahlt. Yvonne ist verzweifelt und weiß nicht mehr weiter.

Kinderreiche Familien und Teilfamilien, also Familien mit einem allein erziehenden Elternteil, weisen in ganz Europa ein erhöhtes Armutsrisiko auf. In Südtirol gab es offiziell am 31.12.2002 23.712 Haushalte, die aus nur einem Elternteil mit mindestens einem Kind bestanden. Dies entsprach rund 13% der Haushalte insgesamt und gar 26% der Haushalte, in denen Kinder leben. Hervorzuheben gelten im Zusammenhang mit der Armutsbedrohung die Teilfamilien mit mindestens einem minderjährigen Kind (10.623). Das sind ungefähr 21% aller Haushalte mit minderjährigen Kindern und rund 45% der gesamten Alleinerziehenden.²¹ Die Zahl der Teilfamilien hat von 1990 bis 2002 um 36% zugenommen, doch trotz starker Steigerung bilden die allein erziehenden Väter erst 20% der Teilfamilien. Die größte Gruppe bilden geschiedene und getrennt lebende Elternteile, dann ledige und verwitwete Elternteile. Diese Daten müssen mit großer Vorsicht betrachtet werden. Vor allem ist zu berücksichtigen, dass bei einem beträchtlichen Teil der Teilfamilien die Kinder schon volljährig und erwerbstätig sind, aber noch im elterlichen Haushalt leben. Bei solchen Teilfamilien ist eine Armutslage weit weniger wahrscheinlich. 2002 lebten 15.304 Minderjährige und 19.590 Volljährige mit nur einem Elternteil zusammen. Mehr als die Hälfte der „Alleinerziehenden“ sind älter als 50 Jahre. Berücksichtigt man diese Verteilung befinden sich wahrscheinlich maximal 10.000 Teilfamilien in einer Situation mit Armutsrisiko.

Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern nach Anzahl der Kinder und Familienstand des Elternteils – 2002

Anzahl der Kinder	Alleinerziehende mit mindestens einem minderjährigen Kind							Paare mit minderjährigen Kindern
	Ledig	Verheiratet	Verwitwet	Geschieden	Insgesamt	Vater	Mutter	
1	71,5	52,6	63,1	65,8	64	64,5	63,8	40,3
2	24,7	37,1	28,4	28,4	29,4	29,8	29,3	43,7
3	3,1	8,9	6,5	5	5,5	4,4	5,8	13
4	0,5	1,2	1,4	0,5	0,8	0,9	0,8	2,5
5 und mehr	0,3	0,2	0,6	0,2	0,3	0,4	0,3	0,5
Insgesamt	100%	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: ASTAT-Info Nr. 04, Februar 2004

Teilfamilien setzen sich zu rund 64% aus dem Elternteil und einem einzigen Kind zusammen. Drei Kinder haben nur rund 5% der Alleinerziehenden. Da die Alleinerziehenden aufgrund der Familien- und Erziehungsarbeit nur sehr beschränkt erwerbstätig sein können, sind viele Familien von Einkommenshilfen von außen abhängig, vor allem von den Unterhaltszahlungen bei geschiedenen oder getrennten Ehepartnern oder von der öffentlichen Sozialhilfe (soziales Mindesteinkommen). Das geringere Einkommen der Alleinerziehenden führt auch oft zur sozialen Randstellung der Kinder. Festgehalten werden muss, dass nicht das Alleinerziehen als solches zu relativer Armut führt, sondern die ökonomische Ausgangslage, die eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten, das soziale Umfeld und die Zahl der Kinder. In Deutschland und Österreich tragen Alleinerziehende, die zum Großteil Frauen sind, das höchste Armutsrisiko überhaupt. Diese Form des Armutsrisikos ist nicht an sich „weiblich“, sondern ergibt sich daraus, dass man die Kinder in der Regel den Müttern zuspricht.

Es gibt in allen modernen Industriegesellschaften einen Trend zur breiteren Auffächerung der Lebens- und Familienformen: die Zunahme nichtehelicher Elternschaft, kinderlose Paare, immer mehr Teilfamilien. Südtirol bildet da keine Ausnahme mehr. Die Zahl der Eheschließungen stagniert, jene der Trennungen und Scheidungen nimmt zu. Bei einer Scheidung bzw. Trennung erhält die Mutter in neun von zehn Fällen die Kinder zugesprochen. Die soziale Bewertung gegenüber Alleinerziehenden ändert sich langsam: eine allein erziehende Mutter hat heute in der Südtiroler Gesellschaft eine andere Position als vor 10 oder 20 Jahren. Doch komplexere Familienstrukturen führen auch zu neuen Problemen, zu neuen Belastungen, der manche Eltern oder Elternteile nicht gewachsen sind. Trennung und Scheidung schafft für den alleine erziehenden Elternteil eine erhebliche Belastung. Was vorher von zwei Personen geleistet worden ist, muss nun ein Elternteil (fast) alleine schaffen. Auf der Einnahmenseite entfällt das bisherige Haupteinkommen der Familie, auf der Ausgabenseite fallen dabei die Wohnungskosten am stärksten ins Gewicht. Im Allgemeinen geben Haushalte mit Kindern im Durchschnitt 30% ihres Einkommens fürs Wohnen aus, während Haushalte ohne Kinder nur 20% ausgeben.²² Alleinerziehende verbleiben nach der „Kinderphase“ in Armut, weil sie den Anschluss im Berufsleben verpassen. Die Erziehung der Kinder entzieht viele Alleinerziehende dem Erwerbsleben. Ein reiner Frauenhaushalt kann der Armutssituation weniger entkommen, weil mehr Betreuungsarbeit zu leisten ist, und gleichzeitig weniger Chancen auf Erwerbsarbeit vorhanden sind. Der Grund für geringere Chancen liegt aber auch in der geringeren Qualifikation und geringeren Mobilität der Mütter. Nach einer Trennung gerät nicht nur die Frau in materielle Not, weil sie ihre Erwerbsarbeit oft aufgeben muss, sondern zunehmend auch die Männer, die durch die Alimentenverpflichtung und neue Wohnungskosten belastet sind.

Die knappe Mehrheit der Alleinerziehenden hat nur ein Kind zu versorgen. Man vermutet seitens der politisch Verantwortlichen unter dieser Gruppe einen höheren Anteil von „Schein-Alleinerziehenden“, also de-facto-Paaren, die einen getrennten Wohnsitz, aber eine gemeinsame Wohnung haben. Beim neuen regionalen Familienpaket erhalten Alleinerziehende mit einem Kind keine Förderungen, sondern können nur 80 Euro Landes-Kindergeld bis zum 3. Lebensjahr des Kindes beziehen. Alleinerziehende mit mindestens zwei Kindern wurden bisher bevorzugt, und zwar beim ergänzenden Familiengeld der Region, dem einmaligen Geburtengeld (2.286 Euro) und beim monatlichen Erziehungsgeld (183 Euro), das bis zum 2. Lebensjahr des Kindes ausbezahlt wurde. Das Geburten- und Erziehungsgeld ist nun durchs neue Familiengeld der Region ersetzt worden.

Das Gespräch

Betrifft Armut mehr die Frauen als die Männer?



Christine Walzl, Gleichstellungsrätin der Aut. Provinz Bozen, Gewerkschafterin des AGB/CGIL

Das Armutsrisiko ist für allein stehende ältere Frauen besonders hoch. Warum?

Walzl: Die heutigen Rentnerinnen, die vor 1940 geboren sind, hatten andere Versicherungsverläufe als die jüngeren Arbeitnehmerinnen. Die Erwerbstätigkeit der Frauen war damals viel geringer und viele erwerbstätige Frauen waren überhaupt nicht versichert. Das wirkt sich krass aus, denn all die Defizite jener Jahre werden heute in der Rente wirksam. Dies ändert sich jetzt, weil immer mehr Frauen für Jahrzehnte eine regulär versicherte Erwerbstätigkeit ausüben.

Gibt es heute noch die Gefahr solcher Versicherungslücken?

Walzl: Ja, und zwar für viele Frauen, die in der besten Zeit der Erwerbstätigkeit etwa zwischen 20 und 40 wegen der Kinder zuhause geblieben sind, oder aus anderen Gründen die Erwerbsarbeit unterbrochen haben. Aufgrund der Erziehungsarbeit fangen immer noch viele Frauen erst später mit einer Erwerbstätigkeit an und arbeiten dann oft in geringer qualifizierten Branchen und Positionen. Das Modell der Familie mit dem Mann als Alleinverdiener und der Frau als Hausfrau und Mutter ist nicht mehr wirksam. Es ist heute nicht nur so, dass Frauen gerne wieder arbeiten möchten, sondern sie müssen arbeiten,

weil ihr Einkommen für den Familienhaushalt benötigt wird. Früher haben viele Frauen lange nicht gearbeitet und dann gab es kaum mehr Chancen, in einen qualifizierten Beruf einzusteigen. Es gibt heute noch viele Frauen, die eine relativ kurze Erwerbs- und Versicherungszeit aufweisen, das sind die Sozialrentnerinnen der Zukunft. Viele finden dann ab 40 nur mehr Teilzeitstellen. Auch das wirkt sich negativ auf die Rentenversicherung aus. Andererseits darf man sich in der heutigen Rentendiskussion auch nicht völlig darauf fixieren, die Versicherungszeit nie zu unterbrechen. Es ist auch wichtig, dass Mütter sich genauso wie Männer Zeit für die Erziehungsarbeit und die Familie nehmen können, wenn sie es wünschen, und damit nicht riskieren, im Alter in Armut zu geraten. Das ist genau abzuwägen und mit Hausverstand anzugehen.

Grundsätzlich sollte sich aber jede Frau eine eigenständige Altersrente aufbauen?

Walzl: Die Gesellschaft ist sehr dynamisch, aber diese Renten-Eigenständigkeit liegt nicht nur in Risiko der Trennung, das ist nur einer der Gründe. Es gibt viele Variablen. Es kann der Verlust des Arbeitsplatzes sein oder andere Lebenskrisen. Wenn eine Frau rentenmäßig abgesichert ist, kann sie ab und zu eine Auszeit für die Weiterbildung und Umschulung nehmen. Für Alleinerziehende ist dies alles sehr viel schwieriger. Frauen müssen sich schützen und selbst was tun, auch wenn es nicht immer leicht ist. Heute geht es nicht darum, dass Frauen nur arbeiten wollen, sie müssen es. Es hat sich viel verändert, die Lebenshaltungskosten sind hoch und meistens braucht es zum Erhalt einer Familie mit mehr als einem Kind zwei Einkommen. Dazu braucht jede Frau einen bestimmten Grad an Absicherung und zumindest die potenzielle Eigenständigkeit. Andererseits leben wir in Südtirol noch zu sehr in einer Gesellschaft, die nach traditionellen Werten und Rollenvorstellungen ausgerichtet ist. Die Realität hat uns längst überholt.

Unsere Gesellschaft modernisiert sich, die Frauenerwerbstätigkeit in Südtirol hat zum Niveau in Deutschland und Österreich aufgeschlossen. Bei der Erwerbsbeteiligung sind Frauen nicht mehr diskriminiert. Wo dann?

Walzl: Wegen der genannten Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie haben Frauen eine durchschnittlich geringere Versicherungszeit als Männer und wegen der geringeren Löhne geringere Rentenbeiträge. Das führt zu insgesamt geringeren Durchschnittsrenten im Alter. Darüber hinaus gibt es noch Unterschiede zwischen Sektoren, nämlich zwischen dem öffentlichen Dienst und dem Privatsektor. Es gibt Aspekte, die im öffentlichen Dienst günstiger geregelt sind, Errungenschaften, die man verteidigen muss. In der Privatwirtschaft sind verschiedene Rechte noch zu auszubauen, wie z.B. die Karenzregelungen. Es geht um den Ausbau von Rechten wirtschaftlicher Natur, aber auch rechtlicher Natur, die Frauen die Möglichkeit geben, bestimmte Momente anders zu überbrücken. Dass die Privatwirtschaft ganz zum öffentlichen Dienst aufschließt, ist nicht machbar, weil sie sich nicht nur mit dem Südtiroler Markt, sondern mit dem globalen Markt messen muss. Wir haben einen gewissen Gegensatz zwischen privat und öffentlich, weil ein hoher Anteil von Frauen im öffentlichen Dienst arbeitet und viele Frauen dort eine Berufstätigkeit anstreben. Nun kann nicht die Privatwirtschaft einfach die Regelungen des öffentlichen Dienstes übernehmen, aber es lässt sich noch Vieles verbessern. Eine bessere Absicherung von Frauen im Privatsektor würde auch verhindern, dass der öffentliche Dienst auf dem Arbeitsmarkt sozusagen unlautere Konkurrenz betreibt.

Das Armutsrisiko ist unter den Alleinerziehenden größer. Wie kann das Abrutschen in relative Armut bei diesen Teilfamilien verhindert werden?

Walzl: Es gibt sehr viele Alleinerziehende und manche sind auch von Armut betroffen, vor allem wenn mehrere Kinder vorhanden sind. Bei der Häufigkeit der Trennungen und Scheidungen bildet Südtirol im Vergleich mit anderen Regionen keine Ausnahme mehr. Für Frauen mit Kindern ist das eine große Herausforderung. Sie müssen ihre Erwerbs- und Erziehungsarbeit sehr gut organisieren. Ich war selbst eine Zeit lang Alleinerzieherin. Man muss diese Rolle akzeptieren und darf sich nicht als Opfer fühlen. Am besten ist es, wenn man die Situation anpackt, die Verantwortung voll übernimmt. Der Unterhaltsvorschuss ist wichtig, aber viele Frauen müssen ihre Alimente erst einmal wirklich einfordern. Emotional ist das oft so belastend für Frauen, so dass sie von vornherein darauf verzichten. Frauen haben manchmal nicht die Kraft, lange Prozesse durchzustehen. Es wäre wichtig, zwecks Arrangement zwischen den Ex-Partnern eine öffentliche Vermittlungsstelle anzubieten.

Das neue Familienpaket versucht die Erziehungszeit von Kindern in den ersten drei Lebensjahren abzudecken. Dann gibt es das neue Kindergeld des Landes. Sind diese Maßnahmen ausreichend, um Armut bei kinderreichen Familien zu verhindern?

Walzl: Es geht in die richtige Richtung, aber man muss einige Voraussetzungen schaffen. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, wo eine Frau nach einer Mutterschaft wieder arbeiten können soll, wenn sie dies wünscht. Ebenso möchte ich Betriebe, die mit

Teilzeit und flexiblerer Arbeitsorganisation Frauen entgegenkommen. Genauso soll es bei uns möglich sein, dass eine Frau für einen längeren Zeitraum daheim bleiben kann. Es gibt eben Frauen, die sofort in den Beruf zurück wollen und ihre Kinder ganztägig in offenen Tagesstellen mit flexiblem Stundenplan unterbringen wollen. Auch längere Auszeiten sollten möglich sein, verschiedene Arbeitszeiten, mehr Kinderbetreuungseinrichtungen: hier müssen sich auch die Betriebe mehr engagieren. Lösungen sind auf mehreren Ebenen anzustreben. Es gibt bei den Betrieben noch sehr viel zu tun und die Rahmenbedingungen dafür sind auch vorhanden.

Was können die Gewerkschaften in Sachen Armut tun?

Walzl: Wir müssen alle unsere Verantwortung übernehmen. Betrachten wir z.B. die Zusatzrente. Seit 2000 gibt es den Laborfonds, den regionalen Zusatzrentenfonds. Zu diesem Thema haben wir als Gewerkschaften mit jungen Leuten gesprochen und festgestellt, wie wenig Information die jüngeren Leute haben, nicht nur über die neue Zusatzrente, sondern auch über das alte Rentensystem. Seit der Pensionsreform sind wir ja alle im Beitragssystem, doch kaum jemand weiß es. Unterversicherung wird ein Problem, aber wir wissen nicht, was da auf uns zukommt. Man muss heute schon als junger Mensch an die Rente denken. Es ist schlimm, wenn man sieht, wie viele atypische und prekäre Arbeitsverhältnisse vorhanden sind. In 20-30 Jahren wird man ganz andere Beträge als Rente beziehen als heute. Damals waren 80-90% des Grundlohns gängig, in Zukunft wird es vielleicht eben noch die Hälfte sein.

Jüngere Leute sind heute stark konsumorientiert: mit ein Grund für die Überschuldung?

Walzl: Man setzt alles daran, sofort einen bestimmten Konsumstandard zu erreichen, ohne die langfristigen Bedingungen zu bedenken. Im Konsumverhalten liegt auch ein Grund für höhere Verschuldung. Auf der einen Seite steigen die Lebenshaltungskosten, auf der anderen Seite müssen wir wieder zu bescheideneren Lebensformen zurückfinden, weil wir diesen Rhythmus nicht halten können. Wer nicht mitkommt, ist weg vom Fenster. Da kann man auch bei sich selber anfangen. Gewisse Dinge muss man nicht mitmachen, gewisse Sachen braucht man nicht zu einem guten Leben. Wenn man nichts mehr selbst steuert, sondern nur mehr dem Konsumdruck der Moden ausgesetzt ist, hat das nichts mehr mit Lebensqualität zu tun. Überschuldet zu sein ist nicht angenehm, aber frei gewählte Grenzen können Sicherheit geben.

Haben Frauen im Allgemeinen ein höheres Armutsrisiko? Die immer noch ungleichen Chancen von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind nach der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte noch klarer zu Tage getreten. Frauen weisen mittlerweile im Durchschnitt denselben Bildungsgrad auf, haben jedoch immer noch durchschnittlich ein um 30% geringeres Einkommen (bei derselben Arbeitszeit). In vielen Sektoren des Arbeitsmarktes arbeiten gleich ausgebildete Männer und Frauen zu ungleichen Bedingungen und mit ungleichen Belastungen.

Netto-Durchschnittsverdienste im Monat von Männern und Frauen – 2003 (in %)

	Bis 800 Euro	800-1000	1000-1200	1200-1500	1500-2000	2000- Euro	
Männer	3,4	10,3	24,4	31,6	21,7	8,6	100,00%
Frauen	20,8	21,9	23,4	19,3	11,9	2,6	100,00%

Quelle: AFI/IPL, Die abhängigen Arbeitnehmer/innen in Südtirol, Bozen 2004

Trotz stark gewachsener Frauenerwerbstätigkeit in Südtirol (2004 hatten 61,2% der erwerbsfähigen Frauen zwischen 18 und 65 Jahren eine Beschäftigung), bleibt ein noch beträchtlicher Anteil von Frauen auf die Versorgung durch den Partner angewiesen. Von rund 155.000 Frauen der Altersgruppe 15-64 sind 95.400 erwerbstätig, 59.600 Frauen üben dagegen keine Erwerbstätigkeit aus und sind auch nicht versichert. 33% der Frauen arbeiten Teilzeit. 26% der Frauen mit Vollzeitbeschäftigung und mehr als 39 Wochenstunden Arbeitszeit verdienen weniger als 1000 Euro netto. Hier liegt noch ein gewichtiges Potenzial an Unterversicherung und damit an Armutsrisiko für das Alter.

Frauenarmut ist in unserer Gesellschaft eng mit den Ehe-, Familien- und Partnerschaftsstrukturen verknüpft. Stärker als bei anderen Erscheinungsformen von Armut liegen die Wurzeln der Frauenarmut in der Struktur unserer Gesellschaft begründet. Es beginnt bei der Schräglage auf dem Arbeitsmarkt mit geringer qualifizierten und bezahlten Positionen für Frauen und endet beim weit größeren Anteil an Haus- und Familienarbeit, den Frauen leisten. Oft befinden sich Frauen in tiefem Konflikt zwischen den Rollenerwartungen in Beruf und Familie. Immer mehr Frauen wollen auf die Verwirklichung in beiden Bereichen nicht verzichten. Ein Spagat, der umso schwieriger wird, je mehr Kinder da sind.

Die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf hat sich zwar etwas gebessert, vor allem durch ein höheres Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen, durch mehr Kinderbetreuungseinrichtungen, durch die Vollbeschäftigung in Südtirol allgemein. Eine erfolgversprechende Strategie gegen Armut muss die Funktion und Bedeutung der Familie hinterfragen. Auch die volle rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz, die Wahrung und Ausschöpfung der Bildungschancen, die Einlösung der Rechte auf Unterhaltszahlungen (Unterhaltsvorschusszahlung), sind anscheinend noch nicht ausreichend. Frauen leisten durch die Kindererziehung einen wesentlichen Beitrag für die Zukunft der Gesellschaft. Wenn daraus einem Teil der Frauen so gravierende Nachteile erwachsen, dass sie in Armut geraten, besteht Handlungsbedarf.



Armut und ArbeitsmigrantInnen

Armut ist Hamid Ali aus Pakistan eigentlich schon von Haus aus gewohnt. Aufgewachsen ist der hagere, leicht angegraute Mann in einem der rückständigsten Gebiete des pakistanischen Teils Kaschmirs, wo Armut nichts Besonderes ist. Seit seiner Kindheit ist er es gewohnt, mit dem Überlebensnotwendigen zurechtzukommen, aber seine Kinder sollen es einmal besser haben. Als er sich daran machte, eine eigene Familie und Existenz aufzubauen, bot ihm sein Heimatland keine Perspektive mehr. So ging Hamid wie Millionen seiner Landsleute den Weg der Emigration. Heute ist Hamid Ali um die 40 und lebt seit 1998 in Bozen. Er ist verheiratet und seine Frau mit den fünf Kindern konnten im Jahr 2003 nachkommen.

Vor 10 Jahren war Hamid in Rom angekommen, damals noch ohne offizielle Arbeitsgenehmigung. Dort lernte er schnell kennen, was es bedeutet, in einer teuren europäischen Metropole überleben zu müssen. Sein Geld war in den billigsten Pensionen schnell aufgebraucht. Hamid musste sich monatelang mit Schwarzarbeit und Gelegenheitsjobs bei pakistanischen Kleinunternehmern durchschlagen. Ungern erinnert er sich an die vielen Nächte im Freien in Rom, an die Polizeikontrollen, ans tagelange Anstehen bei der Quästur, bis er endlich seine Position legalisieren konnte und eine Aufenthaltsgenehmigung erhielt.

Von Bekannten aus Pakistan hatte er erfahren, dass man in Südtirol gut ins Gastgewerbe einsteigen konnte. „Provincia di Bolzano“: unter Pakistani wurde dieses Gebiet weit oben im Norden wie eine kleine Schweiz gehandelt, mit guten Arbeitschancen, besseren Löhnen und Sozialleistungen für alle. Schon träumte Hamid, die Hungerlöhne in Rom hinter sich lassen zu können, eine dauerhafte Stelle zu finden und endlich seiner Familie in Kaschmir kleinere Beträge überweisen zu können. Er hatte sich zu früh gefreut. Zwar fand er schnell eine Stelle als Abspüler in einem Bozner Gasthof, doch wie sollte man in Bozen mit 800 Euro im Monat überleben und noch sparen? Hamid Ali bezog mit anderen Pakistani eine Wohnung, doch obwohl er nur ein kleines Zimmer bekam, waren monatlich 400 Euro fällig. Hamid war es gewohnt, mit wenig auszukommen, aber seine Auslandskarriere hatte er sich anders vorgestellt. Zumindest bei seinem jährlichen Heimaturlaub, wollte er seinen Eltern und seiner Familie auch Geschenke und etwas Geld mitbringen können.

Langsam ging es aufwärts. 2003, fünf Jahre nach seiner Ankunft in Bozen, konnte er seine Frau und die Kinder - inzwischen war ein fünftes dazugekommen - nachkommen lassen. Sie lebten zunächst in einem Ausländerheim mit einem Dutzend anderer ausländischer Familien zusammen: gemeinsame Küche, gemeinsame Toiletten, dünne Wände. Fast täglich gab es Reibereien. Dann endlich bekam Hamid Ali vom Wohnbauinstitut eine 3-Zimmer-Sozialwohnung mit recht günstiger Miete in Bozen zugewiesen. Nach sieben Jahren Dienst ist sein Abspülerlohn auch etwas gestiegen und er bezieht das Kindergeld. Es reicht gerade zum Leben, in der gewohnten Bescheidenheit. Hamid weiß nicht, dass er und seine Familie in Südtirol zu den „relativ Armen“ gehört, aber nach all den Jahren der Entbehrung ist er jetzt zufriedener.

Seit rund 15 Jahren ist Südtirol zu einem Einwanderungsland geworden, zum Ziel von ArbeitsmigrantInnen aus aller Welt. Das Hauptmotiv für diese „neuen Einwanderer“ ist die Erwerbstätigkeit. Südtirols stetig wachsende Wirtschaft mit Branchen mit hoher saisonaler Beschäftigung und einem steigenden Angebot an gering qualifizierten Arbeitsplätzen, die Einheimische nicht besetzen können oder wollen, zieht Arbeitsmigranten und ihre Familien an, die sich auf Dauer in Südtirol niederlassen. Ende

2003 waren in Südtirol 19.185 Ausländer ansässig, was 4,1% der Wohnbevölkerung entspricht. 1993 hatte der Ausländeranteil noch bei 1,4% gelegen. Der größte Anteil (37,1%) stammt aus europäischen Nicht-EU-Ländern, gefolgt von den EU-Bürgern (vor allem Deutschen und Österreichern), den Afrikanern und Asiaten.

Obwohl der Nachweis eines Arbeitsplatzes bzw. einer Erwerbstätigkeit für Nicht-EU-Bürger die Voraussetzung für die Ausstellung oder die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung bildet, finden bei weitem nicht alle Arbeitsmigranten einen dauerhaften Arbeitsplatz und wenn ja, reicht das Einkommen für den Lebensunterhalt der Familie auch nicht immer aus. Ausländische Arbeitsmigranten gehören wie in der gesamten EU auch in Südtirol zum Potenzial „verdeckter Armut“ und bilden auch einen überproportionalen Anteil der bekämpften Armut in Form von Beziehern öffentlicher Sozialhilfe und Wohngeld. Die Zahl der Migranten unter den Sozialhilfeempfängern ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Beim sozialen Mindesteinkommen sind 24,6% der Leistungsempfänger Ausländer. In Bozen sind 37,4% der Leistungsempfänger Ausländer, obwohl ihr Anteil an der Stadtbevölkerung erst bei 5,5% liegt²³. Der Sozialhilfebezug ist für Ausländer allerdings auf zwei Monate pro Jahr begrenzt.

In einer ASTAT-Untersuchung²⁴ bezeichnen 59,3% einer Stichprobe von Ausländern in Bozen ihre eigene wirtschaftliche Lage als schlecht oder gar sehr schlecht, 40,7% als gut oder sehr gut. Dabei hat die Mehrheit der in Südtirol lebenden Nicht-EU-Bürger einen Arbeitsplatz, zwei Drittel sogar unbefristet. Immer mehr Ausländer finden Arbeit nicht nur auf saisonalen und gering qualifizierten Stellen, sondern auch in Tätigkeiten mittlerer Qualifikationsebenen.

Finanzielle Engpässe ergeben sich für die ArbeitsmigrantInnen aus den normalen Lebenshaltungskosten, vor allem aber den hohen Wohnungskosten in den Städten. Für viele ist diese prekäre Lage vorübergehend, eine Phase des Einstiegs in einem fremden Land mit all den damit verbundenen Problemen. Für andere ist „relative Armut“ allerdings ein chronischer Dauerzustand. Laut ASTAT haben Ausländer bei allen Ausgaben des täglichen Bedarfs und unabhängig von ihrem Einkommen größere finanzielle Probleme als Einheimische. Der deutlichste Unterschied ist bei den Mieten zu beobachten, die 21,6% der Ausländer, doch nur 6,7% der Inländer oft oder manchmal Schwierigkeiten verursachen. Für 33,6% der Ausländer in Südtirol ist die Unterkunft oder bezahlbarer Wohnraum das größte Problem, und zwar aus folgenden Gründen: 57,7% der Vermieter wollen keine ausländischen Mieter, 55,8% verlangen zu hohe Mieten. An Wohngemeinschaften von Ausländern wird höchst ungern vermietet.



Wovon leben Ausländer in Südtirol? Im Vergleich mit der einheimischen Bevölkerung leben Ausländer zu deutlich höherem Anteil von lohnabhängiger Arbeit und zu weit geringerem Anteil von einer Rente. Auch eine selbstständige Erwerbsposition haben sich Ausländer noch weit weniger aufbauen können. Kaum Ausländer leben vorwiegend auf Kosten der öffentlichen Hand (z.B. durch Arbeitslosenunterstützung oder das soziale Mindesteinkommen), aber anteilmäßig mehr vom Einkommen anderer Familienangehöriger. Dies ist auf die durchschnittlich größeren Familien der Ausländer zurückzuführen. Allerdings leben Ausländer in vielen Fällen allein in Südtirol, entweder weil sie noch keine eigene Familie haben oder diese im Heimatland verblieben ist.

Mehr als die Hälfte der Ausländer lebt gemäß dieser repräsentativen Umfrage mit weniger als 500 Euro pro Kopf, 30% verdienen zwischen 500 und 1.000 Euro pro Kopf. Daraus wird ersichtlich, dass die meisten lohnabhängigen Ausländer sich mit gering qualifizierten und entlohnten Arbeiten zufrieden geben. Da Ausländer in Südtirol mit relativ hohen Lebenshaltungskosten konfrontiert sind und oft eine größere Familie im Heimatland oder in Südtirol zu versorgen haben, sind sie von zwei Seiten durch Armut bedroht: dem geringen Lohneinkommen (Niedriglohnbereich) einerseits, den hohen Ausgaben für die Wohnung und Mietnebenkosten andererseits²⁵.

Der zentrale Indikator für relative Armut bei Ausländern ist die Wohnungsnot bzw. die Versorgung mit Wohnraum und seine Qualität. Die Probleme beginnen für Ausländer bereits bei der Wohnungssuche: in den Augen der interessierten ausländischen Mieter gibt es eine Mehrheit der Wohnungsbesitzer, die keine ausländischen Mieter akzeptieren. So kommt es, dass über 40% der Nicht-EU-Bürger über sechs Monate lang eine Mietwohnung suchen müssen.

Zufriedenheit der In- und Ausländer mit einigen Lebensaspekten

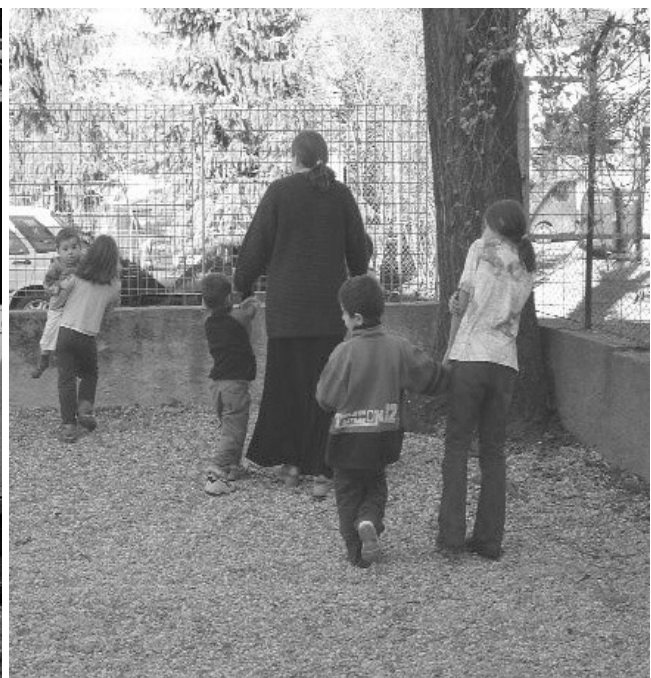
(%-Anteil der Antworten „sehr zufrieden“ und „ziemlich zufrieden“)

Lebensaspekte	Ausländer	Inländer
Arbeit	84,4	92,4
Wirtschaftliche Situation	71,5	80,7
Gesundheit	92,5	90,4
Beziehungen in der Familie	94,2	97,5
Beziehungen zu Freunden	90,8	94,1
Freizeit	70,2	80,8

Quelle: ASTAT, Ausländer in Südtirol 2002, Bozen 2004

So kann es nicht überraschen, dass ein Fünftel (22,4%) der Ausländer in Südtirol mit ihrer wirtschaftlichen Lage nicht zufrieden sind. Vor allem die jüngeren Ausländer sind in höherem Maße unzufrieden (31,4%). Der Zufriedenheitsgrad variiert auch nach der Herkunft der Ausländer. EU-Bürger (93,6%) sind mit ihrer finanziellen Situation weit öfter zufrieden als Nicht-EU-Bürger (68,5%). Die Mehrheit der Ausländer gibt an, dass sich ihre wirtschaftliche Lage langsam verbessert. Kein Wunder, wenn Ausländer sich in weit höherem Ausmaß ans Wohnbauinstitut wenden, um öffentliche Hilfen in Anspruch zu nehmen, sowohl in Form einer Sozialwohnung zur Miete als auch in Form des sog. Wohngeld als Mietenzuschuss. Bei den Sozialwohnungen ist die Lage anders: obwohl der Anteil der ausländischen Bevölkerung Ende 2003 erst bei 4,1% lag, besetzen Ausländer nicht einmal 1% der Sozialwohnungen des Wohnbauinstituts.

Für den Befund „relative Armut“ entscheidend ist jedoch nicht nur die gezahlte Miete, sondern vor allem auch die Qualität der Wohnungen. Hier gibt es laut ASTAT einen eklatanten Unterschied zwischen EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern. Während ein EU-Bürger-Haushalt im Schnitt 101 m² zur Verfügung stehen, sind es bei den Nicht-EU-Bürgern nur 65 m². Die Haushalte der Nicht-EU-Bürger bestehen aber zu mehr als 70% aus mehr als zwei Personen. Nicht-EU-Bürger leben demnach in viel gedrängteren Verhältnissen als EU-Ausländer oder gar Einheimische. Viele Wohnungen von Ausländern in Südtirol sind schlicht und einfach überfüllt, weil die Betroffenen keine größeren Wohnungen finden bzw. sie sich nicht leisten können.



Das Gespräch

Die neuen Zuwanderer und die Armut



Luigi Gallo, Leiter von Caritas Erstaufnahmestelle und Beratungsdienst für EinwanandererInnen in Bozen

In welcher Hinsicht sind Migranten in Südtirol von Armut betroffen?

Gallo: Ich möchte vor allem auf die qualitative Situation der Ausländer in Südtirol eingehen. Wir beraten sie in verschiedenen praktischen Belangen, und somit kommen wir eher mit Migranten in prekären Lebenslagen aller Art in Kontakt. Im Durchschnitt verdienen Migranten weniger als Inländer, doch hängt das von der Art der Berufstätigkeit ab. Ein Großteil der ausländischen Arbeitnehmer arbeitet in gering qualifizierten Positionen der verschiedenen Dienstleistungen, aber auch der Industrie.

Ausländer dienen immer mehr als eine Art Flexibilitätspuffer. Zum einen leisten sie viele Überstunden, zum anderen haben sie oft nur Verträge auf Zeit, z.B. als Leiharbeiter von Woche zu Woche. Um die Familie nachkommen zu lassen, müssen ansässige Ausländer ein Mindesteinkommen nachweisen, nämlich 4.800 Euro, was der derzeitigen INPS-Mindestrente entspricht. Dieser Grenzwert wird auch als Untergrenze für die Erneuerung der Aufenthaltsgenehmigung herangezogen. Die meisten Ausländer haben allerdings ein höheres Einkommen.

Inwiefern sind Ausländer von den hohen Lebenshaltungskosten betroffen?

Gallo: Die Lebenshaltungskosten sind hier für Ausländer tatsächlich hoch. Deshalb müssen auch die Frauen erwerbstätig sein. In einigen Kulturen, wie z.B. den südasiatischen, ist es den Frauen jedoch nicht erlaubt, erwerbstätig zu sein. In Südtirol besteht ein *circulus vitiosus*: zum einen die hohen Lebenshaltungskosten, zum anderen öffentliche Sozialleistungen und Wohnbauförderungen, die die Preise in die Höhe treiben. Die Ausländer können für die Miete das Wohngeld vom WoBi oder den Mietenzuschuss vom Sozialsprengel erhalten und das soziale Mindesteinkommen. Letzteres erhalten sie aber nur für zwei Monate pro Jahr, außer wenn es besondere Probleme mit Minderjährigen gibt. Daneben gibt es in begrenztem Umfang spezifische Sozialleistungen. Insgesamt sind Ausländer bei den Sozialleistungen den Inländern bei weitem noch nicht gleichgestellt.

Inwieweit schlagen die Wohnungskosten für Ausländer zu Buch?

Gallo: Wenn Ausländer in Bozen zur Miete wohnen, schlägt die Miete in der Regel stärker zu Buch als bei Einheimischen. Zum einen haben sie einen geringeren Durchschnittsverdienst, zum anderen müssen Ausländer eine Art „Zusatzsteuer“ in Form von Schwarzzahlungen, Anzahlungen und Vorauszahlungen leisten. Die Familien im Heimatland der Betroffenen verstehen dieses enorme Problem nicht immer. Hier spielen sich viele dramatische Familienkrisen ab, von welchen wir nur selten etwas mitbekommen. Alles in allem sind Ausländer aber bereit, für die Unterkunft in Bozen in der Anfangsphase mehr auszugeben.

Wie verbreitet ist Armut unter Ausländern?

Gallo: Viele Ausländer leben tatsächlich in relativer Armut, als „armer Arbeitnehmer“ trotz Beschäftigung und langen Arbeitszeiten. Sie entwickeln Überlebensstrategien, sie haben geringere Konsumansprüche. Man sieht die Ausländer z.B. nicht im öffentlichen kulturellen Leben in Bozen. Die Kaufkraft geht über das Lebensnotwendige kaum hinaus. Man bewegt sich in den Kreisen der eigenen Landsleute und die kostenintensive Freizeit, die für die Einheimischen üblich ist, ist ihnen unbekannt. Die meisten Ausländer haben z.B. kein Auto. Überdies müssen die meisten Migranten regelmäßig Geld an ihre Angehörigen im Heimatland überweisen. Kein Geld zu schicken, käme einem Eingeständnis des Scheiterns oder der Krise gleich, was für viele eine große Belastung darstellen würde. Bevor Ausländer in ihre Heimatländer zum Besuch und Urlaub zurückkehren, verschulden sie sich, um lieber möglichst viel Geschenke mitzubringen. Es ist unglaublich wichtig, vor der eigenen Familie zuhause eine Erfolgsstory zu präsentieren.

Wo trifft man in der Welt der Migranten auf absolute Armut?

Gallo: Bei jenen, die sich am Rande der Subsistenz befinden, und zwar sind das nicht so sehr die Familien. Diese leben nicht besonders gut, doch in der Regel haben sie genug zu einem bescheidenen Leben, ohne extreme Armut. Die Alleinstehenden dagegen geraten in absolute Armut, wenn verschiedene Faktoren zusammenkommen: dies geht von der Wohnungslosigkeit über längere Arbeitslosigkeit bis hin zu psychischen Problemen aufgrund des Stresses und der Alkohol- und Drogenabhängigkeit. Dazu kommt die Frage der Aufenthaltsgenehmigung. Die Staatsgesetze betrachten die Ausländer vor allem als Arbeitskraft. Wenn jemand den Arbeitsplatz verliert und oder länger eine neue Arbeit sucht, wird die Zeit schnell knapp. Nach 6 Monaten Arbeitslosigkeit wird die Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr erneuert, und der Ausländer wird zum Illegalen. 80% der Betroffenen verbleiben dann im Staatsgebiet, verlieren aber ihre sozialen Rechte: also keine Gesundheitsleistungen, kein Mietenzuschuss, keine Möglichkeit, eine geregelte Arbeit zu übernehmen. Sie geraten in einen Kreislauf des Abstiegs. Viele dieser Personen haben in ihrem Heimatland keine Existenzgrundlage mehr und wollen nicht zurückkehren. Einige leben dann wie Clochards. Es geht hier um einzelne gescheiterte Lebensprojekte; dies ist nicht der Regelfall. In unserem Erstaufnahmezentrum kommen einige dieser Personen alle Jahre für einen Monat unter, da sie immer noch keine dauerhafte Bleibe gefunden haben.

Sind auch Flüchtlinge von Armut betroffen?

Gallo: Nein, Flüchtlinge sind kaum von extremer Armut betroffen. Es leben auch relativ wenige in Südtirol. Sie verfügen über eine andere Art von Aufenthaltsgenehmigung. Wenn sie politisches Asyl beantragen, haben sie in der Wartezeit bis zur Anerkennung keine Arbeitserlaubnis, sondern erhalten das Lebensminimum. Nach der Anerkennung haben sie dieselben Rechte wie alle übrigen regulären Ausländer, mit dem Unterschied einer nicht befristeten Aufenthaltsgenehmigung. Ein anerkannter politischer Flüchtling ist auch vom Nachweis, über ausreichend Wohnraum für den Familiennachzug zu verfügen, befreit. Die Anerkennung gilt auch für die Familie, da man annimmt, dass auch sie im Heimatland bedroht ist. In den meisten konkreten Fällen lassen die Flüchtlinge dann die Familien nachkommen und bringen sie in sehr kleinen Wohnungen unter. Oft mussten wir eingreifen und irgendwelche Notunterkünfte auftreiben. Bisher hat das WoBi diesen Familien eine Vorzugsschiene eingeräumt, doch seit Mitte März dieses Jahres hat die Landesregierung dies abgeschafft, weil sie den Zuzug von politischen Flüchtlingen aus anderen Provinzen Italiens befürchtete. Nun müssen auch sie 5 Jahre warten, bis sie theoretisch zu einer Sozialwohnung zugelassen werden. Ausgenommen sind jene Asylbewerber, die ihr Ansuchen in Südtirol abgewickelt haben, doch das werden angesichts unserer geografischen Lage immer weniger.

Werden die Zuwanderer in Zukunft zunehmend zu den Armen in Südtirol gehören?

Gallo: Der Wettbewerb unter den Migranten wird zunehmen, somit auch die prekäre Beschäftigung und der Anteil der Armutsbetroffenen. Das Bossi-Fini-Gesetz hat seine ganze Wirkkraft noch nicht entfaltet, die Durchführungsbestimmungen sind erst jetzt in Kraft. Es gibt sehr negative Effekte auf die Lebenslage der Migranten. Durch dieses Gesetzes werden Migranten in prekäre Verhältnisse gedrängt. Es wird gleichzeitig auch schwieriger, einen Ausländer überhaupt einzustellen. Der Arbeitgeber wird künftig ständig für die Unterkunft eines Ausländers verantwortlich gemacht, auch für die Kosten der Heimreise nach Ablauf der Aufenthaltsgenehmigung. Aber wie kann ein Ausländer sich besser qualifizieren oder sich mal für die Weiterbildung nehmen, wenn er ständig arbeiten muss? Dieser Bedarf existiert aber. Der gesamte Teil dieses Gesetzes zu Arbeitsmarkt und Abschiebungen müsste sofort abgeschafft werden.

In Südtirol bildet sich mit den neuen Arbeitsmigranten auch eine neue armutsgefährdete Gruppe. In den Nachbarländern im Norden gehören Einwanderer auch nach 30-40 Jahren Zuwanderung immer noch zu den armutsgefährdeten Gruppen der Gesellschaft. Ihre besonderen Merkmale führen zu andauernder, strukturell bedingter Benachteiligung: höhere Gesundheitsbelastung durch körperlich belastende, schmutzige, stärker unfallgefährdete Tätigkeiten in verschiedenen Sektoren, Arbeitsverhältnisse mit Befristung, Niedriglöhnen und hoher Saisonalität; Unterversorgung mit Wohnraum, Mangel an schulischer und beruflicher Ausbildung, kulturelle und soziale Entwurzelung, nicht vorhandene oder sehr geringe Ersparnisse.

Armut und Randgruppen

Anton²⁶ ist heute 48. In seiner Herkunftsfamilie im Sarntal lief manches aus dem Ruder. Sein Vater starb, als Anton gerade 5 Jahre alt war. Kurz darauf heiratete seine Mutter wieder und bekam einen weiteren Buben. Anton lernt das Maurerhandwerk und wird Mitglied beim Weißen Kreuz und bei der Feuerwehr. Mit den Freunden trinkt er ab und zu ein Gläschen, ohne zu übertreiben. Er heiratet ein Mädchen aus dem Nachbardorf und hat mit ihr zwei Kinder. Seine Mutter stirbt 1985, seine Frau schon 1996. Anton hat größte Mühe, diese Schicksalsschläge zu verkraften und trinkt immer mehr. Immer öfter kommt er sich in den Gasthäusern mit irgendjemandem in die Haare. Seine inzwischen schon volljährigen Söhne schämen sich seiner und pflegen keinen Umgang mehr mit ihm.

1998 heiratet Anton wieder, aber die zweite Ehe steht unter keinem guten Stern. Er besäuft sich öfter und schlägt seine Frau. Schon nach einem Jahr trennen sich die beiden. Anton muss seine Wohnung verlassen und zieht zu seinem Halbbruder. Bald darauf erleidet er einen Arbeitsunfall, der ihn zum 35%igen Invaliden macht. Er verliert seinen Arbeitsplatz und auch mit seinem Halbbruder gibt es wegen Erbschaftsstreitigkeiten eine tiefe Krise. So verlässt er sein Dorf. Seit 1999 ist Anton arbeitslos, seit 2000 bezieht er eine kleine Rente. In der Stadt trifft er sich immer wieder mit randständigen Bekannten und verfällt mehr und mehr dem Alkohol. Als er seinen Erbteil ausbezahlt bekommt, vertrinkt er ihn in kürzester Zeit. Immer mehr kapselt er sich ab und beginnt unter depressiven Zuständen zu leiden. Anton fühlt sich als Gescheiterter. Als er schließlich wegen Vermögensdelikten straffällig wird, begeht er einen Selbstmordversuch. In einer Stadt, wo ihn niemand kennt, versucht er wieder Fuß zu fassen, doch er kommt vom Alkohol nicht los. Abwechselnd übernachtet er in Notunterkünften für Obdachlose oder im Freien. Jede Art von Körperpflege ist ihm inzwischen abhanden gekommen.

Im Oktober 2004 kommt Anton zum ersten Mal zum Caritas Treffpunkt, trinkt Kaffee, liest die Zeitung, wäscht sich wieder. Nach einem Monat beginnt er sich mit den Betreuern zu unterhalten und nimmt Kontakt mit HANDS auf, um vom Alkohol loszukommen. Er wird an die Bezirksgemeinschaft vermittelt, die ihn mit einer Ticketbefreiung zu Medikamenten verhilft. Im Dezember 2004 kommt er in der Winternotunterkunft unter, doch seine Papiere sind verfallen. Anton hat schon lange keinen festen Wohnsitz mehr. Bei der Gemeindeverwaltung seines letzten Wohnsitzes wird ein neuer Personalausweis beantragt, aber trotz mehrmaligen Nachfragens des Sozialdienstes rührt sich nichts. So erhält Anton auch kein Gesundheitsbüchlein mehr. Nun versuchen es die Caritas-MitarbeiterInnen zusammen mit dem Sozialdienst mit einem vorläufigen Wohnsitz, doch die Gemeinde bleibt stur. Da Anton sich am häufigsten im Obdachlosenheim aufhält, wird für ihn ein Ausweis mit dieser Unterkunft als „Wohnsitz“ beantragt. Damit kann Anton wieder den Gesundheitsdienst in Anspruch nehmen und beginnt ein Therapie-Projekt mit HANDS. Regelmäßig taucht Anton jetzt im Treffpunkt auf: er hat wieder etwas Vertrauen in sich geschöpft und nimmt mehr und mehr Beziehung zu seiner Umgebung auf. Licht am Ende des Tunnels?

Eine Begriffserklärung vorweg: es gilt bei den sog. „Randgruppen“²⁷ gut zu unterscheiden zwischen Obdachlosigkeit und „Personen ohne festen Wohnsitz“. Erstere sind Personen, die vorübergehend keine Unterkunft haben, letztere Personen ohne regelmäßiges Einkommen, die ständig oder für einen bestimmten Lebensabschnitt auf einen Wohnsitz verzichten. Diese Menschen haben in den meisten Fällen mit dem klassischen „Clochard“ oder Landstreicher nicht viel zu tun. Nicht der bewusste Entschluss, ein Leben unter Brücken „frei von jedem Zwang“ zu führen, sondern eine Reihe von verketteten sozialen Umständen lassen diese Personen den sozialen und familiären Rückhalt verlieren. Die meisten Personen ohne festen Wohnsitz, die in Südtirols Städten registriert sind, haben ein Alter zwischen 25 und 75, leben allein, ohne eigene Wohnung, von Almosen und Gelegenheitsjobs. In der Regel kennen sie das Netz der Hilfsorganisationen, das ihnen zum Überlebensnotwendigen verhilft: die Pfarreien, die Volontariatsorganisationen, die Obdachlosenheime und Sozialmensen. Was eine Existenz ohne festen Wohnsitz ausmacht, ist die Unfähigkeit und der Mangel an Bereitschaft, sich in ein „normales“ bürgerliches Leben einzufügen. In Italien soll es zur Zeit nicht weniger als 150.000 Personen ohne Wohnsitz geben, in der EU insgesamt an die drei Millionen, während ihre Zahl in Südtirol auf einige Hundert geschätzt wird.

Obdachlosigkeit hingegen betrifft Personen, die in ihrer psychischen und sozialen Identität durchaus gefestigt sind und eine normale, selbst gestaltete Existenz mit geregelterm Einkommen suchen. Obdachlose Menschen haben oft auch eine geregelte Arbeit, aber zeitweilig keine Wohnung. Dieses Problem betrifft vor allem Ausländer.

Beim Begriff „Randgruppe“ denkt man gemeinhin gleich an Obdachlose und Drogenabhängige, Personen, die von der Hand in den Mund leben, die unter Brücken oder auf Parkbänken übernachten und die Notlager der Hilfseinrichtungen bevölkern. Man nimmt sie in öffentlichen Räumen oder in den Treffpunkten der Hilfsorganisationen als „verwaahlte Personen“ wahr, Menschen, die aus ganz verschiedenen, aber oft komplexen Gründen an den Rand der Gesellschaft gerückt sind. Sie sind

in der Regel durch das soziale Netz der Unterstützungsleistungen gefallen und haben kein soziales Umfeld mehr, das ihnen einen Ausweg böte. Sie können oder wollen keine Ressourcen und Fähigkeiten aufbieten, um die persönliche Notlage selbst zu meistern. Es handelt sich um eine zahlenmäßig zwar kleine, aber bezüglich der Dauer der Armutssituation hartnäckige Gruppe. Viele stecken in einem Teufelskreislauf: wer nicht mehr die Kraft aufbringt, für sich zu sorgen, verliert immer mehr an Selbstwertgefühl, vereinsamt und kapselt sich ab. Damit nimmt er sich die Möglichkeit, sich wieder für ein Leben in der Gesellschaft zu engagieren und zu motivieren. Gemeinsam ist diesen Menschen aber zunächst nur der Umstand, keinen festen Wohnsitz zu haben. Weitere Merkmale, die auf diese Personen häufiger zutreffen, sind folgende:

- kein geregeltes Einkommen;
- keine regelmäßige Arbeit;
- keine klare Perspektive, aus dieser Situation wieder herauszukommen;
- keine ausreichende persönliche Autonomie, um solche Lebenssituationen aktiv zu verändern;
- eine beschädigte soziale oder kulturelle Identität.



Menschen ohne festen Wohnsitz zerbrechen oft an ganz persönlichen Schicksalsschlägen: lange Arbeitslosigkeit, Abhängigkeitserkrankungen, Ehe- und Familienkrisen, gescheiterte Beziehungen. Die daraus folgende Unfähigkeit, ein regelmäßiges Einkommen zu erzielen, führt zum Verlust der Wohnung. Die Probleme bei der Suche nach einer neuen Bleibe, psychische Frustration und chronischer Geldmangel treibt solche Menschen in die Resignation. Die Obdachlosigkeit wird chronisch. Der Betroffene bringt keine Eigeninitiative mehr auf, einen Neuanfang zu starten, sieht aber auch keine Alternativen im bisherigen sozialen Umfeld. Diese Menschen lassen sich in diesen Abwärtsstrudel treiben, wo – einmal mit der Normalität der bürgerlichen Existenz gebrochen - das Ohne-festen-Wohnsitz-Sein zur Gewohnheit, zur neuen Existenzform wird. Wenn sich weitere Belastungen wie Gesundheitsprobleme, Sucht, psychische Erkrankungen dazu gesellen, wird die Rückkehr immer schwieriger. Menschen ohne festen Wohnsitz isolieren sich immer mehr selbst, nehmen ihre Umgebung als feindlich wahr und können dem sozialen Leben um sie herum nichts mehr abgewinnen und auch nicht teilhaben. Hat ein Mensch sich einmal derartig aus der Gesellschaft herausgenommen, wird ihm von dieser ein Stigma aufgedrückt: der „Asoziale“, der „Stadstreicher“, der „Penner“. Stigmas, die die Betroffenen ablehnen und ihrerseits dem Schicksal, ihrer Familie oder anderen Personen die Schuld zuschieben.

Wie geraten Menschen ohne festen Wohnsitz ins Abseits?

Ereignis

- Haft, Heimaufenthalt
- Langzeitarbeitslosigkeit, wirtschaftliches Scheitern
- Arbeitsplatzverlust in fortgeschrittenem Alter
- Zwangsräumung, höhere Gewalt, Migration
- Scheidung/Trennung, ungeplante Elternschaft
- Alkohol, Drogen, Psychopharmaka, Spielsucht usw.
- sexueller Missbrauch, physische Gewalt, Gewalt in Familie
- Schulversagen, Schul- u. Ausbildungsabbruch, Ausstieg
- Prostitution, Probleme mit der Sexualität
- Krankheit, AIDS, Straffälligkeit, Familienkrise
- Todesfälle, Trennungen, Fehlen von Angehörigen

Ausgrenzungsvorgang

- >Institutionalisierung
- >Einkommensverlust
- >Arbeitsverlust
- >Wohnungsverlust
- >Beziehungskrisen
- >Schwere Abhängigkeit
- >Gewalttraumata
- >keine Ausbildung
- >Beziehungsprobleme
- >Ausstoß Primärfamilie
- >traumatischer Bruch mit der Herkunftsfamilie

Hilfestellen können diese Menschen erst annehmen, wenn sie selbst akzeptieren, hilfsbedürftig zu sein. Dieser Schritt fällt schwer: in der verbliebenen Selbstachtung muss sich der Betroffene eingestehen, dass er ein deklassierter Mensch ist und von der Gesellschaft als Sozialfall wahrgenommen wird. In der Regel verstärkt dieses Stigma die Hoffnungslosigkeit seiner Situation: sie hindert ihn, eine Arbeit oder Wohnung zu finden, und verfestigt seine Selbstverachtung.

Andererseits gibt es auch Personen ohne festen Wohnsitz, die sich überhaupt nicht zu den Ausgestoßenen zählen und sich nicht als Opfer fühlen. Sie glauben, am Rand der Gesellschaft leben zu müssen, einfach weil sie nicht bereit oder fähig sind, einer geregelten Arbeit nachzugehen oder keine geeignete Arbeit mehr finden. Somit ist es bei einem Hilfsangebot an Personen ohne festen Wohnsitz unerlässlich, zunächst zu verstehen, wie sich diese selbst sehen, welche Erklärung sie für ihre Lage haben und welche Zukunftsperspektive sie entwickeln können. Wenn der Betroffene wieder zu Selbstwertgefühl findet, Selbstachtung und Vertrauen entwickelt, kann ein Weg aus der Misere gefunden werden.

Man kann also unterscheiden zwischen Personen ohne festen Wohnsitz, die

- glauben, dass ihre Krise nur vorübergehender Natur ist;
- zwar hoffen aus dieser Lage herauszukommen, aber in Kontakt mit den Hilfsorganisationen immer besser damit zurechtkommen und es sich in der Nicht-Sesshaftigkeit bzw. Wohnsitzlosigkeit „einrichten“;
- resigniert aufgegeben haben, jemals wieder eine normale Existenz zu führen, die die Kontrolle über ihren Alltag verloren haben und kaum mehr Kommunikationskanäle mit ihren Mitmenschen aufrechterhalten. Sie geraten in eine verfestigte Randexistenz, die Hilfsvereinigungen kaum mehr Ansatzpunkte bietet, um ein Projekt zum Wiedereinstieg ins normale Leben zu starten.

Menschen ohne festen Wohnsitz verbringen ihre Tage, indem sie die verschiedenen Hilfsorganisationen abklappern, um etwas Kleingeld und eine warme Mahlzeit aufzutreiben. Doch geht es den Hilfsorganisationen nicht bloß darum, diesen Menschen das Lebensnotwendigste (ein Bett, warmes Essen und Kleidung) anzubieten, sondern ein Projekt zum dauerhaften Ausstieg aus dieser Lebenslage anzugehen. So wird an die Einrichtung von geschützten Wohngemeinschaften gedacht, die pädagogisch betreut werden. Man will Strukturen der Ersthilfe (Treffpunkte, Mensen, Beratungsschalter) mit langfristiger Unterstützung zur Wiedereingliederung in ein „normales Leben“ verbinden. Alle, die in Bozen mit Menschen ohne festen Wohnsitz zu tun haben, sehen dabei in den abnorm hohen Wohnraumkosten in der Landeshauptstadt die größte Hürde für den Neubeginn einer selbstständigen Existenz.

„Obdachlosigkeit“ ist dagegen eine nur ganz allgemeine Zuschreibung, hinter der sich die verschiedensten individuellen Notlagen verbergen. Es ist der gemeinsame, sichtbare Nenner einer sehr vielschichtigen Gruppe. Doch im Unterschied zu den zahlreichen Personen, die als „relativ Arme“ Einkommensarmut, Unterversorgung und Einschränkung beklagen, sind Obdachlose gezwungen, sich ständig um das elementare Bedürfnis eines geheizten und geschützten Aufenthaltsraums und Schlafplatzes kümmern zu müssen.

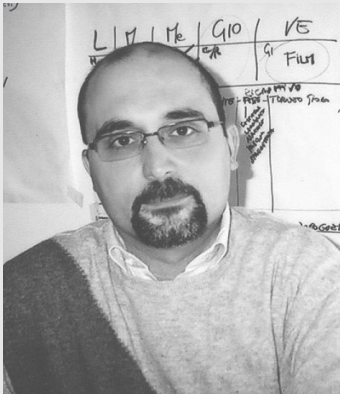
Armut unter Menschen ohne festen Wohnsitz ist naturgemäß schwer zu erfassen. Niemand in Südtirol verfügt über genaue Daten, denn nur ein Teil der Wohnsitzlosen und Obdachlosen nimmt Hilfsangebote der Caritas oder anderer Stellen in Anspruch. 2002 versuchte das Amt für Sozialpolitik der Gemeinde Bozen²⁸ einen Überblick über die in Bozen lebenden Menschen ohne festen Wohnsitz zu gewinnen. In der Landeshauptstadt gibt es anteilmäßig an der Bevölkerung und bedingt durch die hohen Wohnraumkosten am meisten Obdachlose. Die Zählung im Frühjahr 2002 konnte rund 170 Personen erfassen, wovon die Hälfte auch obdachlos waren, also regelmäßig im Freien schliefen. Die andere Hälfte nahm die verschiedenen Notunterkünfte (Haus der Vinzenzgemeinschaft, Erstaufnahmestelle für Ausländer, Haus Margaret u.a.) in Anspruch. Dazu kamen noch einige dutzend Ausländer, die regelmäßig in ihren Autos oder Lieferwagen übernachteten. Vor allem bei nicht sesshaften Ausländern ist es sehr schwierig, einen Überblick zu gewinnen, weil ihr Aufenthaltsort rasch wechselt. Zudem lassen sich durchreisende Ausländer von jenen, die in Südtirol Aufenthalt und Arbeit suchen, kaum unterscheiden.



Ein gewisser Anteil der Personen ohne festen Wohnsitz, nämlich vor allem jene, die in Obdachlosenheimen untergebracht sind, hat eine zumindest gelegentliche Arbeit. Die Mehrheit ist allerdings arbeitslos, da es grundsätzlich ziemlich schwierig ist, ohne Wohnung einer geregelten Arbeit nachzugehen. Unter Migranten gibt es eine nicht unbeträchtliche Gruppe, die in Bozen Arbeit, aber keine bezahlbare Unterkunft gefunden haben, und deshalb monatelang in ihren Autos übernachten. Flüchtlinge sind von diesen Gruppen gut zu unterscheiden: Asylbewerber sind amtlich registriert und werden in bestimmtem Ausmaß öffentlich betreut, doch dürfen Asylbewerber während des laufenden Asylantrags keiner Erwerbsarbeit nachgehen. Im Asylantenheim am Bozner Boden sind im Jahresdurchschnitt 40 Personen untergebracht.

Das Gespräch

Armut bei Randgruppen



Luigi Zenari, Leiter des Caritas-Betreuungszentrums für Obdachlose und Menschen ohne festen Wohnsitz in Bozen

Wer sind die Menschen ohne festen Wohnsitz, die sich an euer Zentrum wenden?

Zenari: Jedes Jahr wenden sich etwa 400 Personen an uns, wovon rund 200 keinen festen Wohnsitz haben. Die übrigen weisen verschiedene Formen von Abhängigkeit auf, nicht aber Symptome völliger sozialer Entwurzelung. „Ohne festen Wohnsitz“ ist keine klar abgrenzbare soziale Kategorie, sondern umschreibt verschiedenste Personen und Lebenslagen. Gemeinsam ist ihnen die Wohnungslosigkeit, aber manchmal haben diese Menschen eine Beschäftigung, fast immer jedoch eine hohen Grad sozialer Isolierung. Unter den Menschen ohne festen Wohnsitz gibt es eine Art Solidarität fürs praktische Überleben, was nicht mit einer neuen Primärgruppe zu vergleichen ist. Uns geht es auch darum herauszufinden: warum ist jemand, der einmal eine Arbeit, eine Wohnung, eine Familie hatte, unter der Brücke gelandet? Auf jeden Fall ist das Leben ohne Wohnsitz, also auf der Straße ein Kampf ums Überleben, oft verbunden mit Verwahrlosung und Gewalt aller Art. In unserem Zentrum aber gilt die Regel: hier wird nicht gestritten.

Welcher Unterschied besteht zwischen Personen ohne festen Wohnsitz und Obdachlosen?

Zenari: Das Konzept des Wohnsitzes schließt auch die ganze soziale Einbindung ein, während das Obdach einfach die Unterkunft betrifft. Menschen ohne festen Wohnsitz haben weit gravierendere Probleme als nur den Mangel einer Unterkunft: sie sind sozial isoliert und beschränkt beziehungsfähig. Im Zuge ihrer Selbstisolierung sind sie oft in einen Zustand der Verwahrlosung geraten, in dem sie immer mehr jede Selbstachtung verlieren und nicht mehr mit der Umgebung in Beziehung treten können. Es sind zerbrochene Existenzen, und wir müssen die Teile wieder langsam zusammensetzen. Obdachlose sind dagegen sozial gesehen normale Menschen, oft mittellose Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung, die vorübergehend keine Unterkunft finden. Diese Personen hätten gerne einen Wohnsitz, können es sich aber nicht leisten, eine Wohnung zu mieten.

Warum geben diese Personen ihren festen Wohnsitz auf?

Zenari: Es gibt immer mehr Personen, die aufgrund vorübergehender Krisen – Trennungen, Arbeitslosigkeit, Überschuldung – ihre Wohnung verlieren und für einige Zeit versuchen, in Wohnheimen unterzukommen. Sie sind nicht Wohnsitzlose, könnten es aber werden, wenn sie nicht eine neue Existenz aufbauen. Wir arbeiten also immer mehr mit Personen, die nicht zu den klassischen Randgruppen gehören, sondern in solche kritische Phasen geraten sind.

Welche sind die größten Probleme dieser Gruppen?

Zenari: Zuallererst fehlt es diesen Personen an materieller Versorgung. Dann aber geht es um Beziehungsprobleme. Das fehlende soziale Netz liegt der Wohnungslosigkeit zugrunde. Dieses soziale Netz wieder zu knüpfen ist äußerst schwierig. Oft

hängt es davon ab, ob ein Betroffener seine Selbstachtung wiederherstellen kann, ein Minimum an Selbstbewusstsein, um mit anderen wieder in einen stabilen Kontakt zu treten. In einem zweiten Schritt kann man an der Beschäftigungsfähigkeit dieser Menschen arbeiten. Sie finden ja oft keine Arbeit, weil sie psychisch nicht mehr dazu in der Lage sind. Manchmal fehlen auch die Dokumente. Jedenfalls ist der Wohnsitz der wichtigste Schritt, denn ohne diese Meldung bekommt man auch zu anderen Dienstleistungen keinen Zugang, denn Gemeinden und Land gewähren ihre Dienste nur an Ansässige. Wir als Caritas können natürlich auch nicht alles abdecken. Je mehr sich Personen aus ihrem ursprünglichen sozialen Umfeld entfernt und alle Brücken abgebrochen haben, desto schwieriger. Dann haben auch unsere Pfarrcaritas-Gemeinschaften nicht viele Möglichkeiten. Solange es gelingt, die inneren Ressourcen einer Person zu nutzen, geht es, aber es gibt Grenzen.

Welche Grenzen?

Zenari: Grenzen für die Möglichkeit der sozialen Wiedereingliederung. Ich habe viele Menschen kennen gelernt, die an schweren Verhaltensstörungen litten. Wir haben solche Personen länger begleitet und manchen ist es gelungen, aus dieser Lage auszusteigen. Es hängt ganz davon ab, ob man an Bindungen von früher wieder anknüpfen und ein neues Netz aufbauen kann, das hält. Die Caritas, ein Therapeut, ein Richter, der Sozialsprengel: das sind lauter Stellen, die dieses Netz halten können. Man muss immer wieder die geeigneten Ansatzpunkte finden. Man muss Schritt für Schritt wieder Vertrauen zur Umwelt aufbauen. Wir müssen uns auch die Konflikte anschauen, die diese Menschen in diese Lage gebracht haben. Die Frage ist auch, wie lange eine Person in dieser Situation verharrt ist. Wenn ein Wohnsitzloser sich länger an diesen Zustand gewöhnt hat, wird seine Beziehungsfähigkeit immer mehr eingeschränkt, eine Wiedereingliederung ist weit schwieriger.

Gibt es Änderungen innerhalb dieser Gruppe?

Zenari: Wir versuchen zu verhindern, dass die Betroffenen noch weiter abdriften. Wir möchten eine Art Sicherheit aufbauen, was uns nicht immer gelingt. Manchmal bekommen einzelne Personen Hausverbot, manchmal werden sie von der Polizei aus der Stadt verwiesen. Andere Einrichtungen müssen ähnlich vorgehen, wenn sich diese Menschen nicht mehr an die Regeln halten. Es gibt Personen, die auch wieder festen Boden unter die Füße bekommen, bei anderen dagegen wird die Wohnsitzlosigkeit chronisch.

Wie arbeitet euer Zentrum?

Zenari: Wir sind ein „centro d’ascolto“, also ein Treffpunkt und eine Beratungsstelle. Man kann hier mit anderen zusammen sein, spielen, sich warme Mahlzeiten kochen, waschen, allerdings nicht übernachten; dafür gibt es ja andere Einrichtungen in der Gemeinde. Wir gehen dann nach einer ersten Phase mit einzelnen auch Arbeitsprojekte an. Leider ist ein Mensch mit 55-60 Jahren nur mehr begrenzt vermittelbar, aber verschiedentlich ist es uns gelungen, wieder normale Arbeitsverhältnisse aufzubauen. Dann gibt es auch Besucher unseres Zentrums, die eine Unterkunft haben und einfach einen Treffpunkt oder materielle Hilfen brauchen. Hier geht es vor allem darum, zu beraten, zu informieren und an die richtigen Stellen weiterzuleiten. Misshandelte Frauen z.B. an ein Frauenhaus zu vermitteln, oder zwangsgeräumten Personen über die Caritas eine vorübergehende Unterkunft zu besorgen.

Was kann man verbessern?

Zenari: Zum einen ist es wichtig, jene Dienste besser zur Wirkung zu bringen, die wir schon haben. Die Unterkunft wäre ja das primäre Anliegen, und wir haben es manchmal geschafft, Wohnungen für solche Personen zu finden. Doch gab es Personen, die die Wohnungen als Abstellkammern benutzten und weiterhin irgendwo auf der Straße lebten. Es gibt Menschen, die nicht zwischen vier Wänden leben können. Insgesamt sind jedoch die abnorm hohen Wohnungskosten in unseren Städten ein wesentliches Hindernis für dieses Menschen.



Kapitel 7

Wie „bekämpft“ die öffentliche Hand die Armut?

Das Sozialstaatsprinzip gebietet einen aktiven Einsatz der öffentlichen Hand zur Verhinderung von Armut und materieller Not. Die Südtiroler Sozialpolitik hat sich zum Ziel gesetzt, gravierende finanzielle Notlagen zu vermeiden und zu lindern, also Einkommensarmut aktiv zu bekämpfen. Zu unterscheiden ist dabei zwischen Fürsorge- und Vorsorgemaßnahmen. Auf Fürsorgeleistungen haben jene Personen Anspruch, deren Lage vom Gesetz und den Durchführungsbestimmungen genau definiert werden²⁹. Leistungen nach dem Vorsorgeprinzip setzen die Mitgliedschaft und Beitragszahlung in einem Versicherungssystem voraus. Die Leistungen der sogenannten „Ergänzungsvorsorge“ werden bei Nachweis des Vorliegens genau definierter Voraussetzungen erbracht.

Die verschiedenen Leistungen des Familienpakets haben dagegen nicht die Armutsbekämpfung als Hauptziel, sondern die öffentliche Unterstützung von Familien an sich. Da vor allem Familien mit mehreren Kindern in höherem Maße armutsgefährdet sind, trägt diese finanzielle Unterstützung aber auch zur Verhinderung von Armut bei. Die Wohnbaupolitik ist zwar Teil der Sozialpolitik und löst das Recht der sozial Schwächeren auf Wohnraum zur Miete und im Eigentum ein, hat jedoch nicht die Armutsbekämpfung als Hauptziel, ebensowenig die Gesundheits- und Bildungspolitik des Landes, die aber Rahmenbedingungen für eine sozial gerechtere Entwicklung setzen kann. Im Folgenden geht es um die Armutsbekämpfung im engeren Sinn.

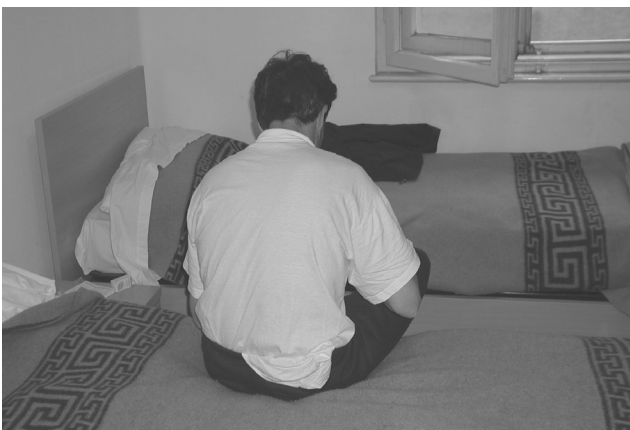
Die wichtigste Form der finanziellen Unterstützung durch das Land bei Einkommensarmut ist das „soziale Mindesteinkommen“, das früher „Grundfürsorge“ und dann „Lebensminimum“ genannt wurde. Diese Beitragsgewährung setzt die offizielle amtliche Festlegung einer Bedürftigkeitsschwelle bzw. einer Art „Armutsgrenze“ voraus, nämlich die Untergrenze für die Befriedigung materieller, sozialer und kultureller Bedürfnisse. Wer über ein Einkommen oberhalb dieser Grenze verfügt, gilt für das Land Südtirol nicht mehr als „finanziell bedürftig“.³⁰ Dabei unterscheidet das Land zwischen absoluter und relativer Armut. Es will jedem Bürger einen angemessenen Lebensstandard erlauben und gewährt finanzielle Hilfen für absolut Armutsgefährdete. Die Bekämpfung der relativen Armut, also eine gezielte Umverteilung zugunsten einkommensarmer Gruppen, wird damit nicht bezweckt, sondern der Lohn-, Steuer- und Rentenpolitik überlassen.

Laut Untersuchung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Südtiroler Haushalte des ASTAT 2003-2004 haben 14,9 % der Haushalte ein Einkommen unterhalb der relativen Armutsgrenze bezogen, die für einen Zwei-Personen-Haushalt bei 12.929 Euro liegt (pro Kopf 539 Euro bei zwei im selben Haushalt lebenden Personen). Diese „relative Armut“ ist aber nicht gleichzusetzen mit der Unterschreitung des amtlich festgelegten Lebensminimums, also des fürs Überleben nötigen Mindesteinkommens, das vom Land für 2005 auf 464 Euro festgelegt worden ist. Grundsätzlich zeigt relative Einkommensarmut noch keine akute soziale Notlage auf, sondern vor allem den Zwang, sich einzuschränken, auf Annehmlichkeiten zu verzichten, ein einfaches Leben zu führen. Abstriche gegenüber dem allgemeinen Lebensstandard einer wohlhabenden Gesellschaft machen zu müssen, ist klar zu unterscheiden von absoluter Armut. Deshalb bezeichnet das ASTAT auch jene 5,9% der Personen, die maximal 80% des Einkommens der relativen Armutsschwelle beziehen als „sehr arm“. Die Sozialhilfe zielt primär auf diese Gruppe, die bestimmte zusätzliche Bedingungen neben der Einkommensarmut erfüllen muss, um eine öffentliche Hilfe zu beziehen.

Wie in Kapitel 2 zur Messung der Armut erläutert, hat Armut viele Dimensionen über die finanzielle Armut hinaus und ist auf verschiedenste Gründe und Entstehungsbedingungen zurückzuführen. Die Sozialhilfe will in gravierenden Fällen von Bedürftigkeit eingreifen und aktiv zur Überwindung von Notlagen beitragen, indem sie Geld-, Sachleistungen und Beratung für die Betroffenen kombiniert. Es soll gewährleistet sein, dass der Betroffene den Grundbedarf bei der Ernährung, Bekleidung, Gesundheitsfürsorge und in anderen Bereichen decken kann. Zu diesem Zweck wird ermittelt, welches Einkommen der Antragsteller selbst beibringen kann und dieser Betrag wird mit einem Beitrag bis zum „sozialen Mindesteinkommen“ aufgefüllt. Das Land sichert also nicht etwa den gesamten Lebensunterhalt, sondern gewährt nur einen Beitrag, der das vorhandene Einkommen bis zur amtlich definierten Armutsgrenze ergänzt. Getrennt davon wird der eventuelle Aufwand für die Miete und die Mietnebenkosten bezuschusst, der je nach Wohngebiet unterschiedlich ist.

Für diesen Zweck der „Grundbedarfsdeckung“ hat das Land 2003 10,191 Mio. Euro und 2004 11,8 Mio. Euro ausgegeben. Dieser Betrag spiegelt jedoch nicht die gesamte finanzielle Hilfsbedürftigkeit in Südtirol wider. Eine beträchtliche Zahl von Personen, die die Bedürftigkeitskriterien des Landes erfüllen, werden bei den für diese Maßnahmen zuständigen Sozialsprengeln gar nie vorstellig, um ihre Ansprüche auf Sozialleistungen und vor allem auf das soziale Mindesteinkommen geltend zu machen. Zum einen sind nicht alle Betroffenen über ihre Rechte informiert, andere wiederum scheuen sich, ihre Situation gegenüber der Verwaltung offenzulegen oder schämen sich ihrer Armut. Im Jahr 2004 nahmen laut Abt. Sozialwesen des Landes 8.562 in Südtirol ansässige Personen alle finanziellen Sozialleistungen in Anspruch, die das Land bietet. Dies entspricht knapp 2% der in Südtirol ansässigen Bevölkerung. Insgesamt wendete das Land dafür 8,4 Millionen Euro auf, also durchschnittlich 981 Euro pro Jahr und Kopf der Antragsteller, deren Lebensminimum aus der Sicht des Landes dadurch sichergestellt werden konnte.

Die finanzielle Sozialhilfe in Form des sozialen Mindesteinkommens wird in „zeitlich begrenzten sozialen Notlagen“ gewährt, wenn der Betreute und seine Familie zeitweise nicht in der Lage sind, den Lebensunterhalt mit eigenen Mitteln zu bestreiten. Alle anderen öffentlichen Fürsorgemaßnahmen müssen vor Bezug dieser Hilfe bereits ausgeschöpft sein. Das Recht auf finanzielle Hilfe hängt auch vom Einkommen und Vermögen der de-facto-Familie ab, manchmal von der erweiterten Familiengemeinschaft. Im Jahr 2000 wurde das Lebensminimum in zwei Leistungen unterteilt: das Mindesteinkommen und der Zuschuss für Miet- und Wohnungsnebenkosten, um die Leistungsempfänger gezielter zu unterstützen. Durch diese Trennung wurden jene Personen mit geringem Einkommen herausgenommen, die nicht unbedingt als einkommensarm eingestuft werden können, aber unter hohen Ausgaben für die Wohnungsmiete und die Mietnebenkosten zu leiden haben. Auch das Wohnbauinstitut des Landes leistet einen Beitrag zur Erleichterung der Mietkosten, die auf Südtirols Familien lasten: 2004 zahlte das Wobi insgesamt 18.593.000 Euro an 7.820 Familien.³¹



Soziales Mindesteinkommen und Mietkostenzuschuss – 1998-2003

	1998	1999	2000*	2001	2002	2003
Haushalte Mindesteinkommen	2.765	2.778	2.844	2.338	2.470	2.463
Ausgaben Mindesteinkommen	5.474.000	5.779.618	5.678.782	3.677.270	4.004.851	4.307.550
Haushalte Mieten			720	1450	2.819	2.883
Ausgaben Miete			251.919	2.976.587	3.222.616	3.490.000
Haushalte Mindesteink. + Miete	2.765	2.778	3.024	3.369	3.578	3.553
Personen Mindesteink. + Miete	5.590	5.617	6.064	7.074	7.513	7.618
Ausgaben Mindesteink. + Miete	5.474.000	5.779.618	5.930.701	6.653.857	7.227.467	7.798.242
Haushalte gegenüber Vorjahr		0,50%	8,90%	11,40%	6,20%	-0,70%
Ausgaben zuwachs zum Vorjahr		5,60%	2,60%	12,20%	8,60%	7,60%

*Die Trennung von Mindesteinkommen und Miete erfolgt seit November 2000. Diese Direktleistungen werden ergänzt durch Kosten- und Tarifübernahme. Es können beide Leistungen gleichzeitig oder nur eine gewährt werden: 2002 erhielten 21% der Antragsteller den Mietenzuschuss und das soziale Mindesteinkommen, 31% nur den Mietenzuschuss und 48% beides.

Quelle: Abt. Sozialwesen, Sozialstatistiken 2003, Bozen 2004; dieselbe: Sozialbericht 2002.

Neben dem sozialen Mindesteinkommen, der eigentlichen Sozialhilfe mit 39,1% der gesamten Ausgaben der finanziellen Sozialhilfe (2003), gibt es noch weitere sog. „soziale Transferleistungen“, z.B. die Maßnahmen im Bereich der Ergänzungsvorsorge, die Leistungen für Zivilinvaliden, Blinde und Taubstumme, sowie das Pflegegeld. All diese Leistungen zusammengenommen bilden die Ausgaben des Landes zur Bekämpfung und Verhinderung der Armut. In der Regel wird aber als Maßstab zur Einschätzung der öffentlichen Armutsbekämpfung nur die Zahl der Sozialhilfeempfänger herangezogen. Diese bilden nicht das gesamte Armutspotenzial ab, sondern nur die „bekämpfte Armut“. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Leistungsempfänger insgesamt geringer als die hier für 2003 aufscheinenden 3.553 Haushalte liegt, weil eine Reihe von Personen mehrere Leistungen in Anspruch nimmt, wie z.B. das Mindesteinkommen und Hilfen für Menschen mit Behinderung.

Die wichtigsten Leistungen der finanziellen Sozialhilfe – 2003

Art der Leistung	Ausgaben	Leistungsempfänger
Soziales Mindesteinkommen	4.307.550	2.463
Miete- und Wohnungsnebenkosten	3.490.692	2.883
Sonderleistungen	1.407.366	1.443
Sonderleistungen für Minderjährige	358.879	683
Aufrechterhaltung des Familienlebens	670.236	367
Taschengeld	376.292	431
Fahrzeugankauf für Menschen mit Behinderung	95.048	29
Fahrzeugumbau für Menschen mit Behinderung	43.378	37
Fahrzeugumbau Angehörige von Behinderten	17.298	8
Hausnotrufdienst	39.652	186
Fahrkosten	211.812	249
Insgesamt	11.018.204	6.986

Quelle: Abt. Sozialwesen, Sozialstatistiken 2003, Bozen 2004

Diese 6.986 Leistungsempfänger entsprachen 2003 1,6%, 8.562 Empfänger im Jahr 2004 1,8% der ansässigen Bevölkerung. Diese Zahl steht für die öffentlich bekämpfte Armut, während mit privaten Mitteln unterstützte Armutsbetroffene und die vielen Fälle versteckter Armut in dieser Statistik unberücksichtigt bleiben. Zahlreiche ältere Menschen, allein lebende Bedürftige und Ausländer, die gemäß Gesetz Anspruch auf Leistungen und Zuschüsse hätten, melden sich nicht und können auch nicht berücksichtigt werden.³² Die Zahl der Empfänger dieser Leistungen und der Sozialhilfeempfänger pro 1000 Einwohner hat in Südtirol seit 1993 stetig zugenommen.

Entwicklung des Sozialhilfebezugs in Südtirol – 1993-2004

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Zahl der Empfänger (begünstigte Personen)	4.658	4.854	4.702	4.884	5.109	5.590	5.617	6.064	7.074	7.513	7.618	8.562
Empfänger pro 1000 Einwohner	10,4	10,8	10,4	10,7	11,2	12,2	12,1	13	15,3	16,1	16,2	17,9

Das Gespräch

Wie bekämpft das Land Südtirol die Armut?



Dr. Karl Tragust, Leiter der Abteilung Sozialwesen der Autonomen Provinz Bozen

Weiß man in Südtirol über die Armut ausreichend Bescheid?

Tragust: Basismaterial der verschiedensten Stellen vom ASTAT bis zum AFI ist genug vorhanden, doch fehlt es an systematischen Darstellungen. Das letzte Dokument zur Armutsberichterstattung schließt auch ein sogenanntes „Lebenslagen-basiertes Konzept“ ein. Die Erstellung des neuen Sozialberichtes, der auch auf die Armut eingehen wird, ist eben ausgeschrieben worden.

Gibt es Langzeituntersuchungen zur Armut, um einen Einblick in die Dynamik der Entwicklung zu erhalten?

Tragust: Ja, in der neuen Einkommensverteilungsstudie des ASTAT 2003-2004 werden Vergleiche mit 1998-99 angestellt und auch die öffentlichen Transferleistungen berücksichtigt. Sie werden als gesonderte Einkommensart aufgeführt. Jährlich werden vom Land z.B. 50 Millionen Euro als Begleit- und Zivilinvalidengeld ausgezahlt, scheinen aber in der Einkommensstatistik nicht auf. Transferleistungen sind bedeutsam, weil sie die Lebenslage der Menschen konkret verändern. Das ist real bekämpfte Armut. Ob die Sozialhilfe insgesamt zielgenau erfolgt, können wir noch nicht so genau beurteilen. Wir arbeiten an einem Evaluierungssystem. Das seit dem Jahr 2000 bestehende Harmonisierungsinstrumentarium erlaubt uns aber zu sagen, dass jene Familien unterstützt werden, die es benötigen. Die Vermögens- und Einkommenssituation der Betroffenen wird damit besser berücksichtigt.

Wo liegt derzeit die Sozialhilfeschwelle?

Tragust: Im Vergleich mit dem Trentino liegen wir mit 464 Euro im Monat auf ungefähr demselben Niveau, in Nordtirol ist die Sozialhilfeschwelle anscheinend leicht höher. Das Niveau der Sozialhilfeleistungen des Landes Südtirol ist im interregionalen Vergleich nicht schlecht, doch das Problem liegt in den Schwarzmieten, die von vielen einkommensschwachen Familien gezahlt werden. Der Mietenzuschuss und das Wohngeld des Wohnbauinstituts greifen zwar und werden immer mehr in Anspruch genommen, sind aber begrenzt mit einem fixen Höchstbetrag.

Die Gewerkschaften stellen fest, dass immer mehr Arbeitnehmer mit einem regulären Arbeitseinkommen das Lebensminimum ihrer Familie nicht decken können.

Tragust: Ja, es gibt eine wachsende Zahl von prekären Arbeitsverhältnissen, Teilzeitarbeitsverhältnissen, Ausländer in gering qualifizierten Jobs mit größeren Familien, andere Niedriglohnbezieher. Bei den Rentnern werden die Renten zwar jährlich angepasst, aber sehr viele beziehen nur die Mindestrente. In Zukunft wird es hier aufgrund von Unterversicherung, zeitweiliger Arbeitslosigkeit und Nicht-Versicherung zusätzliche Probleme geben.

Welche sind die wichtigsten Gruppen, die heute in Südtirol von Armut betroffen sind?

Tragust: Mindestrentner, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, ein bestimmter Teil der Ausländerfamilien, die in Wohnungen mit sehr hohen Mieten leben. Das sind nach wie vor die am häufigsten von relativer Armut betroffenen Gruppen.

In Südtirol waren 1999 14,1% der Haushalte „relativ arm“, 2003 waren es 14,9% der Haushalte, während die obersten 10% weiter zugelegt haben. Wird sich diese Schere weiter öffnen?

Tragust: Ich sehe derzeit keine Gegenbewegung gegen das Auseinanderdriften der oberen und unteren Einkommen. Auch bei der Pflegeversicherung geht man eher nach der Devise vor: „Gleiche Leistung und gleicher Beitrag für alle“. Die Wirtschaftsverbände pochen darauf, dass ein Einheitsbeitrag für die Pflegeversicherung geleistet wird. Auch die Einkommenssteuerreformen bevorteilen eher die mittleren und höheren Einkommen. In Südtirol ist vermutlich nicht mit einer stärkeren Umverteilungspolitik, also einer Korrektur der Einkommensverteilung durch das Land zu rechnen.

Haben die Maßnahmen des Landes zur Bekämpfung der Armut gegriffen?

Tragust: Ich denke schon. Es gibt eine Vielfalt von Maßnahmen und finanziellen Leistungen des Landes, jetzt auch das Landeskindergeld und das neue Familienpaket der Region. Die verschiedenen Dienste haben ebenso vielen Bedürftigen geholfen. Jetzt wird der Kreis der Anspruchsberechtigten noch erweitert, indem die Einkommensgrenzen erhöht worden sind und Teilzeitarbeit gestattet wird. Es wird in Südtirol versucht, zumindest keine Sozialleistungen abzubauen. Man kann auch nachweisen, dass Armut durch öffentliche Hilfen verhindert worden ist. Über 7.500 Menschen in Schwierigkeiten können jedes Jahr auf das soziale Mindesteinkommen zurückgreifen. Doch es werden immer mehr, und so steigt auch der Finanzbedarf.

Sind gegen die Armut zusätzliche Maßnahmen erforderlich?

Tragust: Es wäre dringend geboten, bei den Mieten regelnd einzugreifen. Dann müsste eine stärkere Integration der ambulanten Dienstleistungen erfolgen. Bei Personen mit psychischen Problemen und älteren, noch leistungsfähigen Personen könnte die Arbeitseingliederung verbessert werden. Bei den überschuldeten Familien müsste man zu einer strukturellen Absicherung kommen, wo auch die Banken in die Pflicht genommen werden müssten. Vielleicht kann man sie motivieren, einen Überbrückungsfonds für in Not geratene Schuldner einzurichten.

Wird die Landesarmutskommission weiter arbeiten?

Tragust: Man müsste eine spezifische Fachkommission beim Landesbeirat fürs Sozialwesen einrichten. Leider ist diese Kommission noch nicht institutionalisiert worden. Man kann sich auch neue wirksame Instrumente vorstellen, wie z.B. die Grundsicherung, die in einigen Regionen in Europa schon getestet wird. Zu diesem Zweck müsste ein Standard fixiert werden, der für das Lebensminimum ausreicht. Wir haben heute verschiedenste Leistungen vom sozialen Mindesteinkommen über die Leistungen für die Familien bis zum Wohngeld. Mit der Grundsicherung würde man alle Mittel in einen Topf werfen und durch ein garantiertes Mindesteinkommen für alle verhindern, dass Personen unter eine bestimmte Grenze fallen. Dafür braucht es noch einige konzeptionelle Vorarbeit. Sozialpolitisch könnte das ein interessantes Thema für die nächsten Jahre sein. Im Entwurf zum Sozialplan ist das Thema Grundsicherung aufgegriffen. Man müsste nachweisen können, dass Ineffizienzen im derzeitigen System dadurch wirksam beseitigt werden können. Besonders für die alten Menschen wäre eine solche Grundsicherung eine denkbare Alternative.

Wen trifft die finanzielle Armut in Südtirol?

Finanzielle Armut trifft, wie aus den Statistiken des Sozialassessorates hervorgeht, vor allem Personen, die in ihrer Bildungs- und Berufsbiografie verschiedene Defizite aufweisen, wie z.B. instabile Verhältnisse im Elternhaus mit Auswirkungen auf Schulleistungen, Ausbildungsprobleme wie Abbruch der Schule oder der Lehre, häufigere Arbeitslosigkeit und Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, eine geringe soziale und familiäre Verwurzelung mit wenig sozialen Kontakten sowie Gesundheitsprobleme. Wenn mehrere dieser Faktoren zusammentreffen, führt dies häufig zu einem erheblichen Abstiegsrisiko und einer Verfestigung der Armutslage. Dabei werden Krisen in der beruflichen Situation und damit Einbrüche im laufenden Einkommen oft durch außerberufliche Krisen ausgelöst, etwa Partnerschafts- und Familienprobleme, Überschuldung, Suchtverhalten. Sozialhilfe nehmen häufig auch Personen in Anspruch, die zeitlebens in wirtschaftlicher Abhängigkeit lebten: z.B. Nur-Hausfrauen,

die nicht versichert waren; verwitwete Rentnerinnen, die selbst einen zu geringen Rentenanspruch haben; Menschen mit bestimmten Formen der Behinderung, die keinen Arbeitsplatz finden können. Langzeitarbeitslosigkeit spielt aufgrund der relativ guten Arbeitsmarktsituation in Südtirol eine wesentlich geringere Rolle.

Als Ursachen für den Bezug von Sozialhilfe lassen sich grundsätzlich zwei unterscheiden: einmal diejenigen, die zu jeder Zeit im Lebenslauf auftreten können, dann diejenigen, die auf bestimmte Lebensphasen beschränkt sind. Zur ersten Ursachengruppe gehören der Verlust der Arbeit und das Ende einer tragenden Beziehung wie der Ehe. Die zweite Ursachengruppe bezieht sich z.B. auf die Geburt eines Kindes bei jungen Eltern, auf Gesundheitsprobleme, die Personen in fortgeschrittenem Alter in ihren Berufschancen beeinträchtigen, auf eine unzureichende Altersversorgung. Zur Zeit gibt es noch keine systematischen Analysen des Sozialhilfebezugs in Südtirol und der Lebensverhältnisse ihrer Beziehher.

In Bozen lassen sich die Ursachen für den Sozialhilfebezug nicht so unmittelbar zuordnen.³³ Bei der Mehrheit der Fälle scheint der Verlust des Arbeitsplatzes oder Erwerbsunfähigkeit Hauptauslöser der Einkommensarmut zu sein. Der amtlich geführte Grund „Allgemeine Arbeitslosigkeit“ (disoccupazione generica) bezieht sich aber eher auf Erwerbslosigkeit im allgemeinen Sinne. Als zweitwichtigste Ursachenkategorie werden in der Bozner Untersuchung familienbedingte Gründe genannt, worunter auch die Anträge auf das soziale Mindesteinkommen seitens allein stehender Mütter fallen.

Eine detaillierte Auswertung der Sozialhilfestatistik der Gemeinde Bozen des Jahres 2000 lässt Folgendes erkennbar werden:³⁴

- Männer zwischen 40 und 49 Jahren beantragen überproportional Sozialhilfe. Als Grund ist hierbei vor allem die Arbeitslosigkeit zu sehen, gekoppelt mit zunehmenden altersbedingten Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Vor allem allein lebende Männer scheinen gefährdet zu sein.
- Frauen sind im höheren Alter von Armut bedroht, wenn sie als Witwen auf eine niedrige Rente als einzige Einkommensquelle angewiesen sind.
- Gefährdet sind auch allein erziehende Frauen zwischen 30 und 39 Jahren.
- Der Großteil der Sozialhilfeempfänger in Bozen waren im Jahr 2000 allein stehende Personen (57%), an zweiter Stelle rangierten die Alleinerziehenden (15,4%), gefolgt von den Paaren mit Kindern (12,3%).



Im Allgemeinen sind vor allem jene Menschen besonders armutsgefährdet und damit zukünftige Beziehher von Sozialhilfe, die keine eigene Altersversicherung aufbauen können. Außerdem befinden sich unter den Sozialhilfebezieher relativ häufiger Alleinerziehende, Paare mit mehr als zwei Kindern und Angehörige einkommensschwacher Gruppen wie Ausländerfamilien, Sinti und Roma. In den ländlichen Gebieten sind es meist allein stehende Senioren ohne Rentenanspruch. Der Anteil der Ausländer an den Sozialhilfeempfängern ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. 2002 waren fast ein Viertel der Beziehher des sozialen Mindesteinkommens Ausländer bei einem Anteil an der Wohnbevölkerung von eben 3,6%. Aufgrund des hohen Mietenniveaus in den Südtiroler Städten sind Ausländer auch anteilsmäßig öfter gezwungen, den öffentlichen Mietenzuschuss in Anspruch zu nehmen als Inländer.

Die Tendenz in der öffentlichen Sozialhilfe geht dahin, Bedürftige „zielgerechter“ zu unterstützen und stärker auf Sachleistungen und zweckgebundene Leistungen wie z.B. den Mietenzuschuss umzusteigen. Man ist verstärkt bemüht, die Sozialhilfe zeitlich zu begrenzen, um individuelle und familiäre Notlagen zu verhindern oder zu überwinden. Der Sozialhilfebezug soll nicht zum

Dauerzustand werden, was an der Bezugsdauer und der Zahl der Rückfälle in die Sozialhilfebedürftigkeit abgelesen werden kann. Vielmehr soll die Initiative der Empfänger dieser Finanzhilfe angeregt und eine völlige Abhängigkeit von Sozialhilfe vermieden werden. Allerdings gibt es derzeit schon zahlreiche „chronische und kaum lösbare Sozialhilfefälle“. Deshalb ist man in den Sozialsprengeln immer mehr bestrebt, jeden Fall als besonderen Fall zu betrachten und zu betreuen. Da es erhebliche Unterschiede in der Handhabung der Sozialhilfe zwischen den Bezirken und Sprengeln gibt, soll im Sinne der „Kostenoptimierung“ eine gerechte und effizientere Verteilung erreicht werden.

Schützt Sozialhilfe tatsächlich vor Armut? Erreicht sie die wirklich Bedürftigen oder schafft sie neue Abhängigkeiten? Die Politik nimmt für sich in Anspruch, mit den bestehenden Maßnahmen sowohl der finanziellen Sozialhilfe als auch der anderen Sozialdienste die dringendsten Notlagen abzufangen. Umstritten ist allerdings, ob die Sozialhilfe wirklich den Grundbedarf der Betroffenen abdeckt und ob die öffentliche Hand diese in ausreichendem Maße mit konkreter Betreuung zur Überwindung der Armutslage unterstützt. Im Sozialhilfebezug gibt es eine beträchtliche Fluktuation, d.h. für viele Betroffene ist Armut eine vorübergehende Phase im Leben. Für eine kleinere Gruppe ist sie aber ein verfestigter Zustand, aus dem nur mit größter Mühe ausgestiegen werden kann.

Da nicht alle Ausgaben und Leistungen privater Hilfsorganisationen erfasst werden können, lässt sich der Gesamtumfang der gewährten finanziellen Unterstützung für Hilfsbedürftige in Südtirol nicht beziffern. Festzuhalten bleibt, dass die - gleich ob von privater oder öffentlicher Seite - mit finanzieller Unterstützung bekämpfte Armut nur einen Teil der tatsächlichen Armut darstellt und die Hilfe somit auch nur einen Teil der von Armut betroffenen Familien erreicht. Eine Kürzung der Sozialleistungen hat in Südtirol bisher noch nicht stattgefunden, da der Umfang der insgesamt bei Land und Gemeinden verfügbaren Mittel auch ständig angestiegen ist. Allerdings ist die Verwaltung der öffentlichen Sozialhilfe zunehmend bestrebt, die Selbstverantwortung der Sozialleistungsbezieher zu stärken.³⁵



Kapitel 8

Wie geht man mit der Armut um?

Es gibt kein Armenmilieu, keine Armenviertel, kaum Menschen in zerlumpter, abgerissener Kleidung in Südtirol. In der Öffentlichkeit nimmt man Armut demnach meist gar nicht wahr. Statt offenkundig Armen begegnet man Menschen in verschiedensten Lebenslagen mit Merkmalen des Mangels, die oft erst bei genauerem Hinsehen zu Tage treten. Allein schon die rund 3.500 Bezieher des sozialen Mindesteinkommens, die bei den Sozialsprengeln vorstellig werden, gehören den unterschiedlichsten Gruppen an, die nicht zueinander in Verbindung stehen. Armut verbindet nicht. Große kulturelle Distanzen verhindern jedes Wir-Gefühl als Arme: die Alleinerziehende, die mit ihren Alimenter nicht über die Runden kommt; die Witwe, die mit der Hinterbliebenenrente nicht mehr auskommt; ein junger Haftentlassener, der den Wiedereinstieg nicht alleine schafft; ein Roma-Familienoberhaupt ohne geregelte Arbeit; ein geschiedener unterhaltspflichtiger Vater von zwei Kindern: das einzige, was diese Menschen in ihrer sozialen Lage gemeinsam haben ist der Mangel. Wie gehen sie selbst damit, wie geht die Gesellschaft und die Politik mit Armut um?

Wie gehen die Armutsbetroffenen mit ihrer Armut um?

Die Armutsbetroffenen oder Bezieher des sozialen Mindesteinkommens fühlen sich allen möglichen Gruppen zugehörig, nur nicht jener der Armen. Es gibt viele Milieus, denen materiell Arme sich genauso zurechnen wie Personen in „besseren Verhältnissen“, vom Freizeitclub bis zum Sportverein. Aber die materielle Lebenslage führt nicht zusammen, sie ist nicht milieubildend, sondern sozial unauffällig. Es gibt auch keinen eindeutigen Gegner mehr, wie früher vielleicht die reiche Oberschicht oder die Fabrikanten. Armut kann nicht mehr durch einfache Formeln der Ausbeutung erklärt werden. Eine ältere Frau, die wegen Haushalt und Kindererziehung keine Rentenbeiträge eingezahlt hat, kann heute keine Ansprüche geltend machen. Wer haftet dafür? Die Arbeitslosen, die keine geeignete Arbeit finden, wen sollen sie verantwortlich machen? Die Unternehmer? Das Land oder andere Konkurrenten?

Wie kommen die von relativer Armut betroffenen Südtiroler mit ihrem Einkommen zurecht? Immerhin 5% bekunden, große Schwierigkeiten und 8,1% ziemlich große Schwierigkeiten zu haben, mit dem verfügbaren Einkommen zurechtzukommen.³⁶ Auf den ersten Blick entsprechen diese Gruppen zusammengenommen fast dem Anteil der relativ armen Haushalte 1998 (14,1%). Tatsächlich bezogen auch mehr als 50% der Menschen, die nach eigenen Angaben finanzielle Probleme hatten, ein Einkommen unter 25 Mio Lire (rund 13.000 Euro). Ein offensichtlicher Belastungsfaktor, der zu finanziellen Schwierigkeiten führen kann, sind Kinder. Dabei geben Alleinerziehende die größten Schwierigkeiten an. Mit zunehmendem Alter der Kinder wird diese Belastung allerdings geringer, da ältere Kinder auch selbst dazuverdienen.

Für gut ein Viertel der Befragten liegt das tatsächliche monatliche Einkommen unter dem Wert, der als Mindesteinkommen betrachtet wird: man betrachtet sich als „zu wenig Verdienender“. Darunter befinden sich viele Senioren, was deutlich macht, dass viele Seniorenhaushalte auf sich gestellt nicht überleben könnten. Zwei Drittel der Personen mit weniger als 10 Mio. Lire Jahreseinkommen (rund 5.000 Euro) befanden sich 1998 nach eigener Einschätzung unter dem Minimaleinkommen. Doch die subjektive Einschätzung des eigenen Einkommens hängt stark vom Anspruchsniveau ab. Mit steigendem Alter wachsen meist die Ansprüche, aber nicht immer die verfügbaren Haushaltsmittel. Die Lebenshaltungskosten liegen bei allein lebenden Personen höher und das sind wiederum vor allem ältere Personen.

Insgesamt kommen 1998 43,2% der über 65-jährigen zur Einschätzung, dass ihr Einkommen unter dem subjektiv empfundenen Minimaleinkommen liegt. Auch die Paare ohne Kinder im Haushalt sind zu einem guten Drittel (35,7%) Seniorenpaare, was verständlich macht, dass Paare ohne Kinder bei dieser Selbsteinschätzung relativ schlecht abschneiden. Auch bei der Gruppe der Alleinerziehenden ist der Anteil von Haushalten unter dem Minimaleinkommen ziemlich hoch. Unter allen Haushaltstypen ist der Anteil der Personen, die subjektiv weniger als das Minimum beziehen, aber bei den allein lebenden Personen deutlich am höchsten.

Insgesamt bewerten, wie zu erwarten, Haushalte mit geringerem Einkommen ihre wirtschaftliche Lage schlechter als andere. Doch immerhin 25% der relativ Armen bezeichnen sich als weitgehend sorgenfrei, während es allgemein 40% der Personen sind. Ein Drittel der armen Haushalte hat auch subjektiv mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, nehmen sich demnach als „arm“ wahr. Doch in der Regel stehen Armutsbetroffene nicht dazu, arm zu sein. Sie nehmen ihre Lage entweder nicht als so eingeschränkt oder kritisch wahr oder verdrängen die Notlage.

Armutsbetroffene selbst befassen sich kaum mit sozialwissenschaftlichen Untersuchungen und erfahren über Armut über die Medien, oft ohne sich selbst betroffen zu fühlen. Sie begreifen sich als Personen mit gehäuften sozialen Schwierigkeiten, aber nicht als Opfer eines kollektiven Problems. Für diese Annahme spricht die Tatsache, dass viele Personen, die gemäß ihrem Einkommen Anspruch auf Sozialhilfe hätten, sich nicht trauen, diese konkret zu beantragen. So bekommt Armut einen immer intimeren Charakter.

Direkt angesprochen gibt es unter Armutsbetroffenen eine Tendenz, die eigene Lage zu beschönigen. Weil es immer noch Ärmere gibt, trösten sich manche damit, dass ja alles noch schlimmer kommen könnte. Mit Armut verbindet man sozialen Abstieg, Hilflosigkeit, Herrschaft von anderen über die eigene Person, Prestigeverlust in der Gesellschaft. Armut erzeugt Angst. Da diese Ängste aber nicht offen gezeigt werden können, werden sie verdrängt. Sie sind aber dadurch nicht beseitigt, sie ändern nur ihre Äußerungsformen. Sie dienen zur Abwehr derer, die mit den eigenen Ängsten in Berührung kommen. Armut trifft immer nur „die anderen“. Angst verliert nur dadurch an Bedrohung, wenn sie von sich gewiesen und auf ein angebliches Anderssein projiziert wird. Aus Angst wird Schuldzuweisung, Ablehnung, Hass.

Das Gespräch

Die Armut und die Kirche



Prof. Dr. Karl Golser, Dekan der Theologischen Hochschule Brixen und Direktor des Instituts für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung in Brixen

Auch in einem wohlhabenden Land wie Südtirol mit dem zweithöchsten Pro-Kopf-Einkommen Italiens gibt es Armut und einen Sockel armutsgefährdeter Menschen. Wie kommt das?

Golser: Armut hat in Südtirol viele Gesichter. Man kann Armut bei Mindestrentnern beobachten genauso wie bei Familien, die sich die hohen Wohnraumkosten nicht mehr leisten können. Es gab schon immer Armut in Südtirol, aber früher war das Einkommen gleichmäßiger verteilt. In der Entwicklung seit 1945 gab es ein Aufholen von einer noch stark agrarisch geprägten Gesellschaft zur heutigen Dienstleistungsgesellschaft, vor allem ab etwa 1970 mit der starken Entwicklung des Tourismus, des Handwerks, der öffentlichen Verwaltung. Auf der einen Seite ist der Wohlstand der Bevölkerung gewachsen, auf der anderen ist es auch zu höherer Verschuldung und einem starken Konsumismus gekommen. Armut ist auch eng verknüpft mit Bildung. Gering Qualifizierte haben ein höheres Armutsrisiko. Die Wirtschaft ist in verschiedenen Branchen stark subventioniert worden, nicht im gleichen Maße die Bildung. Vielleicht konnte man sich das leisten, solange sich Südtirol in einer Art geschützten Lage befand, aber das wird in der EU nicht auf Dauer so sein. Es gibt jetzt auch starke Änderungen auf sozialer Ebene, in den Formen des Zusammenlebens: es gibt immer mehr Teilfamilien und Alleinerziehende, kinderlose Paare, unverheiratete Paare, eine steigende Zahl von Trennungen mit dem Auseinanderbrechen von Familien und das damit verbundene Abdriften in Armut.

Haben viele Menschen es verlernt, bescheiden zu leben, mit weniger zurechtzukommen?

Golser: Ich habe den Eindruck, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auftut. Lange Zeit hatten wir in Südtirol eine gute Mittelschicht, doch in den letzten 10 Jahren entwickelt sich diese Schicht zurück. Das Klima wird rauer. Heute steigt das Einkommen der oberen Schicht der Wohlhabenden, während es die Familien am unteren Ende und vor allem jene mit nur einem Einkommensbezieher immer schwerer haben. Es gibt viele Rentner, die ein bescheidenes Leben führen. Aber es gibt viele jüngere Leute, die das nicht gewohnt sind und die einen bestimmten Konsumstandard in einer Krise nicht mehr zurückschrauben können. Man nimmt dann Kredite auf, um sich für sie normale Dinge zu leisten, die selbstverständlich geworden sind wie Ausgaben für Sport, Freizeit, Urlaub, Reisen. Muss dies alles sein? Es geht hier um die Frage der persönlichen Lebensstile und konkret um die Frage, ob wir uns nicht einen Lebensstil zurecht gelegt haben, der nicht nachhaltig ist, also weder für die Zukunft aufrechterhalten werden noch der ganzen Welt als Modell dienen kann. Aber unabhängig davon müssen wir uns auch fragen, ob wir durch diesen Lebensstil glücklicher geworden sind, ob unsere wahre Lebensqualität gestiegen ist. Die hohen Suizidzahlen in Südtirol sprechen leider eine andere Sprache. Ein bescheideneres Leben in Würde käme aber einem Prestigeverlust gleich. Die Ansprüche ans Leben werden immer höher angesetzt und können unmöglich in Erfüllung gehen. Um dann den Abstieg zu verkraften, greift man zu Alkohol und Drogen und anderen Suchtformen.

Ist diese Armut ein unvermeidliches Nebenprodukt der Modernisierung?

Golser: Wenn heute der Mittelstand abnimmt, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung schwindet und so viele sich nur mehr wenig leisten können, dann liegt die Ursache zum einen darin, dass im Zuge der neoliberalen Wirtschaftsdeologie der Staat sich immer mehr zurückgezogen hat. Der Slogan „Mehr Markt und weniger Staat“ hat bedeutet, dass der Staat zum einen im Wirtschaftsbereich weniger aktiv ist, also weniger Arbeitsplätze geschaffen hat – aber dies wäre wohl nur eine subsidiäre Aufgabe des Staates – zum anderen der Staat seine Aufgabe der Verteilungspolitik und Vermögensumschichtung über die Steuern und über eine ganze Reihe von sozialen Maßnahmen immer weniger wahrnimmt.

Was hat die private Verschuldung ausgelöst? Welche Rolle spielt die öffentliche Wohnbaupolitik?

Golser: Grundsätzlich gibt es in Südtirol relativ hohe Lebenshaltungskosten. Der teure Wohnungsmarkt überfordert viele. Es hat sich gezeigt, dass durch die Wohnbaupolitik des Landes die Bevölkerung sich immer stärker verschuldet hat, um zu einem Eigenheim zu kommen. Vor allem wollen die Eltern alles daran setzen, um für die Kinder Wohnungen zu kaufen oder zu bauen. Wäre es nicht sinnvoller gewesen, dafür zu sorgen, dass die Mietpreise niedrig bleiben, damit nicht so viele auf den Gedanken kommen, sich ein Eigenheim leisten zu müssen? Die Bauspekulation verbunden mit Interessen des Fremdenverkehrs hat das Übrige getan.

Welche Alternativen gibt es zu diesem Konsumverhalten?

Golser: Für alternative Lebensstile möchte ich das Beispiel der „Bilanzen der Gerechtigkeit“ bringen. Dabei legen 600 Familien in Italien alle Monate über ihre Ausgaben Rechenschaft ab, inwieweit es ihnen gelungen ist, von traditionellen Ausgaben zu nachhaltigen Ausgaben zu kommen. Über ihr ganzes Konsum- und Mobilitätsverhalten müssen sie sich so selber und gegenüber der eigenen Gruppe Rechenschaft ablegen. Zu nachhaltigen Ausgaben gehört auch die Zeit für die eigene Familie, Zeit für das Soziale, Zeit für die Kultur. Die Grundidee ist, dass die Menschen gerade über das eigene Konsumverhalten die Wirtschaft beeinflussen können. So kann ein Umdenken in Gang gesetzt werden.

Nun gibt es in Südtirol immer mehr Einkommens- und Vermögensungleichheit. Wie verträgt sich das mit dem Gerechtigkeitspostulat der katholischen Soziallehre?

Golser: Ein Grundprinzip christlicher Ethik ist die universale Bestimmung der Güter. Was an Ressourcen auf der Erde vorhanden ist, muss für alle da sein. Dies ist eine Frage der distributiven Gerechtigkeit. Die Politik hat die Möglichkeit, für eine bessere Verteilung zu sorgen. Sie tut das nur, wenn entsprechender Druck von unten vorliegt, erst dann bewegt sich die Politik. Was jetzt am meisten gespürt wird, ist die Verkehrsproblematik und die Gesundheit, weniger die Verteilungsfragen. Armut ist noch kein politisches Thema, mit dem Wahlkämpfe gefochten werden. Die Betroffenen haben politisch wenig Gewicht. Armut müsste in der Gesellschaft, in der Öffentlichkeit, in der politischen Bildung, aber auch in den Institutionen viel stärker zum Thema gemacht werden. Aber man kann eines nicht gegen das andere ausspielen. Man darf nicht Mittel umschichten von einem sozialen Sektor zum anderen, von einer Gruppe von Betroffenen zur anderen.

Vertraut man in der Kirche zu stark darauf, dass sich die „Profis der Hilfe“, die Caritas, die Vinzenzgemeinschaften und Hilfswerke um die Armut kümmern? Entspricht man die Armut an die Institutionen?

Golser: Interessant ist, dass die Katholische Kirche eine Kirche der Armen war, aber ich bemerke einen großen Abstand zwischen den lehramtlichen Äußerungen und der Wirklichkeit der Gemeinden. Es ist schon schwierig in den Gemeinden, eine Pfarrcaritas zu aktivieren. Die Pfarrgemeinderäte leisten zu wenig in dieser Hinsicht. Das kirchliche Leben in Südtirol ist stark konzentriert auf den Gottesdienst und auf die Liturgie, die die Menschen in ihrem Leben begleitet, aber in kritischen Situationen ist das Gefühl für Solidarität zu wenig entwickelt. Die lehramtlichen Äußerungen, die Sozialzyklen des Papstes und das neue Kompendium der katholischen Soziallehre, bzw. auf der Ebene der Diözese der Hirtenbrief des Bischofs zu den fünf Broten oder sein Sozial-Alphabet, werden zwar verbreitet, aber sie greifen zu wenig. Bei Katastrophen gibt es eine hohe Spendenbereitschaft, aber die Armut und Not im Lande wird nicht als so dringend empfunden. In den 70er Jahren hat sich für das soziale Engagement ein großes Interesse entwickelt, in letzter Zeit weit weniger. Jetzt sind eher die Spiritualität und die eigene Identität in den Mittelpunkt gerückt. Es besteht zu wenig Bereitschaft, sich aus der Mitte des Glaubens heraus den neuen Herausforderungen zu stellen, vor allem weil man die soziale Realität als zu schwierig empfindet, um eine umfassende Antwort parat zu haben. Auf der anderen Seite entstehen Partnerschaften mit Gemeinden im Süden und im Osten. Dort kann konkret an Projekten mitgearbeitet werden; die Menschen leisten dann Vieles aus Solidarität. Die Armut im eigenen Land fällt nicht so auf, das will man nicht sehen.

Wie steht es mit der Verantwortung der Kirche für Bekämpfung und Verhinderung von Armut?

Golser: Seit der Frühzeit der Kirche war diese Verantwortung und dieses Engagement für die Armen sehr stark im Christentum verwurzelt. Das hat sich im Laufe der Geschichte gezeigt, wo das Christentum Antworten auf die Armut gegeben hat, die andere Religionen so nicht gegeben haben. Das ist ein Zeichen der Lebendigkeit der Kirche. Wir befinden uns heute anscheinend in einer Phase des Übergangs, von einer Volkskirche, die man territorial betreut hat, wo viele nicht mehr aus der Mitte des Glaubens heraus leben, aber sich noch als Christen bezeichnen, hin zu neuen Bewegungen. Es sind zwar noch wenige, aber z.B. die Focolare-Bewegung hat sogar ein neues Konzept von Wirtschaft aufgezeigt, die

„economia di comunione“, wo Unternehmer aus christlichem Geist neue Weisen des Wirtschaftens und der Beteiligung entwickelt haben. Es gibt leider bei uns keine Vereinigung christlicher Unternehmer mehr. Die Kirche muss neue Ansätze finden und auch zu sozialer Lebendigkeit und Engagement zurückfinden. „Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, habt ihr mir getan“ – das ist zentral in der christlichen Botschaft. Wenn man das nicht beherzigt, ist man ja eigentlich kein Christ. Leider haben viele Christen ihr Christentum auf gewisse äußere Pflichten und Zeremonien reduziert, auf die liturgische Praxis, die das Leben begleitet, aber das ist zu wenig.

Wie geht die Gesellschaft mit der Armutsfrage um?

Die wenigen in den Fußgängerzonen präsenten Bettler prägen immer noch das Alltagsverständnis von Armut. Doch gibt es keine demonstrierenden Armen. Armut ist in Südtirol kaum öffentlich sichtbar, weshalb es leichtfällt, die Problematik auszublenden. Wer als professioneller oder ehrenamtlicher Mitarbeiter in sozialen Organisationen mitwirkt, erlebt es anders: am untersten Rand der Gesellschaft steht man immer mehr Menschen gegenüber, die man in der Öffentlichkeit nie als „arm“ wahrnehmen würden, die aber aus eigener Kraft nicht mehr durchkommen.

In Südtirol hat sich das Selbstbild eines stetig wachsenden, wirtschaftlich starken, finanziell gut abgesicherten, krisenfesten Landes festgesetzt. Man erwartet sich eine weitere Steigerung des Einkommens und Wohlstands, und Armut hat in diesem Wirklichkeitsbild keinen Platz. Spätestens wenn Armut öffentlich wird, z.B. durch Flüchtlinge im Bahnhofspark, Obdachlose unter den Brücken und Bettelnde auf den Plätzen, wird die Forderung nach Verboten laut. Dann weckt Armut Ängste und wird in der Öffentlichkeit als imagestörend empfunden. Bettler, Alkoholiker, Drogenabhängige und andere Randgruppen sollen die Fassade des Einkaufsparadieses nicht stören.

Die Kultur des Reichtums drückt sich heute nicht nur in der Warenwelt und im Kaufangebot aus, sondern in den unendlichen Wahlmöglichkeiten für den eigenen Lebensstil, um in der Erlebnisgesellschaft mitzuhalten. „Erlebnisse optimieren“, könnte die Devise lauten, oder „Tun, was einem gefällt“ oder auch „Auswählen, was man will“. Jeder versucht, sich seine Lebensumstände so einzurichten, dass sich die vom Zeitgeist geforderten und erwünschten Erlebnisse einstellen. Leben ist umso schöner, je mehr Optionen sich zum Auswählen bieten, die man sich auch leisten will. Man arbeitet ständig daran, die Wahlmöglichkeiten zu steigern. Dazu braucht es Geld. Reichtum ist notwendig, aber nicht hinreichend. Kulturell gesehen kommt es nicht so sehr darauf an, tatsächlich reich zu sein, sondern Wohlstand und einen guten Lebensstil zu demonstrieren. Deshalb leben auch immer mehr Menschen auf Pump. Der Gegensatz lautet nicht nur „arm oder reich“, sondern auch „arm oder selbstbestimmt“. Wer nicht die Mittel hat, kann zwar irgendwie überleben, aber sehr eingeschränkt und ohne Wahlmöglichkeiten. Die Erlebnisgesellschaft erlebt er höchstens als Zuschauer am Fernseher, den sich noch jeder Armutsbetroffene leisten kann.

Als Hauptrezept gegen die Armut wird dann freilich immer wieder angegeben: Arbeit. Doch in Südtirol ist Armut nur zu geringem Teil auf Arbeitslosigkeit und vor allem Langzeitarbeitslosigkeit zurückzuführen. Es fehlt nicht an Arbeitsplätzen und bezahlter Arbeit. Die am meisten von Armut Betroffenen – Mindestrentner, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Ausländerfamilien – sind gar nicht in der Lage, mehr Zeit in Erwerbsarbeit zu investieren. Hier zeigen sich Lücken im sozialen Netz und der Mangel an sozialstaatlicher Absicherung für Tätigkeiten, die nicht direkt entlohnbar sind. Erziehung, Pflege, Hausarbeit, Alltagskultur, Sozialarbeit: lauter Tätigkeiten, die in öffentlicher oder privatwirtschaftlicher Form unter heutigen Umständen nur zu geringem Teil vergütet werden können. Andererseits gibt es auch einen wachsenden Bereich von Niedriglöhnen und Mindestrenten, die einen normalen, durchschnittlichen Lebensstandard nicht mehr gewährleisten können.

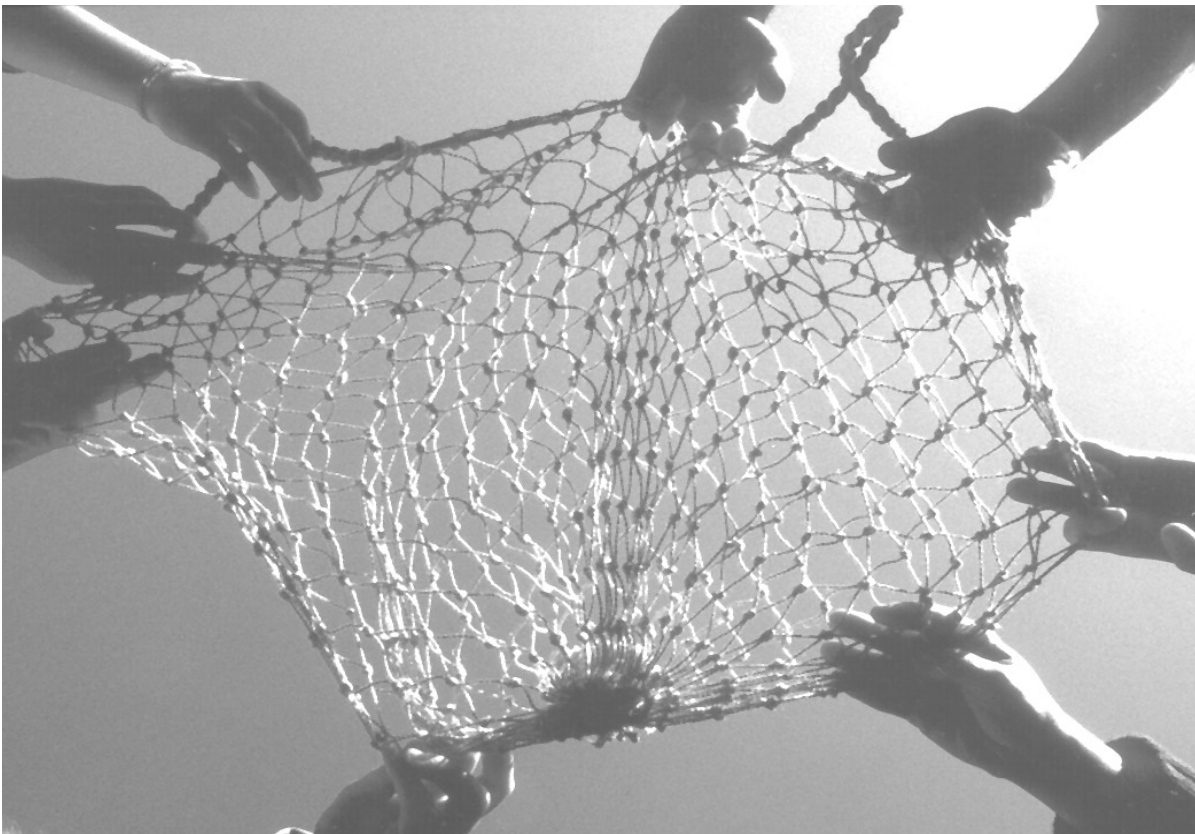
Wie geht die Politik mit der Armut um?

Südtirol liegt beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und beim Einkommen pro Kopf über dem EU-Durchschnitt, aber auch der Anteil der „relativ Armen“ an der Bevölkerung ist in den letzten Jahren gewachsen. Innerhalb des von relativer Armut bedrohten oder betroffenen Fünftels der Bevölkerung ist der Kern dauerhaft Verarmter gering. Noch gibt es keine sozialen Ghettos und die meisten Familien und Einzelnen, die unter die Armutsgrenze fallen, können sich mit oder ohne offizielle Unterstützung nach einiger Zeit wieder davon befreien. Es gibt in Südtirol noch genügend finanzielle und moralische Ressourcen, um Armut nicht ausufern zu lassen. Können sie mobilisiert werden? Wie viel soziale Ungleichheit verträgt eine solidarische Gesellschaft?

Das Land Südtirol hat ein für Italien vorbildliches Netz von dezentralen sozialen Diensten aufgebaut und gibt für das Sozialwesen i. e. S. pro Kopf der Bevölkerung mit der Region Aosta und der Provinz Trient italienweit am meisten aus. Gesetzliche Neuerungen wie die Unterhaltsvorschussstelle, das Landeskindergeld und das regionale Familienpaket versuchen, das soziale Netz enger zu knüpfen. Der regionale Zusatzrentenfonds Pensplan soll dem Einbrechen des durchschnittlichen Rentenniveaus der zukünftigen Altersrenten vorbeugen, die geplante Pflegeversicherung soll die Finanzierung des wachsenden Pflegebedarfs sicherstellen.

Gleichzeitig entwickeln sich, wie die letzte ASTAT-Studie zur Einkommensverteilung zeigt, die untersten und obersten Einkommensgruppen auseinander und der Anteil der „relativ Armen“ steigt. Eine unvermeidliche Begleiterscheinung einer sich modernisierenden Gesellschaft? Oder ein Zeichen dafür, dass der Politik die Korrektur der marktbedingten Primärverteilung mit der Steuer- und Ausgabenpolitik nicht gelingt und auf Umverteilung und sozialen Ausgleich immer mehr verzichtet wird? In Südtirol scheint man auch das Prinzip „Ungleiches gleich zu behandeln“ als neue Leitlinie der Sozialpolitik zu betrachten, obwohl offizielle statistische Erhebungen auf die zunehmende Schräglage der Einkommensverteilung hinweisen: so z. B. schlägt man einen einheitlichen Beitrag zur Pflegeversicherung für alle vor und führt ein Kindergeld im selben Monatsbetrag für alle Familien bis zu maximal 80.000 Euro Einkommen ein. Gleichzeitig steigender Druck auf dem Arbeitsmarkt fördert Entwicklungen zu Niedriglöhnen: Flexibilisierung, Scheinselbstständigkeit, Leiharbeit und Einstiegsgehälter.

Das soziale Netz scheint Lücken aufzuweisen. Es ist ein auf normale Erwerbsbiographien fixiertes soziales Sicherungssystem, das Produktivität, Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung zum Leitbild hat. Es ist Ausdruck einer Arbeitsgesellschaft, die so nicht mehr existiert und mit der zunehmenden Alterung der Gesellschaft immer weniger existieren wird. Das überlebte Arbeitsethos lässt genau diejenigen am Netz abrutschen, deren Biographien dieser lohnzentrierten Normalerwerbsvorstellung nicht oder nicht mehr entsprechen. Es sind alte Menschen, Menschen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben, kranke und behinderte Menschen, Menschen ohne Wohnung, ohne ausreichende Ausbildung, Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung. Dies sind nicht mehr nur „Randgruppen“, sondern auch Menschen mitten aus sogenannten intakten Gemeinschaften, in (fast) familiärer Normalität. Diese Lücken zu schließen und das Netz wieder auf Dauer tragfähig zu machen, ist die Herausforderung der heutigen Sozialpolitik im Kampf gegen die Armut.



Kapitel 9

Der Einsatz der Caritas gegen die Armut

In der Caritas setzen sich hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen mit sozialen Notlagen auseinander und arbeiten konkrete Hilfsangebote aus. Die Caritas macht auf menschliche Not aufmerksam und schafft Räume und Möglichkeiten, sich auf den Mitmenschen einzulassen. Soziale Probleme bedürfen einer den Ursachen entsprechende Antwort. Um Armut und Not in differenzierter Weise zu begegnen, hat die Caritas in den letzten Jahren ein breit gefächertes Angebot an Hilfen aufgebaut. Dabei geht es nicht nur um materielle Armut, sondern auch um Notlagen psychischer, seelischer, spiritueller Natur. Die Caritas hat diese vielfältigen Dienste in folgende Tätigkeitsschwerpunkte aufgeteilt:

Die Dienste der Caritas im Bereich Armut und soziale Not im Überblick:

- Erstaufnahme- und Beratungsdienst für Ausländer in Bozen
- Essensausgabe M. Hueber in Brixen
- Bahngleis 7 in Bozen
- Beratung für Nicht-Seßhafte und Einwanderer in Bozen
- Beratung für Menschen in Not im ganzen Land
- Freiwilligenarbeit der Pfarrcaritas-Gruppen
- Haus Emmaus in Leifers und Beratungsdienst IRIS
- Haus Margaret in Bozen
- Mensa für Nicht-EU-Bürger in Bozen
- Obdachlosenheim Arché in Meran
- Projekt Odós für Haftentlassene in Bozen
- Schuldnerberatung in Bozen, Meran und Bruneck
- Projekt Vier Wände

Die Stützung der Freiwilligenarbeit

Ein wesentlicher Bestandteil des Einsatzes der Caritas sind die freiwilligen MitarbeiterInnen der etwa 200 Pfarrcaritas-Gruppen. Sie kümmern sich im ganzen Land mit konkreten Hilfsangeboten um betroffene Familien und Einzelpersonen. Dabei arbeiten sie mit den Pfarreien, mit den KVV-Ortsgruppen, dem Vinzenzverein, dem Katholischen Familienverband und anderen örtlichen sozial engagierten Freiwilligeninitiativen zusammen. Auf diese Weise kann in Härtefällen gemeinsam eingesprungen werden. Die MitarbeiterInnen der Pfarrcaritas begleiten Menschen in Not sowohl mit materieller Unterstützung wie auch mit seelsorgerischer Hilfe und Beratung. Diese Fürsorge lebt wie eine Reihe weiterer Caritas-Dienste vom Engagement von Freiwilligen, die Aufgaben ganz unterschiedlicher Art wahrnehmen: Mithilfe bei der Betreuung von alten, kranken und behinderten Menschen, praktische Aufgaben wie Transportdienste, Besorgungen, Essensausgabe und Büroarbeiten bis hin zu einer projektbezogenen inhaltlichen Mitarbeit in einem der Caritas-Dienste zusammen mit den hauptamtlichen MitarbeiterInnen. In Südtirol arbeiten geschätzte 2000 Personen als freiwillige MitarbeiterInnen in den Pfarrcaritas-Gruppen mit. Sie bilden somit ein kapilläres Netz gegen soziale Not.

Das Referat „Freiwilligenarbeit und Pfarrcaritas“, angesiedelt bei der diözesanen Caritas, unterstützt die sozial engagierten Freiwilligen. Neben der Beratung und Vermittlung organisieren die MitarbeiterInnen dieses Referates auch Aus- und Weiterbildung für Ehrenamtliche und am Volontariat Interessierte. Diese erhalten so eine Stütze in ihrem Tun und die Möglichkeit, sich persönlich weiterzubilden. Gleichzeitig wird die Qualität der Freiwilligenarbeit gefördert.

Anders organisiert ist die Hospizbewegung. Sie ist bei der diözesanen Caritas angesiedelt und wird von hauptamtlichen MitarbeiterInnen von Bozen, Meran und Bruneck aus koordiniert. In der Hospizbewegung arbeiten derzeit 118 Freiwillige. Sie begleiten nach fundierter Ausbildung Schwerkranke, Sterbende und deren Angehörige ein wichtiges Stück ihres Lebens; sie bieten ihren Dienst in ganz Südtirol an und möchten allen Menschen ein Leben in Würde bis zuletzt ermöglichen und für die trauernden Angehörigen da sein.

Die Beratungsdienste

Finanzielle Schwierigkeiten, Probleme in der Familie und am Arbeitsplatz und andere widrige Lebensumstände führen manche Menschen an einen Punkt, an dem sie nicht mehr weiterwissen und sich zurückziehen. Ein beratendes Gespräch zum richtigen Zeitpunkt kann in Krisensituationen eine wichtige und wertvolle Unterstützung für die Menschen sein.

Die Beratungsdienste der Caritas umfassen die Schuldnerberatung, den Beratungsdienst „Menschen in Not“ (bekannter unter Centro d’Ascolto), die Männerberatung, die Telefonseelsorge und die Psychosoziale Beratung. Mit materiellen Notlagen und Armut ständig direkt konfrontiert ist die Schuldnerberatung, welche Jahr für Jahr stärker in Anspruch genommen wird (vgl. das Gespräch mit der Leiterin Petra Priller im Kap. 6). Bei geringem Einkommen genügt ein ungeplantes Ereignis – z.B. eine schwere Krankheit, ein Unfall, eine familiäre Krise – um jemanden auch wirtschaftlich in eine Existenzkrise zu stürzen. Hier versucht die Caritas auf verschiedenen Ebenen mit zielgruppengerechten Beratungsformen anzusetzen.

ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlinge

Für ausländische MitbürgerInnen in schwierigen Situationen hat die Caritas verschiedene Dienste aufgebaut. EinwandererInnen brauchen meistens vor allem in der ersten Phase ihres Aufenthalts in Südtirol Hilfe und Stütze. Es gilt, soziale und rechtliche Fragen zu klären und die Integration in unsere Gesellschaft zu unterstützen. Zu den unterstützenden Einrichtungen der Caritas gehören Beratungs- und Erstaufnahmestellen in Bozen und Meran, dazu kommen Wohnheime und Unterkünfte für AusländerInnen in Bozen und Umgebung und zwei Mensen bzw. Essensausgaben in Bozen und Brixen. Die Caritas führt eigene Beratungsstellen für ArbeitsmigrantInnen, für Flüchtlinge und Asylsuchende und für Sinti und Roma.

Hilfe für Wohnungs- und Obdachlose und Randgruppen

Eine Reihe von Angeboten der Caritas richten sich an kleinere Personengruppen: Drogenabhängige, Haftentlassene, Nicht-Sesshafte, HIV-Positive. Bahngleis 7 in Bozen ist eine niederschwellige Einrichtung für Drogenabhängige, die auf der Straße leben oder sich in einer schwierigen sozialen Situation befinden und in kein Therapieprogramm einbezogen sind. Dieses

Drop in bietet eine Art Rückzugsraum, in dem sich Drogenabhängige mit dem Nötigsten versorgen können. HIV-Positive werden von der Caritas im Haus Emmaus und mit dem Freiwilligendienst „Iris“ betreut. Im Projekt Odós begleiten Caritas-MitarbeiterInnen Haftentlassene im Übergang vom Gefängnis zu einer „normalen“ Existenz. Für Personen ohne Wohnsitz und Obdachlose bietet die Caritas verschiedene Dienste zur existenziellen Grundsicherung. Es geht dabei um die Bereitstellung von Unterkunft, Verpflegung, Kleidung und um persönliche Hygiene. In Bozen führt die Caritas Haus Margaret, das einzige Obdachlosenheim Südtirols, das allein für Frauen bestimmt ist. Das Obdachlosenheim Arché in Meran bietet sowohl Frauen als Männern Unterkunft und Verpflegung, aber auch sozialarbeiterische Begleitung an. So können die dort Aufgenommenen einen Neuanfang zur Eigenständigkeit wagen. Menschen, die sich schwer tun, auf dem freien Markt eine für sie finanzierbare Wohnung zu finden, bietet das Projekt „Vier Wände“ in Kaltern und Brixen in insgesamt 20 Wohneinheiten eine vorübergehende Unterkunft an. Der hauptamtliche Mitarbeiter hilft den Untergebrachten bei der Suche nach einer angemessenen Bleibe.

Mit suchtabhängigen Menschen arbeitet die Caritas vor allem in der Psychosozialen Beratung in Schlanders. Alkohol- und Medikamentenabhängige, aber auch Menschen mit anderen Abhängigkeiten werden therapeutisch begleitet, um ihnen den Wiedereinstieg in den normalen Lebensalltag zu erleichtern. Die Menschen sollen die Möglichkeit haben zu lernen, mit ihrem Umfeld wieder in eine normale Beziehung zu treten, sich zu pflegen, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Es geht der Caritas darum, diesen Menschen ein Sprungbrett in eine neue Zukunft abseits von Abhängigkeit und der damit verbundenen Armut zu verschaffen. Die MitarbeiterInnen des Tagesclubs in Meran bieten Menschen mit psychischen Problemen Alltagsbegleitung an. Im Tagesclub können sie sich treffen und gemeinsam den Tag verbringen. Sie können sich an den hausintern angebotenen Beschäftigungsmöglichkeiten beteiligen, erhalten Anleitungen in alltagspraktischen Tätigkeiten und bekommen Informationen zu anderen Anlaufstellen. So können sie sich auch außerhalb des Tagesclubs selbstsicherer bewegen.

Mitbestimmung im Sozialwesen

Die Caritas versucht, sich in die Sozialpolitik des Landes und der Gemeinden einzubringen und so die Gesellschaftspolitik in Südtirol mitzugestalten. Dabei will sie nicht nur Notlagen lindern, sondern auch Armutsprävention betreiben. So z.B. wirkt die Caritas am Landessozialplan mit. Sie arbeitet im Netz mit anderen sozialen Diensten. Es geht der Caritas auch darum, über die sozialen Fragen zu informieren und mehr Interesse und Sensibilität in der Öffentlichkeit zu schaffen: mit Informationen und Publikationen, über das Internet und öffentliche Veranstaltungen.

Das Gespräch

„Die Caritas will die Sozialpolitik mitgestalten“



Heiner Schweigkofler und Mauro Randi, Caritas-Direktoren

Das öffentliche soziale Netz scheint auch in Südtirol löcherig zu werden. Kann man dies aus der Erfahrung der Caritas bestätigen?

Schweigkofler: Die Sozialdienste des Landes sind für die Grundsicherung zuständig und in den öffentlichen Einrichtungen wird der Großteil der sozialen Betreuung geleistet. Wir ergänzen dieses soziale Netz für Menschen in besonderer Notlage, zeigen aber auch auf, wo dieses Netz löcherig geworden ist. Wir kennen die Nöte und Sorgen der Betroffenen und können sagen, was benötigt wird und wo die Schwachpunkte liegen. Armutslagen sind sehr verschiedenartig, und die Fragen müssen differenziert betrachtet

werden. Wir sehen es als unsere Aufgabe, Anwalt von politisch nicht vertretenen Gruppen zu sein, um die Sozialpolitik unseres Landes mitzugestalten. Wir wollen also nicht nur Lücken füllen, sondern auch aus unseren Erfahrungen heraus mitreden und mitbestimmen.

Randi: Wir gehen davon aus, dass jede Person bestimmte Grundrechte hat. Diese Rechte sind anerkannt, wie z.B. das Recht auf Gesundheit, Wohnung, Arbeit und Bildung. Wenn eine Person keinen Zugang zur Ausbildung und zum Arbeitsmarkt findet, muss sie unterstützt werden. In Südtirol haben alle zwar dieselben Rechte, aber in der Praxis bei weitem nicht dieselben Chancen. Aber viele haben z.B. aufgrund der familiären oder finanziellen Verhältnisse gar nicht die Entscheidungsmacht, einen bestimmten Weg zu gehen. Daran gilt es zu arbeiten auch auf der Ebene der Bewusstseinsbildung der Betroffenen. Daneben wird es immer Menschen geben, die in existenzielle Krisen geraten. Diese müssen wir auffangen. Niemand soll unter ein bestimmtes Niveau fallen.

Die Einkommensverteilung wird laut neuester Daten des ASTAT in Südtirol immer ungleicher. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Schweigkofler: Es geht nicht nur um den Anstieg des Anteils der relativ Armen, der jetzt fast 15% der Haushalte erreicht. Vielmehr wird die Einkommensverteilung allgemein ungleicher. Die reichsten 10% der Südtiroler beziehen gleich viel Einkommen wie die ärmere untere Hälfte der Einkommensbezieher, nämlich immer 25%. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Die Schere zwischen den unteren Einkommensgruppen und den oberen klappt immer mehr auseinander. Beide Extreme wachsen gleichzeitig, die Zahl der Bezieher mittlerer Einkommen nimmt dagegen ab. Dies ist eine für Südtirol sehr bedenkliche Entwicklung.

Randi: Man müsste genauer aufschlüsseln, welche Gruppen von Armen zahlenmäßig wachsen. Wenn es vor allem um ältere Menschen geht, müsste man bei der Ausgabenbelastung, also bei den Lebenshaltungskosten ansetzen, da die Rentner kaum Einfluss auf ihr Einkommen haben. Wenn es eher um kinderreiche Familien geht, könnte man zusätzliche Ressourcen in der Familienpolitik bereitstellen. Die Analyse muss differenzieren.

Welche Gruppen sind in Südtirol am stärksten armutsgefährdet?

Randi: Die Rentner werden weiterhin stark betroffen sein. Menschen, die heute keinen Dauer-Arbeitsplatz haben, müssen mit geringen Renten rechnen. Man kann das mit einer Zusatzrentenversicherung etwas kompensieren, aber das wird bei weitem nicht allen gelingen. Teilzeitarbeitnehmer sind betroffen, aber auch Leiharbeiter, die zwar einen hohen Stundenlohn, aber zwischen den Aufträgen immer längere Leerzeiten haben. Wer Anfang oder Mitte zwanzig ist, kann diese Vertragsformen vielleicht zum Sammeln von Erfahrungen nutzen, aber sie taugen nicht, um sich beruflich weiterzuentwickeln. Die Rentner mit Mindestrente wird auch in Zukunft ein Armutsrisiko treffen, vor allem wenn sie alleine leben. Pflegebedürftigkeit ist sehr kostspielig. Man müsste mehr Altenwohngemeinschaften gründen, wo sich ältere Leute gegenseitig helfen können. Es geht ja um die Lebensqualität im Alter, die in den Altersheimen mit fast 90% chronisch Kranken oder Pflegebedürftigen nicht so vorhanden ist. Man könnte die Wohngemeinschaften auch mehr mit jüngeren Familien durchmischen, wo die Älteren zwar selbstständig in ihrer Privatheit leben können, aber doch vertraute Menschen in der Nähe sind. Man sollte die Generationen wieder mehr zusammenbringen. Auf dem Land funktioniert dies noch manchmal, doch in der Stadt sind solche Wohngemeinschaften vielfach zu teuer. Ältere Menschen geben relativ viel für die Wohnung aus. Deshalb müsste man auf die öffentlichen Tarife und Gebühren Einfluss nehmen. Daneben müsste versucht werden, für ältere Menschen die Lebenshaltungskosten zu erleichtern. Man lebt heute im Durchschnitt länger und im Alter braucht es eine spezielle Diät. Man könnte Einkaufsgenossenschaften gründen.

Worin sehen Sie die Gründe für diese Entwicklung?

Schweigkofler: Das soziale Klima ist auch in Südtirol wie in anderen Regionen Europas rauher geworden. Am Arbeitsmarkt und an den Arbeitsplätzen ist ein höherer Druck verspürbar, wenn wir auch fast Vollbeschäftigung haben. Es besteht auch bei den Selbstständigen ein hoher Druck, mitzuhalten, und viele gehen dabei über ihre Grenzen hinaus. In Südtirol sind wir Teil dieser allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen hin zu mehr Produktivität, zu höheren Anforderungen, zu mehr Wettbewerbsfähigkeit. Auf der anderen Seite gibt es einen wachsenden Konsumdruck, aggressive Werbung und eine ständig steigende Auswahl an Konsummöglichkeiten. Bei den Lebenshaltungskosten sind es vor allem die Wohnungskosten, die den Menschen in den Städten zu schaffen machen. Heutzutage liegen die Grundfixkosten des Lebens einfach höher, um überhaupt mithalten zu können.

Randi: Darüberhinaus denkt man in der Sozialhilfe zu stark an Dienstleistungen, nicht an die menschlichen Beziehungen zwischen Alten und Jüngeren. Beziehungen pflegen zu können ist aber für die Senioren genauso wichtig, wie regelmäßig Medikamente und Mahlzeiten zu erhalten. Darauf müsste z.B. der Hauspflegedienst mehr eingehen. Ein Gespräch kann

viel wichtiger sein als ein Antidepressivum. Aber auch kinderreiche Familien sind betroffen: viele Familien sind einem hohen Konsumdruck ausgesetzt, wollen ihren Kindern einen bestimmten Lebensstil bieten und verschulden sich. Hier müsste man kulturelle Alternativen anbieten, bescheidenere Lebensformen, die im Alltag so nicht erlebt werden.

Das Land gibt derzeit jährlich etwa 11 Millionen Euro für die Sozialhilfe für rund 8.500 Begünstigte aus. Reicht dieser Ausgabenrahmen?

Randi: Es fragt sich vor allem, wie diese Mittel ausgegeben werden. Wenn sie unzweckmäßig eingesetzt werden, ändert sich an der Armutslage nichts. Kommen diese 11 Mio. Euro immer demselben Bedürftigenkreis zugute oder sind es ständig andere, „neue“ Arme? Man müsste fragen, ob die Sozialsprengel auch Projekte zur Befreiung aus der Armut betreuen können. Dies scheint bei der heutigen Personallage fast unmöglich. Es gibt z.B. Sozialarbeiterinnen, die 160 Fälle zu betreuen haben und durchschnittlich eine Stunde im Monat pro Person aufwenden können. Aber es kommt ja darauf an, die einzelne Person zu aktivieren, ihre prekäre Lage selbst zu überwinden. Grundsätzlich kann jeder mit fachkundiger Unterstützung wieder aus der Armut herausfinden, wenn es gelingt, die eigenen und die Ressourcen des Umfelds zu aktivieren. Dafür braucht es aber mehr Personal, das für den Einzelfall mehr Zeit aufbringen kann. Auch die Sozialhilfeschwelle ist fragwürdig: der Warenkorb müsste dringend überholt werden, um die Wohnungskosten stärker zu berücksichtigen: Kondominium, Strom, Gas, ICI, Müllabfuhr, ganz zu schweigen von den Schwarzmieten. Der Mietenzuschuss deckt oft nur einen geringen Teil der tatsächlichen Wohnungskosten ab. Doch hier ist das Land sehr vorsichtig, weil mit jeder Anhebung der Schwelle die Zahl der Anspruchsberechtigten rasch ansteigt.

Wo liegt derzeit der größte Bedarf in der Sozialpolitik?

Schweigkofler: Die Politik beklagt jetzt schon die steigenden Kosten im Sozialwesen. Bei den öffentlichen Haushalten wird es zunehmend enger, mit den Steigerungsraten der letzten Jahre wird man zukünftig nicht mehr rechnen können. Es geht aber nicht nur um finanzielle Sozialhilfe, es geht auch um Rechte und Rahmenbedingungen. Z.B. die Roma und Sinti bemühen sich seit vielen Jahren um Stellplätze, nicht um mehr Sozialhilfe. Die Rentner benötigen eine Anhebung der Mindestrenten, die Arbeitnehmer eine andere Lohnpolitik: wie kann geregelt werden, dass Vollzeit-Beschäftigte mit ihrem Lohn ihre Familie erhalten können? Es gibt derzeit ein wachsendes Lohndumping in der EU, das Niedriglohnbezieher bei uns unter Druck setzt. Hier ist die Wirtschaftspolitik gefragt, hier sind die Gewerkschaften gefragt. Niedrige Arbeitslosigkeit ist unser Glück, aber die Niedriglöhne werden künftig immer mehr Familien vor existenzielle Probleme stellen. Die Vollbeschäftigung hat uns vor größerer Armut bewahrt. Wir merken aber auch in unseren Beratungsstellen: in einem Alter von 55-60 Jahren hat man kaum mehr die Möglichkeit, Arbeit zu finden. Dieser Druck auf Arbeitnehmer und sozial Schwächere schwappt langsam aus den Nachbarländern nach Südtirol über.

Gibt es genug Aufmerksamkeit für die Armut oder wird die soziale Lage schöngefärbt?

Schweigkofler: Wir haben 2001 mit der Aktion „Hosch nix, bisch nix“ einen großen Beitrag für mehr Öffentlichkeit und Problembewusstsein zur Armut geschaffen und damit eine längere Debatte ausgelöst und wohl auch Einfluss auf die Politik genommen. Es gibt aber eine Reihe von Maßnahmen und Bereichen, wo noch erheblicher Handlungsbedarf besteht: z.B. die bessere Unterstützung der Schuldnerberatung, mehr bezahlbarer Wohnraum in den Städten, die Integration von Randgruppen und Ausländern.

Die 2002 eingesetzte Landesarmutskommission ist derzeit jedoch nicht mehr aktiv?

Randi: Die Landesarmutskommission hat sich dreimal getroffen und ein Maßnahmenpaket diskutiert. Einiges ist angegangen worden, doch entscheidend wichtige Dinge sind bisher noch nicht umgesetzt worden. Man muss Prioritäten festlegen und auch realisieren. Bereits 2001 haben wir verlangt, das soziale Mindesteinkommen nicht nur regelmäßig an die Inflation anzupassen, sondern auch einen qualitativen Sprung in der Neuberechnung zu wagen. Eine Reihe weiterer Maßnahmen warten auf Verwirklichung.

Wird die Frage der Armut in der Bevölkerung ausreichend ernst genommen?

Schweigkofler: Wenn wir die Freiwilligenarbeit als Indikator für diese Sensibilität in der Bevölkerung heranziehen, sieht es nicht schlecht aus. Innerhalb der Caritas sind in den verschiedenen Diensten 450 Freiwillige und in den Pfarrcaritas-Gruppen südtirolweit über 2000 Menschen ehrenamtlich aktiv: ein beachtliches Engagement, das weiter zunimmt. Alle setzen sich

für eine menschlichere Gesellschaft ein. Sie stehen hinter dem Auftrag der Caritas, das Miteinander zu stärken. In Südtirol wirken noch einige hundert Vereine im Sozialbereich, das ist auch eine Stärke unseres Landes, eine echte Ressource und auch eine Entlastung für den Landeshaushalt. Auch das Spendenvolumen für den Einsatz gegen die Armut im Land ist stabil. Viele Menschen vertrauen der Caritas, dass dieses Geld gut eingesetzt wird. In Zukunft werden der freiwillige soziale Einsatz, die Nachbarschaftshilfe, neue soziale Netze immer wichtiger werden und selbst wird man mehr Verantwortung übernehmen müssen, wenn die öffentliche Hand weniger Personal stellen und Ausgaben tätigen kann.

Ist die Grundsicherung ein Modell für die Südtiroler Sozialpolitik?

Schweigkofler: Wir haben mehrfach versucht, die Frage der Grundsicherung in Form eines Sockelbeitrags für alle in die Diskussion zu bringen. Es würde vor allem zu einer Vermeidung von Einkommensarmut führen, sozialen Druck wegnehmen und auch zu einem Bürokratieabbau führen, doch das Hauptproblem ist die Finanzierung, vielleicht auch, dass die Motivation, sich aktiv um Erwerbsarbeit zu bemühen sinken würde. Wo sollte eingespart werden, um es zu finanzieren? Diese Form der Einkommenssicherung wird als theoretischer Ansatz zwar schon lang diskutiert, doch gibt es leider noch keine konkreten Anwendungsbeispiele in Europa, die zeigen, dass es sich bewähren könnte.



Kapitel 10

Wie der Armut entgegenwirken?

Die wichtigsten Ansatzpunkte in der Armutsbekämpfung

Etwa 6% der Südtiroler Bevölkerung sind laut ASTAT „sehr arm“, d.h. sie müssen mit durchschnittlich 517 Euro monatlich auskommen, was bei den herrschenden Lebenshaltungskosten kein leichtes Unterfangen ist. Weitere 9% sind „gerade arm“ und insgesamt sind somit fast 15% von relativer Einkommensarmut betroffen. 1,8% der Bevölkerung schöpfen alle erreichbaren Sozialhilfeleistungen des Landes aus. Zudem steigt die Gesamtzahl der von Armut betroffenen Familien und Einzelpersonen seit 1998. „Sehr arm“ ist in Südtirol also keine vernachlässigbare kleine Gruppe, sondern immerhin rund 10.000 Familien oder rund 28.000 Menschen sind betroffen. Sie leben mitten in unserem Wohlstandsland. Ganz zu schweigen von der Zahl der „relativ Einkommensarmen“: 15% der ansässigen Bevölkerung entsprechen derzeit nicht weniger als 72.000 Personen.

Was bedeutet es im konkreten Alltag, mit 517 Euro auskommen zu müssen? Es ist bisher noch nicht näher untersucht worden, wie gravierend unterversorgt diese Personen und Familien in ihrer Lebenslage sind und ob das soziale Mindesteinkommen, das ein kleinerer Teil dieser Personen vom Land bezieht, auch wirklich greift und für das Lebensnotwendige ausreicht. Stellt man ausschließlich auf das Merkmal „monetäres Einkommen“ ab, wird die volle soziale Realität nicht abgebildet und die Armutsanalyse greift zu kurz. Einerseits kommen erstaunlich viele Menschen noch in sehr bescheidenen Verhältnissen zurecht und die Armut wird nicht offenkundig; andererseits sind MitarbeiterInnen der Caritas tagtäglich mit krassen Fällen von Not und materieller Armut konfrontiert. Umso mehr kommt es darauf an, die öffentliche Armutsberichterstattung auszubauen und zu verfeinern, um die konkrete Lebenslage der Armutsbetroffenen zu erfassen. Die Gesellschaft und die Öffentlichkeit haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie es um den einkommensschwächsten Teil steht und welche Unterstützung an welcher Stelle ansetzen soll.

Was aus den wenigen vorliegenden Daten und Analysen klar hervortritt, sind neben der quantitativen Dimension der Einkommensarmut die sozialen Gruppen, die einem besonderen Armutsrisiko ausgesetzt sind. Zwischen 1998 und 2003,

dem Stichjahr der jüngsten ASTAT-Untersuchung, hat sich dabei wenig geändert. Deutlich benachteiligt sind Familien mit mehr als zwei minderjährigen Kindern, allein lebende Nicht-Erwerbstätige (vor allem Rentner/innen), ein Teil der Alleinerziehenden und in zunehmendem Maß auch Ausländerfamilien. Hier wirken – wie in den vorhergehenden Kapiteln kurz aufgezeigt – verschiedene Bedingungsfaktoren ineinander und überlagern sich, von den überdurchschnittlich steigenden Wohnkosten bis zum Ausfall des Erwerbseinkommens wegen der Notwendigkeit, Erziehungs- und Haushaltspflichten alleine nachkommen zu müssen. Doch allen gemeinsam ist die Notwendigkeit, sich aufs Allernötigste einzuschränken, sich zu verschulden, zum Bittsteller zu werden, Sozialhilfe zu beantragen, auf den gängigen Lebensstandard verzichten zu müssen. Dabei nehmen sich die Betroffenen selbst oft nicht als „arm“ wahr, sondern sind einfach täglich mit vielfacher Einschränkung und Verzicht konfrontiert.

Damit sind auch die wichtigsten Ansatzpunkte für eine nachhaltige Armutsbekämpfung und für eine Politik der Armutsvermeidung genannt: unsere Gesellschaft muss kinder-, alten- und familienfreundlicher werden und Randgruppen besser integrieren. Dies ruft vor allem die Sozial- und Steuerpolitik in die Pflicht mit:

- einer sozialen Vorsorge und Rentenversicherung, die verhindert, dass Zehntausende von zukünftigen Rentner/innen eine Rente beziehen, von der man nicht leben kann;
- einer Familienpolitik, die mit allen Mitteln (Kindergeld, steuerliche Entlastung, Betreuungseinrichtungen, Wohnbaupolitik) verhindert, dass kinderreiche Familien in Armut geraten;
- einer Unterstützung von Alleinerziehenden, die nicht neue Diskriminierung schafft, sondern zielgenau den Bedürftigen zugute kommt;
- einer Integrationspolitik gegenüber ausländischen Mitbürgern, die sie vor allem beim Wohnen nicht völlig dem Spiel des freien Marktes überlässt;
- einer aktiveren und kompetenteren Betreuung von Randgruppen.

Doch – so wird rasch eingewandt – sind nicht die Sozialsprengel der Bezirksgemeinschaften für die Armutsbetroffenen zuständig und zahlen jährlich Millionen Euro an Sozialhilfe bzw. „sozialem Mindesteinkommen“ aus? Hat damit die öffentliche Hand nicht ihre Schuldigkeit getan? Sicher hat die Sozialhilfe viele tausend Menschen in Südtirol aus der Existenznot befreit und tut es weiterhin mit immer professionellerem Einsatz. Doch gibt es Armut nicht erst bei der Sozialhilfegrenze von derzeit 464 Euro. Zudem geraten ständig andere Personen in Armutslagen. Armut entgegenzuwirken ist nicht nur eine Aufgabe der Sozialhilfe, die den Bedürftigsten unter die Arme greift. Sehr arm sind nicht nur nachweislich die rund 3.500 Empfängerfamilien einer Sozialleistung vom sozialen Mindesteinkommen bis zum Mietenzuschuss, sondern weitere 6.500 Familien, die vom ASTAT als „sehr arm“ eingestuft werden, aber keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben oder diese nicht beantragen. Die Sozialhilfe ist ein Notabsicherungssystem und kirchliche und andere Hilfsorganisationen fügen sich in dieses Netz ein. Armut ist kein bloß individuelles Problem, sondern struktureller Natur. Bestimmte Gruppen unserer Gesellschaft und Gruppen in bestimmten Lebensphasen werden auch in Zukunft einem Armutsrisiko ausgesetzt sein, dem nur mit politischen Maßnahmen beizukommen ist.

Wohin wird sich die Armut in Südtirol entwickeln?

Ohne die Gesamtentwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zu kennen, kann dies kaum prognostiziert werden. Doch schon heute wirft die Lebenslage von 10.000 „sehr armen“ Familien zusätzlichen Handlungsbedarf auf. Die Entwicklung der Alterssicherung, des Arbeitsmarktes, der Bildungspolitik, der Lebenshaltungskosten, des Lohn- und Rentenniveaus, die finanzielle Ausstattung des Landeshaushaltes, die Sozialpolitik – all dies sind wichtige Eckpunkte, die hier hereinspielen. Im Wesentlichen hängt die Entwicklung der Armut und ihre Eindämmung aber von der Bereitschaft der politisch Verantwortlichen ab, den Sozialstaat in Südtirol zu sichern und auszubauen und eine gezielte Politik der Armutsprävention zu betreiben.

Ein breite Maßnahmenpalette

Um Armut nachhaltig entgegenzuwirken und einzudämmen braucht es eine Politik, die bei den Ursachen ansetzt. Nicht nur soziale Transferleistungen sind gefragt, sondern auch Maßnahmen, die verhindern, dass immer mehr Menschen im unteren Einkommensbereich nicht mehr mithalten können. Es geht um konkrete Unterstützungsleistungen für die am stärksten betroffenen Gruppen – von den Alleinerziehenden über die größeren Familien bis zu den RentnerInnen mit Mindestrente und den NiedriglohnbezieherInnen – um deren Abrutschen in völlige Unterversorgung und wirtschaftliche Abhängigkeit zu

verhindern. Es geht auch darum, die Bedingungsfaktoren für Armut in anderen Politikfeldern zu bearbeiten, wie z.B. der Rückgang der Reallöhne und der Kaufkraft der Renten, die überdurchschnittlich steigenden Wohnungskosten, die geringen Chancen der Vermögensbildung bei Geringverdienern, die Chancengerechtigkeit im Zugang zu weiterführender Bildung, die strukturelle Benachteiligung von Frauen, die mangelnde Integration von Ausländern. Geht man von einem Armutsbegriff aus, der Armut nicht nur als Einkommensarmut versteht, sondern als gravierende Einschränkung in zentralen Lebensaspekten wie Arbeit, Wohnen, Gesundheit, soziale Teilhabe, kann man Armut nicht allein mit sozialpolitischen Mitteln entgegenwirken. Armutsbekämpfung wird dann zu einem gesamtgesellschaftlichen Auftrag, der in die Wirtschaftspolitik, die Gesundheits-, Bildungs-, Wohnbau- und andere Politikfelder hineinwirkt.

In der Landesarmutskommission sind im Jahr 2002 umfassende Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Armutsprävention vorgelegt worden, auf die hier im Überblick Bezug genommen wird³⁷. Dabei ging es sowohl um gruppenübergreifende Querschnittsaufgaben als auch um Maßnahmen, die sich auf verschiedene, besonders betroffene soziale Gruppen beziehen. Erstere umfassen primär Maßnahmen zur Verbesserung der Datenerfassung und Datenanalyse und zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit aller zuständigen öffentlichen Stellen. Letztere betreffen Maßnahmen zugunsten der konkret Armutsbetroffenen, die sowohl beim Einkommen wie bei der Lebenslage ansetzen.

Bei den öffentlichen politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Einkommensarmut sind folgende Schwerpunkte zu nennen:

- Überprüfung des sozialen Mindesteinkommens: die Berechnungsgrundlagen fürs soziale Mindesteinkommen sind in den 70er Jahren festgelegt und nicht mehr wesentlich verändert worden. Das Verfahren zur Berechnung muss dringend an heutige Verhältnisse angepasst und die Kriterien müssen neu überprüft werden. Die Beiträge für die Mietkosten und Wohnungsnebenkosten sollen nach einem einheitlichen Verfahren berechnet und angehoben werden.
- Anhebung der Sozialrenten zur Sicherstellung des Grundeinkommens der Rentnerinnen.
- Da für immer mehr Erwerbstätige das erzielte Lohn Einkommen nicht ausreicht, soll überlegt werden, ob Niedriglöhne nicht subventioniert werden können oder ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden kann.
- Die Schuldnerberatung soll bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Das System der Arbeitseingliederungshilfen soll effektiver gestaltet werden.

Mittelfristig ist zu überlegen, ob nicht ein System der Grundsicherung ein überzeugenderes und tragfähigeres Konzept für die Existenzsicherung und zur Vorbeugung von Armut darstellt. Einerseits gilt es zwar das Bewusstsein der Menschen zu stärken, dass mehr Eigenverantwortung für die Altersvorsorge unabdingbar ist. Andererseits darf die öffentliche Hand nicht ihrer sozialen Verantwortung der Grundsicherung im Alter enthoben werden.

Bei der Bekämpfung der lebenslagenbasierten Armut unterscheidet die Landesarmutskommission zwischen Maßnahmen im Bereich Wohnen, Gesundheit und Bildung und zieht folgende Maßnahmen in Betracht:

1. Bereich Wohnen und Wohnbaupolitik:

- Die Berichterstattung über die Wohnungsarmut muss verbessert werden;
- der Wohnungsmarkt soll insgesamt besser gesteuert werden, insbesondere beim öffentlich-gemeinnützigen Mietwohnungsbau;
- die Kriterien bei der Zuweisung von Sozialwohnungen sollen präzisiert werden, damit zielgenau die bedürftigsten Familien eine Wohnung erhalten;
- das System der Schwarzmieten muss unterbunden werden.

2. Bereich Gesundheit:

- Die Datenlage über den Gesundheitszustand der Bevölkerung soll systematisiert werden;
- die Schuleingangsuntersuchungen sollen verbessert werden;
- die 2002 eingeführte Kostenbeteiligung muss beobachtet und evaluiert werden;
- die Maßnahmen der Gesundheitserziehung sollen intensiviert und stärker zielgruppenspezifisch ausgerichtet werden;
- gegen Alkohol-, Drogen- und Medikamentenmissbrauch müssen Beratungsangebote ausgebaut werden;
- die Interessenvertretung für Angehörige chronisch psychisch Kranker bzw. Behinderter soll ausgebaut werden.

3. Bereich Bildung und Bildungspolitik:

- die regelmäßige Berichterstattung über das gesamte Bildungswesen soll verbessert werden;
- zur Verhinderung des Schulabbruchs bzw. des Berufsausbildungsabbruchs soll das Bewusstsein für die Bedeutung der Berufsausbildung gestärkt werden;
- weil Bildungsarmut häufig „vererbt“ wird, soll geprüft werden, wie Kinder aus bildungsfernen Familien besser für längerfristige Bildungsanstrengungen motiviert werden können;
- das Stipendienwesen soll weiter ausgebaut werden;
- die berufliche Aus- und Weiterbildung soll kinderfreundlicher gestaltet werden.

Entsprechend dem oben wiederholten Befund, dass bestimmte soziale Gruppen von einem besonderen Armutsrisiko betroffen sind, soll die Politik für diese Gruppen zielgerecht besondere Maßnahmen überlegen:

a) Randgruppen

Personen, die von extremer Armut betroffen sind wie z.B. Obdachlose und Personen ohne festen Wohnsitz, Haftentlassene, Suchtkranke, brauchen besondere Hilfen, etwa:

- Ein Fachplan für die Obdachlosenhilfe soll ausgearbeitet und die Bedarfslage obdachloser und wohnungsloser Personen systematisch erhoben werden;
- die Unterbringungskapazitäten für Obdachlose müssen erweitert und verbessert werden;
- die soziale und gesundheitliche Betreuung muss verbessert werden, um integrationswilligen Personen eine Rückkehr in die Gesellschaft zu ermöglichen.

b) ArbeitsmigrantInnen

Die Anzahl der in Südtirol ansässigen Arbeitsmigranten (vor allem aus dem Nicht-EU-Ausland) und ihrer Familien wird voraussichtlich weiter zunehmen und damit auch die Probleme dieser Familien auf dem Wohnungsmarkt. Wohnungsnot und neue Armut aufgrund geringer Lohneinkommen und hoher Wohnraumkosten wird bei Ausländern zu einem wachsenden Problem, dem mit folgenden Maßnahmen besser begegnet werden soll:

- ein Fachplan und ein Rahmengesetz zur Integration von MigrantInnen soll ausgearbeitet und umgesetzt werden;
- die Beobachtungs- und Koordinierungsstelle für Migranten soll ausgebaut werden;
- die Kapazitäten in Aufnahmeeinrichtungen sollen bedarfsgerecht erweitert werden;
- bessere Beratungs- und Serviceleistungen sollen erbracht werden;
- bei der Bereitstellung von mehr Wohnraum müssen die Unternehmer mehr Verantwortung übernehmen;
- mehr kulturelle Integrations- und Förderangebote sollen geschaffen werden;
- für reguläre Zuwanderer ist der gleichberechtigte Zugang zu den öffentlichen Sozial- und Gesundheitsdiensten zu gewährleisten;
- für Flüchtlinge und Asylbewerber müssen bessere Aufnahmestrukturen und ein soziales Mindesteinkommen garantiert werden.

c) Kinderreiche Familien und Alleinerziehende

Bei Familien, Frauen und Armut ist klar ersichtlich geworden, dass kinderreiche Familien sowie Familien mit alleinerziehenden Elternteilen ein erhöhtes Armutsrisiko haben. Somit muss bei diesen Gruppen – ebenso wie bei der Altersarmut – gezielter und umfassender eingegriffen werden, um Einkommensarmut und Ausgrenzung zu vermeiden. Folgende Maßnahmen sind von der Landesarmutskommission erörtert worden, aber bisher erst zu einem geringeren Teil von der Landesregierung umgesetzt worden:

- Beim Landeskindergeld muss überlegt werden, ob nicht zielgenauer einkommensschwache Familien mit höheren monatlichen Beiträgen unterstützt werden können;
- Familien mit Kindern sollen bei der Einkommenssteuer stärker entlastet werden;
- das soziale Mindesteinkommen für kinderreiche Familien soll überprüft werden;

- die Kinderbetreuungsangebote sollen erweitert und flexibilisiert werden;
- die Unterhaltsvorschusszahlung durch das Land soll ausgebaut werden;
- die Familien- und Partnerberatung soll verbessert werden;
- die Wohnbauförderung muss noch stärker auf den Bedarf von Familien mit Kindern Bedacht nehmen.

d) Ältere Menschen

Gut die Hälfte der Einkommensarmut in Südtirol trifft ältere Menschen, auch wenn Armut im Alter nicht nur auf Einkommensmangel reduziert werden darf. Neben der Verbesserung der Einkommenslage besteht bei der soziokulturellen Integration der Älteren hoher Handlungsbedarf. Folgende Einzelmaßnahmen sind zu erwägen:

- Die Anhebung der Mindestrente;
- die bessere Berücksichtigung der Erziehungszeiten bei der Rentenversicherung;
- die Möglichkeit des längeren Verbleibs auf dem Arbeitsplatz, sofern dies erwünscht wird;
- eine bessere Qualifikation der Pflegekräfte;
- eine Mietgesetzgebung, die besser auf die Bedürfnisse der älteren Menschen Bedacht nimmt;
- das Mietgeld soll so organisiert werden, dass auch alte Menschen verstärkt in seinen Genuss kommen;
- Schaffung von mehr betreuten Wohngemeinschaften für ältere Menschen;
- integrative Angebote zwischen Jung und Alt, neue Wohnformen, stärkere Durchmischung der Wohngebiete;
- Förderung des Ehrenamtes älterer Menschen;
- die Koordination von Sozial- und Gesundheitsdiensten zur Verbesserung des Case Managements (ämterübergreifende Betreuung des Einzelfalls);
- mehr Hauspflege und Dienstleistungen in altersgerechten Wohnungen.

Somit besteht für die Politik auf allen Ebenen, aber vor allem für die Landespolitik, eine breite Palette von möglichen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Zusammenfassend lassen sich dabei drei Arten von Maßnahmen unterscheiden:

- 1. Finanzielle Leistungen:** dazu gehören z.B. die finanzielle Sozialhilfe, die Löhne, die Mindestrente, das Familiengeld (Landes- und Regionskindergeld), steuerliche Entlastung der Familien; Beiträge zur ergänzenden Altersvorsorge.
- 2. Sachleistungen:** hier geht es primär um die Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum (im Eigentum und zur Miete, allerdings in Südtirol Stärkung des Mietwohnungsmarktes nötig); bei Sinti und Roma nimmt diese Leistung die Form ausreichender Stellplätze an, bei alleinstehenden Arbeitsmigranten den Bau weiterer Wohnheime. In der medizinischen Versorgung (vor allem bei der zahnärztlichen Versorgung in den Gesundheitssprengeln besteht Aufholbedarf), bei der Bildung (Angebote auch für sozial Schwache wie für Behinderte, bildungsferne Familien, Berufsschulabbrecher usw.).
- 3. Beratungsleistungen:** hier geht es darum, mit dem Case Management im Rahmen der Sozialhilfe im Einzelfall umfassend und multidisziplinär zu beraten. In Wohnungsfragen ist das Wohnbauinstitut aufgerufen, vermehrt zu beraten, ebenso wie die Arbeitsämter bei der Arbeitssuche und Integration in die Arbeitswelt.

Der Armut entgegenwirken: eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Daneben gilt es, auch wieder verstärkt die soziale Ressource der Mitmenschlichkeit, der Nachbarschaftshilfe, der eigenständig organisierten Solidarität zu mobilisieren. Tausende Südtiroler und Südtirolerinnen sind ehrenamtlich in sozialen Vereinigungen aktiv. Dieses von der Gesellschaft mit Unterstützung der Politik geschaffene Netz gilt es engmaschiger zu knüpfen, um Armut vorzubeugen. Persönliche oder familiäre Krisen, schwierige Lebenslagen, schwer zu verarbeitende Schicksalsschläge – das gehört zum Leben und zu den Ursachen, die in Armut führen können. Die ausgestreckte Hand, das offene Ohr, Orte des Austauschs, die Gemeinschaft und Geborgenheit bieten, sind neben der materiellen Grundversorgung gefragt. Die Kälte, die eine neoliberale Wirtschaftspolitik und die wachsende Standortkonkurrenz unter den Regionen in der EU auch nach Südtirol bläst, verlangt nach Gegenkräften, die wieder für menschliche Wärme sorgen. Es liegt in der Verantwortung von uns Christen, daran mitzuwirken.

Dies hat nichts mit sozialer Hängematte zu tun, sondern mit der Einsicht, dass beide – die öffentliche Hand und die private Hilfe – zusammenwirken müssen. Die Ursachen der Armut tausender Familien können nicht „individualisiert“ werden, sondern haben strukturelle Ursachen. Eine an christlichen Grundwerten orientierte und von einem zeitgemäßen Verständnis der katholischen Soziallehre getragene Gesellschaft muss sich dieser Herausforderung stellen. Armut in einer wohlhabenden Gesellschaft ist ein Verstoß gegen Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit. Von Armut Betroffene haben keine Lobby, keinen Verband. Zum einen sind wir alle gefordert, Armut als soziales Problem ernst zu nehmen und zur politischen Frage zu machen. Zum anderen ist die Politik in die Pflicht zu rufen, einen umfassenden Ansatz zur Bekämpfung von Armut zu erstellen und umzusetzen, der über die Sozialhilfe hinausgeht und struktureller Armut vorbeugt.

Endnoten:

- 1 Siehe Europäische Kommission, Sozialpolitische Agenda, Mitteilung der Kommission an den Rat, das Parlament den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Regionen, Luxemburg 2001
- 2 Das ASTAT verwendet eine Äquivalenzskala nach Anzahl der Haushaltsmitglieder, die den zweiköpfigen Haushalt gleich 100 setzt, den einköpfigen Haushalt gleich 60, dem dreiköpfigen gleich 133 usw. Vgl. ASTAT Einkommensverhältnisse, Bozen 2005, S.92
- 3 ASTAT, Mehrzweckerhebung 2005, Bozen 2005
- 4 Vgl. APOLLIS, Terza età: abitare in sicurezza – Risultati dell'indagine, Bozen 2004; sowie ASTAT, Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-1999, Bozen 2000
- 5 Angaben der Fachstelle für die Schuldnerberatung der CARITAS in Bozen.
- 6 Vgl. Assessorat für Gesundheit, Gesundheitsbericht, Bozen 2002.
- 7 Amt für Arbeitsmarkt (Thomas Benedikter), Die eingetragenen Arbeitslosen in Südtirol, Bozen 1991.
- 8 ASTAT, Die Einkommens- und Vermögenssituation der Haushalte in Südtirol 1998/99, Bozen 2000; und Hermann Atz (AFI-IPL), Risikofaktoren für relative Armut und die Situation von Arbeitnehmerhaushalten, Bozen 2002.
- 9 Vgl. SYNERGIA/Autonome Provinz Bozen, Povertà a Bolzano – Autonomia e dipendenza dall'assistenza economica, Mailand, Februar 2000.
- 10 Vgl. ASTAT, Sozialporträt Südtirol 2004, Bozen 2005 sowie ASTAT, Statistisches Jahrbuch 2004.
- 11 Vgl. ASTAT, Arbeitnehmer und Entlohnungen in der Privatwirtschaft 1990-2001, Bozen 2003.
- 12 Vgl. Schoibl/Dimml, Sozialbedarfserhebung im Bundesland Tirol, Salzburg 2003.
- 13 Vgl. Bundesministerium für Soziales, Sozialbericht 200, Wien 2005.
- 14 ASTAT/AFI, Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 2003-04, Bozen 2005, S. 13.
- 15 Die ASTAT-Untersuchung zum Einkommen der Haushalte in Südtirol greift auf den international angewandten Armutsbegriff zurück. Als „arm“ wird ein Haushalt dann bezeichnet, wenn er aus zwei Personen zusammengesetzt ist und über ein Einkommen verfügt, welches unter dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen liegt. Die für einen zweiköpfigen Haushalt festgelegte Schwelle wird für andere Haushaltsgrößen mit einer sog. Äquivalenzskala angepasst, die nicht proportional mit der Zahl der Personen zunimmt, sondern unterproportional, weil es in einer Familie eine Reihe von „Gemeinkosten“ gibt, die sich auf alle aufteilen (z.B. die Wohnungskosten).
- 16 Vgl. Hermann Atz (AFI-IPL), Risikofaktoren für relative Armut und die Situation von Arbeitnehmerhaushalten, Bozen, Mai 2002.
- 17 ASTAT/AFI, Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 2003-04, Bozen 2005. Bei dieser Erhebung wurden im April/Mai 2004 1.492 Haushalte befragt, wovon 1.197 antworteten, womit Angaben von 3.243 Personen gesammelt werden konnten. Die Angaben bezogen sich fast ausschließlich auf das Jahr 2003. Es geht dem ASTAT darum, ein differenziertes Bild der sozialen Lage in Südtirol zu zeichnen, um „geeignete politische Instrumente zur Vermeidung und Beseitigung von Ungleichheiten sowie Armut entwickeln zu können“ (S.13).
- 18 ASTAT Nr. 81, Die Einkommens- und Vermögenssituation der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000; Hermann Atz (AFI/IPL), Risikofaktoren für relative Armut und die Situation von Arbeitnehmerhaushalten, Bozen 2002.

19 Vgl. Hermann Atz, Sonderauswertung, S.8-9.

20 Vgl. APOLLIS, Terza età – Abitare in sicurezza, Risultati della ricerca, Bolzano 2004.

21 ASTAT-Info Nr. 64, Februar 2004, Alleinerziehende in Südtirol 2002

22 Vgl. ASTAT/AFI, Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte in Südtirol 1998-99, Bozen 2000

23 Aut. Provinz Bozen, Abteilung Soziales, Sozialbericht 2002, Bozen 2004, S.96

24 ASTAT, Ausländer in Südtirol 2002 – Lebensumfeld und Lebensformen der ausländischen Mitbürger, Bozen 2003 und ASTAT-Info Nr.20, Ausländer in Südtirol 2003

25 Vgl. ASTAT, Die Ausländer in Südtirol 2002, Bozen 2004, S. 66

26 Name geändert.

27 Randständigkeit oder Marginalisierung: eine Person fällt aus der Arbeitsgesellschaft und aus dem sozialen Umfeld und Familie heraus und nimmt seine sozialen Rechte nicht mehr wahr und gerät in soziale Isolierung.

28 Vgl. Gemeinde Bozen/Aut.Provinz Bozen, LBS für soziale Berufe in ital. Sprache, Cenni sul fenomeno della povertà a Bolzano (Parte prima), L'emarginazione grave, Bozen, Juli 2002

29 Grundlage der heutigen Sozialhilfemaßnahmen des Landes sind im Wesentlichen drei Gesetzestexte: das Landesgesetz Nr. 69 von 1973 über die Regelung der Sozialhilfe, das Landesgesetz Nr.13 zur Neuordnung der Sozialdienste und das Dekret des LH vom 11.8.2000, Nr.30 („Harmonisierungsdekret“).

30 Die Definition der Bedürftigkeit erfolgt auf der Grundlage des Dekret des LH vom 11.8.2000, Nr.34

31 Nach Sprachgruppen aufgeteilt: 3.378 Deutsche, 2.597 Italiener, 66 Ladiner und 1.779 Ausländer.

32 Bezieht man sich nur auf die finanziellen Sozialleistungen (finanzielle Sozialhilfe 2003: 11.018.204 Euro) des Landes, entspricht dieser Betrag eben 0,24% des Landeshaushaltes und 0,088 des Bruttoinlandsproduktes Südtirols. ins Gesamtbild der finanziellen Unterstützung für Armutsbetroffene, also der mit Geld bekämpften Einkommensarmut, sind auch die Leistungen der privaten Organisationen einzubeziehen, allen voran jene der Caritas, der Vinzenzgemeinschaften, des bäuerlichen Notstandsfonds und andere wie z.B. der Katholische Familienverband KFSder sammelte 2004 51.102 Euro an Spendengeldern für Familien in Not sammelte und damit 50 Familien unterstützte.

33 Vgl. Aut. Provinz Bozen (SYNERGIA), Povertà a Bolzano, Bozen 2002

34 Autonome Provinz Bozen/SYNERGIA, Povertà a Bolzano, Bozen/Mailand 2002

35 Laut ASTAT-Untersuchung zu den Einkommens- und Vermögensverhältnissen 2003-04 bezogen 2.260 Haushalte Sozialhilfe mit einem Durchschnittsbetrags von 2.500 Euro vom Land, was ungefähr der Zahl der tatsächlichen Bezieher des sozialen Mindesteinkommens (2.463) entspricht. Offensichtlich werden dabei kleinere Leistungen und der Mietenzuschuss von vielen Befragten nicht als Sozialhilfeleistung wahrgenommen (vgl. S.83 der ASTAT-Publikation).

36 Vgl. ASTAT, Die Einkommens- und Vermögenssituation der Haushalte in Südtirol 1998/99, Bozen 2000, S.94 ff.

37 Sozialwissenschaftliches Institut München (SIM), Armut in Südtirol, Armutslagen in der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol und ihre sozialpolitischen Implikationen, Dezember 2002, Internes Diskussionspapier, S.28-57

Die wichtigsten Begriffe in der Armutsdiskussion kurz erklärt

Sozialhilfe: Die Gesamtheit der von Landesgesetzen geregelten Leistungen im Sozialbereich (Geld- und Sachleistungen, individuelle Beratung und Betreuung), die von Menschen in Notlagen beansprucht werden können. Das soziale Mindesteinkommen ist das letzte von der öffentlichen Hand eingesetzte Mittel, um individuelle Notlagen zu beheben.

Rentenversicherung: das Altersversorgungssystem ist ein Teil der Sozialversicherung. Versicherungspflichtig sind alle Personen, die als Arbeitnehmer/innen gegen Entgelt oder zur Berufsausbildung beschäftigt sind. Es gewährt in Italien eine Altersrente i.d.R. für Männer ab dem 65. und für Frauen ab dem 60. Lebensjahr. Die Rente sichert ein regelmäßiges Alterseinkommen und wird gemäß Inflationsrate periodisch angepasst.

Subsidiaritätsprinzip: Aus der katholischen Soziallehre stammendes gesellschaftliches Gestaltungsprinzip, das die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Individuums bzw. der jeweils kleineren sozialen Gruppen im Verhältnis zum Staat sowie den Vorrang von Regelungen auf der jeweils unteren Ebene gegenüber Regelungen „von oben“ betont. In diesem Sinne sind die Sozialleistungen des Landes zum Großteil an die Bezirksgemeinschaften (Sozialsprengel) ausgelagert worden.

Ungleichheit, soziale: Unterschiede in den Lebenschancen, die nicht nur durch individuelle Begabungen, Neigungen, Alter und Geschlecht beeinflusst werden, sondern auch durch objektive soziale Kriterien wie Nationalität, Wohnort, materielle Ausstattung wie Einkommen und Vermögen der Herkunftsfamilie.

Zwei-Drittel-Gesellschaft: Bild von der Gesellschaft, in der ein Drittel der Bevölkerung von der allgemeinen Wohlstandssteigerung abgekoppelt bleibt und nahe der Armutsgrenze lebt. Da in den westlichen Industriegesellschaften in der Regel zwischen 10 und 20% der Bevölkerung von Armut betroffen sind, wird mittlerweile von der 80-90%-Gesellschaft gesprochen.

Vermögen: Aus der Sicht des Individuums ist es das Erwerbsvermögen (=Produktivvermögen und Geldvermögen), das im Gegensatz zum Gebrauchsvermögen (Gebrauchsgegenstände) und Geldvermögen (Konsumvermögen) i.d.R. einen Geldbetrag (Rendite) abwirft. Das Produktivvermögen reicht von der vermieteten Wohnung über gewerblich genutzte Grundstücke bis hin zur Aktie bzw. zum Investmentzertifikat. Das Ertrag bringende Geldvermögen umfasst Sparguthaben, Obligationen und alle durch Rechtsanspruch gesicherten Forderungen auf Geld.

Sozialpolitik: Die Tätigkeit des Staates bzw. aller öffentlichen Hände auf Problemfeldern der Gesellschaft zum Zwecke des sozialen Ausgleichs und der sozialen Sicherheit. Das der Sozialpolitik zugrunde liegende Sozialstaatsprinzip beinhaltet die Pflicht, Unterschiede zwischen sozial schwachen und sozial starken Personen nach Möglichkeit zu verringern. Soziale Sicherheit meint, dass der Staat die Existenzgrundlagen der Bürger/innen sichern und fördern soll.

Armut: In einer hoch entwickelten Gesellschaft ist Armut nicht eine Frage des physischen Überlebens, sondern eine Frage des menschenwürdigen Lebens und ausreichender Lebensqualität. Dies setzt nicht nur ein Mindesteinkommen voraus, sondern auch die ausreichende Versorgung in weiteren Bereichen wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Kultur, allgemeine Teilhabe an der Gesellschaft.

Einkommen: Einer Person oder Gesellschaft in einer Zeitperiode zufließendes Geld aufgrund von Arbeitsleistung (Arbeitseinkommen) und/oder Vermögensbesitz (Besitzeinkommen).

Erlebnisgesellschaft: Vom Soziologen Gerhard Schulze geprägter Begriff, der auf die Ästhetisierung des Alltagslebens als Teil eines umfassenden sozialen Wandels abstellt, in dessen Verlauf das Leben selbst zu einem Erlebnisprojekt geworden ist. Zunehmend werde das alltägliche Wählen zwischen Möglichkeiten durch den bloßen Erlebniswert der gewählten Alternative motiviert, seien es nun Konsumartikel, Figuren des politischen Lebens, Berufe, Partnerschaft oder Wohnsituation.

Lebensstile: relativ ganzheitliche Muster der alltäglichen Lebensführung von Personen und Gruppen, die in einem bestimmten Habitus und vorgegebenen Muster von Konsumpräferenzen, Verhaltensweisen, Geschmacksurteilen zum Ausdruck kommen.

Randgruppe: Eine zahlenmäßig kleinere Gruppe, die aus ganz verschiedenen, aber oft komplexen Gründen an den Rand der Gesellschaft gerückt sind. Sie sind oft durch das soziale Netz der Unterstützungsleistungen gefallen und haben kein soziales Umfeld mehr, das ihnen einen Ausweg böte.

Ausgrenzung: Der Ausschluss von zentralen gesellschaftlichen Bereichen aufgrund bestimmter Kriterien wie Einkommen, Bildung, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit. Soziale Ausgrenzung kann etwa darin bestehen, dass man keine

Familienangehörigen und Freunde hat, mit deren Unterstützung man rechnen kann. Soziale Ausgrenzung vom Bereich Gesundheit kann bedeuten, keinen Zugang zu Behandlung und Pflege zu haben. Ausgrenzung bezieht sich auf den Umstand, dass einem bestimmte Lebensbereiche nicht zugänglich sind.

Unterversorgung: Armutsuntersuchungen verwenden vorwiegend das Einkommen von Personen und Haushalten als Kriterium für Armut. Diese wird aber auch durch weitere Lebensbereiche bestimmt, in welchen ein Mensch unterversorgt sein kann. Eine Analyse der Armutslage, die Bereiche wie Versorgung mit Wohnraum, Arbeit, Bildung und Gesundheit mit umfasst, hat den Vorteil, dass die Armut in ihren Auswirkungen und Ursachen deutlicher wird (objektiv festgestellte Deprivation).

Standardisiertes Pro-Kopf-Einkommen: Dieses Maß für das Haushaltseinkommen berücksichtigt die Familienzusammensetzung, weil die Ausgaben für einen Haushalt nicht proportional zur Zahl der Mitglieder steigen. Das erste Mitglied des Haushalts hat den Koeffizienten 1, alle anderen einen Koeffizienten unter 1 und zwar abgestuft nach dem Alter, weil die Ausgaben mit dem Alter ansteigen, also Kinder weniger als Erwachsene konsumieren. Für die Standardisierung werden bei verschiedenen Methoden verschiedene Gewichtungen („Äquivalenzskalen“) in Ansatz gebracht.

Haushalt: Eine Gemeinschaft von Personen, die aufgrund von Ehe, Verwandtschaft, Schwägerung, Adoption, Vormundschaft oder einer freien Beziehung miteinander verbunden sind und zusammen wohnen.

Relative Armut: Vorliegen eines Ressourcendefizits im Vergleich zum durchschnittlichen Versorgungsstandard einer Gesellschaft. Zur Festlegung der Armutsgrenze wird ein Haushalt als arm bezeichnet, wenn er aus zwei Personen besteht und über ein Einkommen verfügt das nur 50% oder 60% des durchschnittlichen Pro-Kopfeinkommens der untersuchten Gesellschaft erreicht.

Pro-Kopf-Einkommen: Dieses ergibt sich aus dem direkten Gesamteinkommen dividiert durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder. Da die größeren Haushalte bestimmte Kostenvorteile haben, muss die Haushaltszusammensetzung berücksichtigt werden. Deshalb wird ein standardisiertes Pro-Kopf-Einkommen errechnet, das jedem Haushaltsmitglied je nach Alter einen anderen Koeffizienten zuweist.

Direktes Einkommen: Ergibt sich bei einem Haushalt aus der Summe der jährlichen Nettoeinkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder.

Jährliches Nettoeinkommen: Dieses Einkommen setzt sich aus folgenden Einkommen zusammen, die alle nach Abzug allfälliger Steuern, Gebühren oder Einbehalte berechnet werden:

- Erwerbseinkommen aus hauptberuflicher Tätigkeit
- Erwerbseinkommen aus nebenberuflicher oder gelegentlicher Tätigkeit
- Arbeitslosenunterstützung
- Altersrenten und sonstige Renten (Zulagen, Versicherungen)
- freiwillige Zusatzrentenversicherungen
- Versicherungsleistungen (ausgenommen Sachschäden)
- Besitz- und Investitionserträge
- verbindliche Unterhaltsleistungen
- Abfertigungen und öffentliche finanzielle Hilfen (diese wurden bei der ASTAT-Untersuchung 1998 ausgeschlossen, bei jener von 2003 berücksichtigt)

Absolute Armut: Eine einschneidende Mangellage in den für die dauerhafte Sicherung der physischen Existenz zentralen Bereichen wie Ernährung, Kleidung, Unterkunft und Gesundheitsversorgung. Hier wird von einem festen Maßstab für den Bedarf eines Menschen an gewissen Gütern ausgegangen. Beim Bedarf zum physischen Überleben müssen auch Mobilität, Bildung, Teilhabe am kulturellen Leben berücksichtigt werden. Probleme bestehen in der Festlegung dieses physischen Existenzminimums.

Deprivation: Beim „Deprivationsansatz“ entscheiden nicht externe Experten, wann jemand als arm zu gelten hat, sondern die Befragten selbst. Hier wird zuerst der in einem bestimmten Gebiet allgemein verbreitete Lebensstandard mit Befragungen bezüglich der als notwendig betrachteten Güter erhoben. Als arm werden dann nur jene Personen betrachtet, die über die als allgemein notwendigen Merkmale des durchschnittlichen Lebensstandards nicht verfügen. Und zwar, nicht, weil sie freiwillig darauf verzichten, sondern weil sie sich diese Dinge aus finanziellen Gründen nicht leisten können, und diese Lage selbst so bezeichnen.